

# Oberschlesische Wirtschaft

Zeitschrift

der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien in Oppeln und  
des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, E. V. in Gleiwitz OS.

Im Auftrage beider Körperschaften herausgegeben von

Landgerichtsrat a. D. von Stoepphadius, Oppeln, Fesselstraße 8 und Bergassessor a. D. Dyrtosch, Gleiwitz  
Anzeigen-Aannahme und -Verwaltung: Verlagsanstalt Rirsch & Müller, E. m. b. H., Beuthen OS., Industriestr. \* Telefon Sammel-Nr. 2851  
Die Zeitschrift erscheint monatlich / Einzelpreis 0,50 RM / Bezugsgebühr vierteljährlich 1,50 RM  
Alle für den Schriftteil bestimmten Sendungen sind an die Schriftleitung der „Oberschlesischen Wirtschaft“ Oppeln, Fesselstr. 8, zu richten

10. Jahrgang

Juli 1935

Heft 7

## Inhaltsverzeichnis:

1. Organische Wirtschaftsgestaltung durch technisches Denken	282
2. Reg.- und Baurat Müller, Oppeln: Das Wohnungs- und Siedlungsweien in Oberschlesien	283
3. Willy Brachvogel, Berlin-Friedenau: Ein neuer Finanzierungsplan im Wohnungs- und Siedlungsbau.	287
4. Wirtschaftsberichte:	289
Die Wirtschaftslage in Deutsch-Oberschlesien im Mai/Juni 1935. — Zahlen zur Lage im ober-schlesischen Industriegebiet. — Der deutsch-oberschlesische Steinkohlenbergbau im Juni. — Die deutsch-oberschlesische Eisenindustrie im Juni. — Die ober-schlesische Zementindustrie im Juni. — Vom Zinkblechmarkt im Juni. — Die Güterwagengestellung in Oberschlesien im Monat Mai 1935. — Der polnische Steinkohlenbergbau im Mai 1935. — Die polnische Eisenhüttenindustrie im Mai 1935. — Die Bieliger Textilindustrie in den ersten fünf Monaten 1935.	
5. Mitteilungen:	295
Aufrechterhaltung des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins. — Beiratsitzung der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel. B. Dr. Stayler. — Beiratsitzung der Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausführhandel. — Neue deutsche Normen. — BDM- und FM-Bluse. — Anfertigungsvorschrift für das Braunkohle. — Adresse und Anzeige. — Sommer- und Herbstreisen 1935 der Schiller-Akademie.	
6. Steuerwesen:	298
Die Nachprüfung der neuen Grundstückseinheitswerte. Von Dr. Brönnert. — Vorsicht bei der Uebernahme von gewerblichen Unternehmungen. Von Dr. Wuth. — Neue Steuergesetze und -verordnungen. — Steuerfreie Einkünfte.	
7. Verkehrsweisen:	301
Eisenbahn: Beschlüsse der Ständigen Tariffkommission. — Verschiedenes. — Post: Postwurfsendungen. — Uebernahme der Formblätter zu Paket- und Postgutarten. — Postanweisungen nach dem Ausland. — Verpackung von Postpaketen nach überseeischen Ländern. — Päckchen und zollpflichtige Einschreibbriefe nach Griechenland. — Fernsprecheverkehr mit Danzig. — Fernsprecheverkehr mit Amerika. — Verbilligte Gebühren im Auslands-Fernsprecheverkehr. — Mitteilungen. — Kraftwagenverkehr: Kennzeichnung der Anhänger. — Schifffahrt: Die Bauten an der Oder und die Dampfschifffahrt im Monat Mai 1935.	
8. Devisenbewirtschaftung und Außenhandel:	303
Devisenvorschriften: Devisenrechtliche Behandlung von Quittungen. — Fälligkeit von Zahlungen, wenn ein Skontoabzug vereinbart ist. — Reiseverkehrsabkommen: 1. mit Dänemark, 2. mit Rumänien. — Verstöße gegen die Vorschriften über den Reiseverkehr mit dem Ausland sind strafbar. — Reiseverkehr mit Ländern, mit denen ein Reiseverkehrsabkommen besteht. — Neue Schwierigkeiten im Verrechnungsverkehr mit Rumänien. — Deutsch-finnisches Verrechnungsabkommen. — Verlängerung des deutsch-französischen Zahlungsabkommens. — Außenhandel: Deutscher Außenhandel im Mai 1935. — Zolländerungen. — Neufassung einiger Ein- und Ausfuhrverbote.	
9. Gesetzgebung und Verwaltung:	307
Neue Gesetze und Verordnungen.	
10. Rechtsprechung:	308
Arbeitsrechtliche Entscheidungen.	
11. Soziales:	309
Unfälle im Bereich der Section VI der Knappschafts-Berufs-Genossenschaft im Jahre 1934. — 28 000 Angestellte vermittelt. — Günstige Entwicklung des Arbeitseinsatzes für Kaufmannsgehilfen im Monat Mai 1935.	
12. Messen und Ausstellungen:	310
Ausstellung „Volk und Wirtschaft“. — Bericht über den 61. Landmaschinenmarkt und die Südostausstellung in Breslau. — Südwestdeutsche Büroausstellung Frankfurt a. M., 12. bis 20. 10. 1935.	
13. Firmeneintragungen:	311
14. Bücher und Zeitschriften:	311
15. Statistisches:	315



# Organische Wirtschaftsgestaltung durch technisches Denken.

Im Rahmen der Vortragsveranstaltungen des Tages der deutschen Technik in Breslau wurde in der Fachgruppe 2 eine Reihe von Vorträgen gehalten, die unter dem Motto „Organische Wirtschaftsgestaltung durch technisches Denken“ zusammengefaßt waren. Herr Direktor F i k n e r von der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben, der Vorsitzende der Fachgruppe 2, eröffnete diese Vortragsfolge mit nachstehenden beachtenswerten Ausführungen, die für unsere Leser von allgemeinem Interesse sein dürften.

Meine Herren!

Ich eröffne die Vortragsfolge der Fachgruppe 2, die die Ueberschrift trägt: **O r g a n i s c h e W i r t s c h a f t s g e s t a l t u n g d u r c h t e c h n i s c h e s D e n k e n.**

Ich begrüße die Themenstellung „Organische Wirtschaftsgestaltung durch technisches Denken“ durchaus und füge aber sofort hinzu, daß sie nicht als Kampfruf zu werten ist, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Ich sehe nicht den Gegner, dem dieser Kampfruf entgegengeschleudert werden sollte. Denn nach meinem Dafürhalten ist keiner der durch vielfaches Aufgegliedertsein des gegenwärtigen Lebens abgegrenzten Berufe weder auf Grund seines Ausbildungsganges, noch seiner Zielsetzung an sich der einzige Beruf, der zur Einnahme von Führerstellen in der Wirtschaft die Berechtigung in sich trägt. Ich gehe aber noch weiter. Selbst wenn es einen solchen Beruf gäbe, so müßten wir uns eines Wortes des Führers in einer gewissen Abwandlung erinnern: „Wo sich Kopf und Hand bekämpfen, da kann es nur zwei Besiegte geben“. Ich fasse das Wort hier so auf, daß wir Techniker einen Kampf um die Person und den Rang ablehnen müssen, aber jederzeit bereit sein müssen, uns mit jedem Mann über die Richtigkeit und Anwendbarkeit unserer wohl überlegten, auf der Erkenntnis des Ablaufes natürlicher Erscheinungen gegründeten Meinung in wirtschaftlichen Dingen auseinanderzusetzen. Eine solche vorurteilslose Einstellung im Ringen um die glückliche Zukunft unseres Vaterlandes erwarten wir aber auch von allen anderen.

2. Wir sehen in der zurückliegenden Zeit des liberalen Kapitalismus und auch heute noch sehr viele bedeutende Stellungen in der Wirtschaft und damit auch in der Führung der Wirtschaft durch Techniker besetzt. Ich brauche nur an die großen Montangesellschaften zu erinnern, an die großen Maschinenfabriken und chemischen Werke. Diese Techniker, zunächst einmal in der zurückliegenden Zeit, haben die Entwicklung mit vorangetragen und, soweit meine persönliche Erfahrung geht, zum überwiegenden Teil widerspruchlos, eine Entwicklung, die es schließlich notwendig machte, daß die zurückliegende Zeit durch den Nationalsozialismus abgelöst werden mußte, um den Bestand Deutschlands zu retten.

3. Dieser Vorgang zeigt, daß die Schulung im technischen Denken allein nicht die Gewähr bietet, eine Wirtschaft organisch zu gestalten, die dann von Bestand ist. Hierzu gehört vielmehr, daß sich das technische Denken von einer einwandfreien Grundlage aus entwickelt. Als solche einwandfreie Grundlage sehe ich die nationalsozialistische Weltanschauung an.

Die nationalsozialistische Weltanschauung stellt nicht die Person in den Mittelpunkt der Betrachtung, der

Wünsche, der Ziele, sondern die Gemeinschaft. Sie ist daher geeignet, alle diejenigen Hemmnisse, die aus der Betrachtung der Person wie Selbstsucht, Ueberheblichkeit, Eitelkeit, Wunsch nach Wohlleben kommen, zu beseitigen; Hemmnisse, die an sich und in ihrer Auswirkung jede klare Erkenntnis trüben. Die nationalsozialistische Weltanschauung ist daher dazu berufen, den trübenden Schleier fortzuziehen, der vor der Erkenntnis wirtschaftlicher Vorgänge durch die genannten Beweggründe gespannt ist. Dann läßt sich die Wirtschaft erst an sich sachlich erkennen und auf Grund dieses sachlichen Befundes kann dann eine Führung eintreten, sofern das Können hierzu vorhanden ist. Als Beispiel für die voreingenommene und unvoreingenommene Betrachtung der wirtschaftlichen Vorgänge möchte ich an die verschiedene Beurteilung erinnern, die die künftigen Möglichkeiten im Welthandel heute erfahren. Die voreingenommene Betrachtungsweise sieht in der bedingungslosen Rückkehr des Welthandels die einzige mögliche Lösung der Weltkrise, wobei der Entwicklungszustand, der im Jahre 1914 zur Explosion führte, weil er nicht in das Wunschbild hineinpaßt, einfach unbeachtet bleibt. Die unvoreingenommene Betrachtungsweise wertet, daß nicht nur im deutschen Volk, sondern auch in allen anderen Völkern der Geist der Freiheit und Unabhängigkeit neues Leben erhalten hat. Diese geistige Haltung muß die Materie bestimmen. Und beim näheren Zusehen erkennen wir dann auch tatsächlich, daß die Volkswirtschaften aller Völker auch für ihre friedliche Aufgabe sich rüsten, um diesem geistigen Anspruch auf Freiheit und Unabhängigkeit nachzukommen. Das ist die große, für unvoreingenommene Betrachter nicht zu verkennende Linie, und es ist eine Frage der Zeit, aber auch des Temperaments, sowie des Könnens, ob diese gesunde Entwicklungslinie gesund bleibt oder ob diese Entwicklungslinie, unter Umständen sogar durch Maßnahmen der Gegner, krankhaft verzerrt wird, sei es in der Schilderung dieser möglichen Entwicklung, sei es tatsächlich. Ich brauche hierzu keine weiteren Ueberlegungen anzustellen, uns allen ist die letzte große Rede unseres Führers ja noch frisch in Erinnerung.

Auf Grund solcher Ueberlegungen, die ich soeben in der Gesamtheit angestellt habe, sehe ich auch den V D J. bzw. die R A. nicht als eine Ständesvertretung an, die nun auf Grund der Zahl der in diesem Zusammenschluß Vereinigten Ansprüche erhebt, sondern vielmehr als einen Zusammenschluß der Techniker zur weiteren Schulung sowohl in sachlicher wie aber auch in menschlicher Richtung, sowohl in geistiger wie auch in seelischer Richtung, Streben einmal nach dem höchsten vielseitigen Können und das andere Mal nach innerer Haltung und Freiheit und Ritterlichkeit im Kampf. Auf Grund der sich dann ergebenden Leistung erwächst organisch die Möglichkeit zur Mitwirkung in der Führung der Wirtschaft in der heutigen Zeit. Und so schließe ich mit dem Wort Friedrich Nietzsche: „Nicht woher ihr kommt, mache euch fürderhin eure Ehre, sondern wohin ihr geht, euer Wille und euer Fuß, der über euch selbst hinaus will, das mache eure neue Ehre“.



# Das Wohnungs- und Siedlungswesen in Oberschlesien.

Von Regierungs- und Baurat Müller, Oppeln.

## I. Das Ergebnis 1919 bis 1934.

Die Auswirkung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der nationalsozialistischen Staatsführung, insbesondere die tatkräftige Förderung des Wohnungs- und Siedlungswesens findet ihren sichtbaren Ausdruck in der steil ansteigenden Kurve der Wohnungsproduktion. Während die ständig verminderten Bauprogramme der vorhergehenden Jahre für 1933 nur 5 867 Wohnungen in Oberschlesien fertigstellen ließen, konnte 1934 fast das Doppelte, nämlich 10 191 Wohnungen, baupolizeilich abgenommen werden. Damit ist noch das bisher höchste Programm von 1929 mit 10 059 Wohnungen übertroffen, so daß nunmehr die Höchstziffer der Jahresproduktionen in der gesamten Nachkriegszeit erreicht worden ist. Der Erfolg des vergangenen Jahres darf überdies um so höher veranschlagt werden, als nicht nur ziffernmäßig, sondern auch dem inneren Werte nach die Wohnungen eine hervorragende Entlastung des Wohnungsmarktes gebracht haben. Denn es sind in der Hauptsache Kleinwohnungen, und zwar zum großen Teil in Flachbausiedlungen mit geringen Mieten erstellt worden. Dieser Erfolg wurde insbesondere durch ein zähes Festhalten an den niedrigen Baukosten und eine äußerst sorgfältige Vorbereitung der Finanzierung ermöglicht, so daß nach langer Pause endlich wieder einmal den hilfsbedürftigsten Volksgenossen angemessene Wohnungen zugeführt werden konnten. Wohingegen ja der Neuhausebesitz aus den teuersten Baujahren 1927 bis 1929 heute noch notleidend ist und seine teuren Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung nur schwer erreichbar sind.

Im ganzen sind nunmehr in den Nachkriegsjahren 1919 bis 1934 91 612 Wohnungen in Oberschlesien gebaut worden. Rechnet man auf jede Wohnung 5 Köpfe, so ergeben sich 458 000 Köpfe, d. h. fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung Oberschlesiens (1 480 000) ist in den Nachkriegsjahren in neuem Wohnraum untergebracht worden. Wie aus der Uebersicht hervorgeht, verteilt sich der Zugang an Wohnungen mit 56 649 Wohnungen = 62 % auf die Landkreise und mit nur 34 963 Wohnungen = 38 % auf die Stadtkreise, ein Beweis dafür, daß in Oberschlesien dem Prinzip der Festhaltung der Landbevölkerung auf dem Lande und darüber hinaus einer tunlichsten Aussiedlung aus den Städten entsprechend der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in weitgehendem Maße Rechnung getragen worden ist. Mit den absoluten Zahlen der Wohnungsproduktion steht der Landkreis Oppeln mit 10 327 Wohnungen an erster Stelle, die Stadt Gleiwitz mit 9 276 Wohnungen an zweiter Stelle. Die Stadt Beuthen hat im vergangenen Jahre die statistischen Angaben der früheren Zeit einer eingehenden Prüfung unterzogen. Sie konnte feststellen, daß bei einer Reihe von städtischen Bauvorhaben keine der sonst üblichen Gebrauchsabnahmebescheinigungen von der Baupolizei erteilt worden ist und daher auch die statistische Erfassung nach den allgemeinen Gesichtspunkten nicht erfolgt war. Außerdem blieb ein Teil der in Roßberg erstellten Wohnungen infolge der erst im Jahre 1927 erfolgten Eingemeindung unberücksichtigt.

Diese Lücke ist nunmehr ausgefüllt worden. Es sind 1 244 Wohnungen mehr erstellt worden, als in den bisherigen statistischen Angaben aufgeführt werden konnten. In der Kurve der Wohnungsproduktion ist dieser Mehrertrag in pauschaler Weise beim Jahre 1932 nunmehr zugeschlagen worden. Der geographische Plan zeigt mit der graphischen Darstellung seiner Quadrate die Verteilung der Wohnungsneubautätigkeit über ganz Oberschlesien an.

Leider ist auch eine große Zahl von Wohnungen, und zwar 7 269 durch Brand und Abbruch infolge Bauzufälligkeit in Abgang zu stellen. Das sind gegenüber der Gesamtproduktion 8 %. Hiervon entfällt bei weitem der größte Teil, nämlich 6 080 Wohnungen auf die Landkreise, während nur 1 189 Wohnungen bei den Stadtkreisen abzusetzen sind.

Die Vermehrung des obereschlesischen Wohnungsbestandes, d. h. die Wohnungsproduktion abzüglich des Wohnungsabganges, beträgt 84 343 Wohnungen. Bezieht man die einzelnen Zahlen der Vermehrung des Wohnungsbestandes auf das Verhältnis der Einwohnerzahl, so findet man, daß die Stadt Oppeln mit 97 Wohnungen je 1000 Einwohner relativ an der Spitze der obereschlesischen Kommunen marschiert. Es folgen Stadt Gleiwitz mit 82, Stadt Beuthen mit 78 und Landkreis Oppeln mit 67 Wohnungen je 1000 Einwohner. Der Gesamtdurchschnitt für Oberschlesien liegt bei 57 Wohnungen je 1000 Einwohner.

Die Wohnungsbilanz ist durchaus aktiv, d. h. es sind mehr neue Wohnungen gebaut worden, als der laufende jährliche Bedarf erforderlich machte. Hierbei ist zu beachten, daß auch die Kurve des laufenden Bedarfs (punktierte Linie der graphischen Darstellung) von dem Tiefstand des Jahres 1932 wieder ständig zu steigen beginnt und im Jahre 1934 auf mindestens 5 000 Wohnungen beziffert werden muß. Immerhin war es möglich, auch im vergangenen Jahre einen Teil der Bedarfsrückstände aus den früheren Jahren (schrattierte Fläche) abzudecken. Der Wohnungsbedarf im engeren Industriegebiet bleibt infolge des ständigen Flüchtlingszustroms und der dort besonders hervortretenden großen Zahl neuer Haushaltsgründungen auf beträchtlicher Höhe. In den Städten sowohl wie auch in den Landkreisen verstärken sich jetzt außerdem die Klagen über die gänzliche Unbewohnbarkeit der Flüchtlingsbaracken aus 1923 sowie über die Bauzufälligkeit einer großen Zahl von primitiv ausgeführten ländlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden. Danach wird das Sofortprogramm für 1935 mindestens 7 000 Wohnungen umfassen müssen.

## II. Aussichten für 1935.

Der Ueberhang der im vorigen Jahre begonnenen und 1935 fertigzustellenden Wohnungsbauten ist deswegen besonders beachtlich, weil sich eine ganze Reihe von Verfahren, die seit dem Herbst 1934 verwaltungsmäßig eingeleitet und finanziell vorbereitet wurden, technisch-wirtschaftlich erst in diesem Jahre auswirken werden. Für 1934 standen 940 Reichsdarlehen für die vorstädtische Kleinsiedlung zur Verfügung. Diese sind



## Übersicht

### über die Vermehrung des ober-schlesischen Wohnungsbestandes in den Nachkriegsjahren 1919–1934

Bfd. Nr.	Stadt- und Landkreise	Baupolizeilich abge- nommene Wohnungen		Zugang	Abgang	Ver- mehrung um	Einwohner- zahl im Jahre 1934 (16. 6. 1933)	Je 1000 Ein- wohner Ver- mehrung um Wohnungen
		1919—1933	1934	1919—1934	1919—1934			
	<b>I. Stadtkreise</b>							
1	Beuthen OS. . . . .	6 211	1 832	8 043	210	7 833	100 584	78
2	Gleiwitz . . . . .	8 304	972	9 276	195	9 081	111 062	82
3	Hindenburg . . . . .	7 060	639	7 699	254	7 445	130 433	57
4	Neiße . . . . .	2 076	252	2 328	148	2 180	35 037	62
5	Oppeln . . . . .	4 158	342	4 500	186	4 314	44 680	97
6	Ratibor . . . . .	2 683	434	3 117	196	2 921	51 680	56
	Summe I:	30 492	4 471	34 963	1 189	33 774	473 476	71
	<b>II. Landkreise</b>							
1	Beuthen OS. . . . .	4 841	695	5 536	213	5 323	91 019	58
2	Cosel . . . . .	4 184	465	4 649	524	4 125	85 354	48
3	Falkenberg . . . . .	1 846	250	2 096	241	1 855	39 834	47
4	Gleiwitz . . . . .	5 295	499	5 794	556	5 238	88 716	59
5	Groß Strehlitz . . . . .	3 895	685	4 580	643	3 937	83 552	47
6	Grottkau . . . . .	1 160	166	1 326	137	1 189	40 759	29
7	Guttentag . . . . .	1 242	138	1 380	242	1 138	20 052	56
8	Kreuzburg . . . . .	2 678	281	2 959	259	2 700	52 718	51
9	Leobschütz . . . . .	3 612	246	3 858	606	3 252	84 129	39
10	Neiße . . . . .	2 381	369	2 750	342	2 408	70 703	34
11	Neustadt . . . . .	4 289	503	4 792	533	4 259	96 593	44
12	Oppeln . . . . .	9 515	812	10 327	859	9 468	140 399	67
13	Ratibor . . . . .	3 141	335	3 476	405	3 071	61 048	50
14	Rosenberg . . . . .	2 850	276	3 126	520	2 606	54 413	48
	Summe II:	50 929	5 720	56 649	6 080	50 569	1 009 289	50
	Summe I und II:	81 421	10 191	91 612	7 269	84 343	1 482 765	57

restlos durch Bewilligungsbescheide belegt und verbaut. Für 1935 könnten 1 000 Reichsdarlehen sofort untergebracht werden, und zwar in volkswirtschaftlich gesunder Weise in den Landgemeinden und kleinen sowie mittleren Städten, wobei überdies eine sorgfältige Auslese der Siedler im nationalsozialistischen Geiste stattfinden soll. Die Fortführung dieser Aktion ist jedoch ungewiß. Zunächst steht im Vordergrund der Versuch der Ablösung früherer Reichsmittel durch teilweise Ersetzung durch eine erste Hypothek und Verwendung der Rückflüsse für neue Bauvorhaben. Nach anfänglicher Schwierigkeit scheint sich dies Verfahren neuerdings etwas lebhafter zu gestalten.

Landarbeiterwohnungen werden nicht neu gebaut, sondern nur die Besitzbefeestigungsmaßnahme wird zur Erweiterung des Landbesitzes, zur Beschaffung von totem und lebendem Inventar sowie zur Erweiterung von Stall und Scheune fortgeführt. Für diese Bauzwecke standen Anfang 1935 etwa noch 50 000 RM aus den insgesamt verfügbaren 200 000 RM bereit.

Die Reichsbau Darlehen für Eigenheime haben sich gut bewährt. Es wurden in 2 Bauabschnitten 820 000 RM restlos verwendet, ohne auch nur annähernd die große Zahl der vorliegenden Anträge berücksichtigen zu können. Alle diese Verfahren sind aber ebenso wie die Bereitstellung von Reichszuschüssen für Instand-

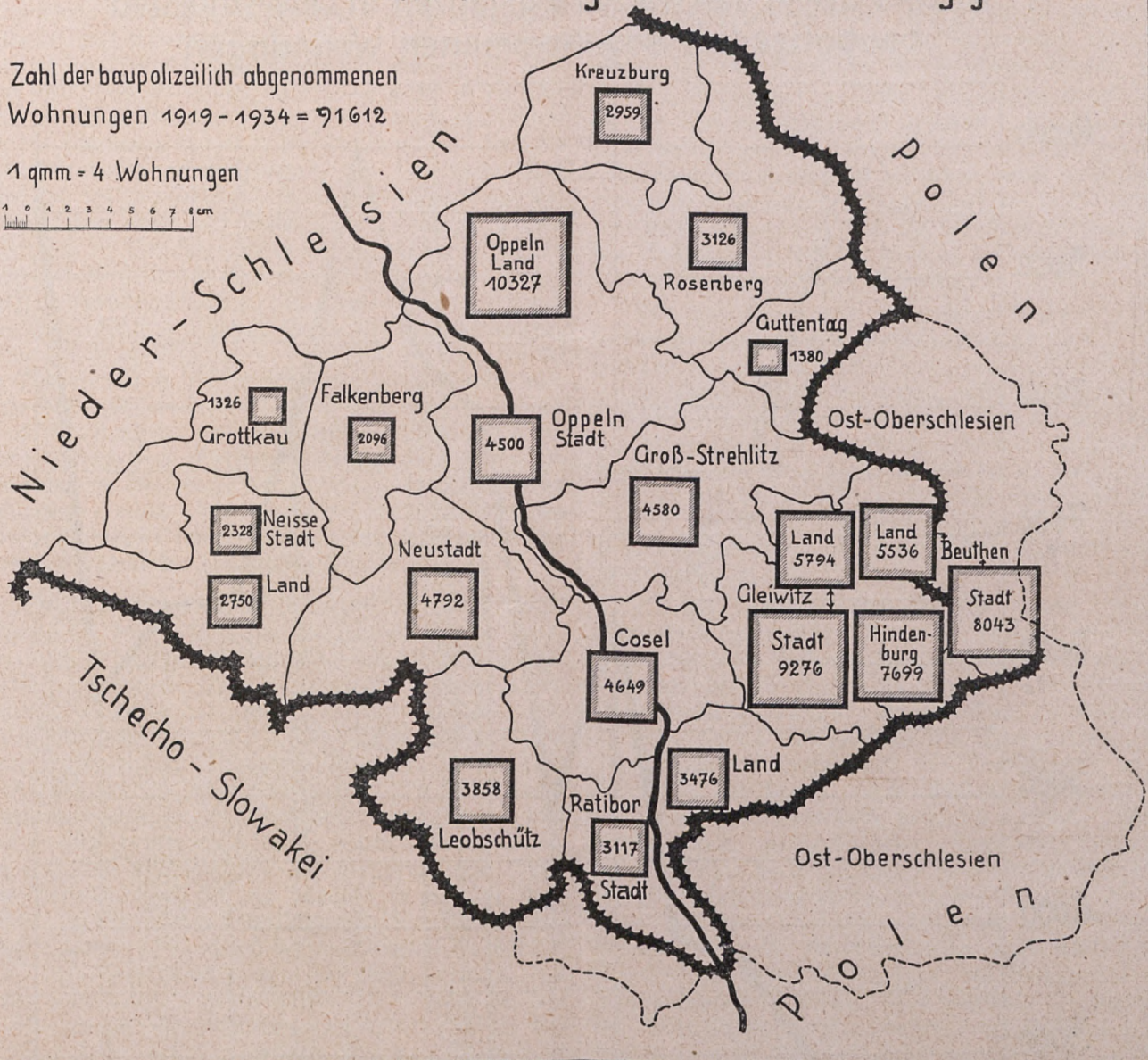


## Der oberschlesische Wohnungsbau in den Nachkriegsjahren.

Zahl der baupolizeilich abgenommenen  
Wohnungen 1919-1934 = 91612

1 qmm = 4 Wohnungen

1 0 1 2 3 4 5 6 7 8 cm



setzung, Teilung und Umbau von Wohnungen mindestens als Geldquellen kaum noch erfassbar, sondern in der Hauptsache zum Abschluß gekommen.

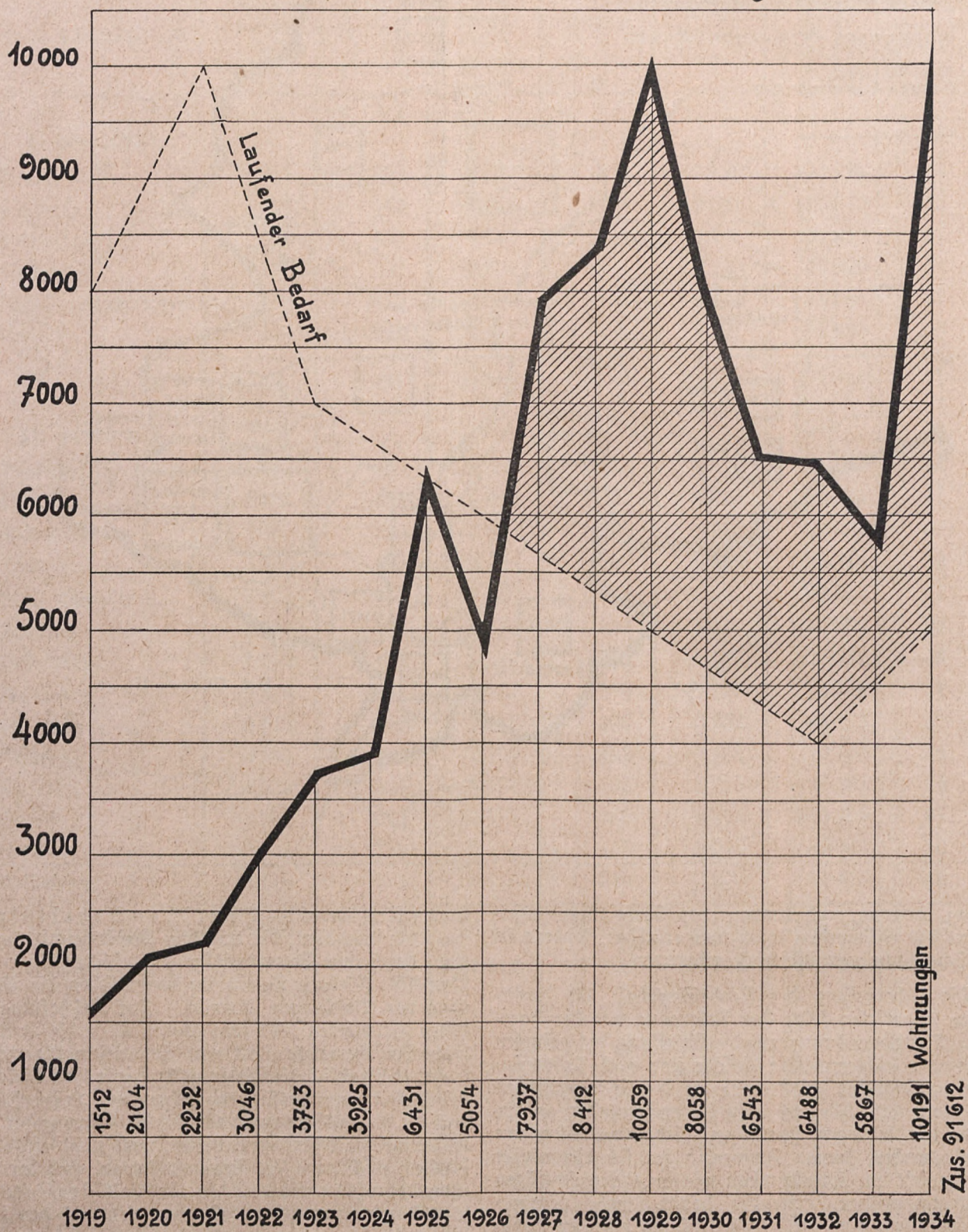
Die Übernahme der Reichsbürgschaft für zweistellige Hypotheken sollte den Übergang von der staatlichen Mittelgewährung auf die Erfassung des privaten Kapitals erleichtern. Die Ansätze sind nach Überwindung anfänglicher Hindernisse in den Bestimmungen gut, wenn natürlich auch nicht im entferntesten an den Erfolg wie bei einer staatlichen Förderungsmaßnahme gedacht werden kann. Immerhin hat sich die private Bautätigkeit im Eigenheimbau wie im mehrgeschossigen Mietwohnungsbau erfreulich belebt, wobei Steuererleichterungen und die Flüssigmachung privater Hypotheken zum Bau von mindestens 1 000 Wohnungen in 1935 mitgeholfen haben.

Eine willkommene Ergänzung der staatlichen Wohnungspolitik bedeutet das Einsetzen von rund 4,2 Mil-

lionen Reichsmark der Deutschen Arbeitsfront im Industriegebiet, die mit dem Reichsheimstättenamt und durch die Gemeinnützige Heimstätten-Spar- und Bau-AG. (Gehag) Berlin im wesentlichen die Errichtung von Siedlungen betreibt. Zur Beschaffung der ersten Hypotheken tritt zum großen Teile die Volkspflege-Versicherungsanstalt ein. In diesem Rahmen ist dann auch endlich die Siedlung Brzezinka (jetzt Birkenau) bei Gleiwitz zur Ausführung gekommen. Leider sind jedoch die Voraussetzungen, nämlich die Klärung der Aufbringung der öffentlichen Lasten noch nicht restlos geschaffen, auch wird das Ergebnis sowohl nach der wohnungstechnischen wie nach der wirtschaftlichen Seite nicht so voll befriedigend sein, wie man dies nach den jahrelangen Vorbereitungen wohl allen Beteiligten gewünscht hätte. Die Schwierigkeit liegt im wesentlichen in der Natur der Aufgabe, aus dem nackten Boden ein selbständiges Gemeinwesen mit allen lebenswichtigen Voraussetzungen schaffen zu müssen.



# Anzahl der in den Nachkriegsjahren in Oberschlesien baupolizeilich abgenommenen Wohnungen.





Außer der Verarbeitung von einigen Restmitteln der preußischen Wohnungsbauanleihe 1932 und von Arbeitgeberdarlehen der Reichsbahn u. a. hält sich der gemeinnützige Wohnungsbau im übrigen stark zurück, da die alten Verfahrensträger noch schwere Sorgen um die Erhaltung ihres früheren Neuhauseigentums haben, insbesondere ist die Tätigkeit der Baugenossenschaften fast ganz zum Stillstand gekommen. Um so lebhafter ist die industrielle Beteiligung an der Wohnungsfürsorge für die Werkangehörigen. In Beuthen hat sich eine Bergmannsheimstätten-Gesellschaft mit der Stadt Beuthen und der Hensel-Donnersmard-Gesellschaft zur Errichtung von etwa 300 Wohnungen gebildet. Ebenso haben sich die Schaffgotschen Werke mit der Gemeinde Bobrek-Karz zu einer Bergmannswohnungsbau-Gesellschaft zusammengeschlossen. In Ottmuth hat die Deutsche Schuh-Aktiengesellschaft Bata zunächst 5 Bedigenheime für je 40 Arbeiter = 200 Köpfe errichtet, die sie im Bedarfsfalle in Familienwohnungen umbauen will. Außerdem sind mehrere hundert Familienwohnungen in Heimstättenform mit großzügigen Grünanlagen geplant. Durch diese Werkwohnungen wird u. a. die erstrebenswerte Abziehung der Arbeiter aus den Städten aufs Land erreicht. Zur Zeit ist der Wohnbedarf in den Gemeinden um Ottmuth herum ganz außergewöhnlich groß und bedarf der dringenden Abhilfe.

Als wichtigster Abschnitt der öffentlichen Wohnungsfürsorge der letzten Jahre ist die Förderung von 1 600 Not- und Behelfswohnungen mit 1 600 000 RM Reichsdarlehen zu nennen. Dies Verfahren hat sich in einigen Grenzprovinzen zu der weiteren Aktion des Baues von Flüchtlingswohnungen mit 1 500 RM je Wohnung bei einer Laufzeit von 20 Jahren Tilgung (statt vorher 1 000 RM bei 10 Jahren) entwickelt. 350 Flüchtlingswohnungen wurden in Oberschlesien unterstützt. 200 weitere sind zu erwarten. Diese beiden letzteren Gruppen entfallen also noch auf das Bauprogramm 1935. Das Verfahren hat sich gut bewährt, so daß der Herr Reichs- und Preussische Arbeitsminister diese Aktion fortsetzen gedenkt. Jedoch soll der irreführende Begriff der Not- und Behelfswohnungen für diese durchaus als Dauerwohnungen anzusprechenden Heimstätten in den Landkreisen und Geschloßwohnungen in den Städten mit Verzicht gelassen werden. Der neue Begriff ist „Billigstwohnungen für Minderbemittelte“. Auch der Personenkreis soll für die Inanspruchnahme erweitert werden. Es sollen künftig auch andere Wohnungen gefördert werden, die nur hinsichtlich des Wohnraums und der Ausstattung äußerste Beschränkung aufweisen. Der

Bedarf ist jedenfalls in Oberschlesien noch ganz außerordentlich groß, zumal hier eine Milderung des Wohnungselends unter der minderbemittelten Bevölkerung ohne Förderung mit öffentlichen Mitteln gerade nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht zu erreichen ist. Hierbei tritt immer wieder das Mietproblem als ernste Sorge für die öffentlichen Verwaltungen hervor.

Im übrigen hat das Jahr 1934 manche Klarstellung in der Wohnungswirtschaft gebracht. Die Treuhandstelle für Bergmannswohnungen ist umgewandelt in die „Bergmannswohnungsbau-Gesellschaft mbH. in Gleiwitz“, wobei die Ansprüche des Reiches aus der viel umstrittenen Kohlenabgabe auf rund 100 000 RM reduziert worden sind, lediglich mit der Auflage der Verwendung der Zinsen und Tilgung zum Weiterbau.

Mit dem Gesetz über einstweilige Maßnahmen zur Ordnung des deutschen Siedlungswesens vom 3. Juli 1934 gingen manche Maßnahmen zur Vereinheitlichung in der Bauwirtschaft zusammen, nicht zuletzt auch eine schärfere Ueberwachung der Baupreise, die sich infolge der Ueberschneidung von Bauprogrammen verschiedener Verwaltungen in ungesunder Weise zu steigern begannen, als der plötzlich auftretende Bedarf mehrerer Stellen zur Materialknappheit führte. Die zeitweise Ueberbeanspruchung des Baumarktes scheint nunmehr überwunden zu sein.

In den Organisationen hat sich manche regionale Vereinfachung erzielen lassen. Der frühere „Reichsverband deutscher Wohnungsunternehmen“ ist aufgelöst, jetzt hat der „Verband der Berliner und schlesischen Wohnungsunternehmen“ die Revision sämtlicher Genossenschaften und Gesellschaften übernommen. Die Wohnungsfürsorgegesellschaft für Oberschlesien ist in der Geschäftsführung durch Personalunion mit der niederschlesischen Heimstätte vereinigt worden. Ebenso werden dem neugegründeten Landesplanungsverein Niederschlesien die Erfahrungen des Geschäftsführers der oberschlesischen Landesplanung zugute kommen, die hier beim Auftreten neuartiger Aufgaben der gesteigerten Verkehrsansprüche (Reichsautobahn und Adolf-Hitler-Kanal) weit über die Grenzen des Wohnungs- und Siedlungswesens hinaus schon wertvolle Beiträge für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Führers leisten konnte. Um die Aktionsfähigkeit der Volkswirtschaft für alle Fälle sicherzustellen, ist es notwendig, weiterhin manche innere Grenze fallen zu lassen, um dem großen Ruge der einheitlichen Staatsführung Raum zu geben. Aufbau und Schutz gesunder Lebensbedingungen für das deutsche Volk bleibt das Ziel.

## Ein neuer Finanzierungsplan im Wohnungs- und Siedlungsbau.

Von Willy Brachvogel, Berlin-Friedenau.

In letzter Zeit wurde von der Reichsregierung die Forderung mit Nachdruck vertreten, in der Wohnungsbaufinanzierung nach Möglichkeit den privaten Kapitalmarkt in Anspruch zu nehmen und die öffentlichen Mittel nach und nach einzuschränken. Vergleichen wir die Ergebnisse der Bautätigkeit im Jahre 1934 und Anfang 1935 mit der im Jahre 1933, dann kann man in dieser Beziehung bereits eine Zunahme der privaten Geld-

geber und eine Abnahme der öffentlichen Mittel konstatieren.

Bisher war es aber keinem Finanzierungsinstitut, ob privaten oder öffentlichen Charakters, gelungen, Wohnungs- bzw. Siedlungsbauten ohne öffentliche Mittel zu finanzieren. Neuerdings nun ist es aber der „Treuhand“-A.-G. für Baufinanzierungen im Deutschen Reich, eine Gründung des Reichsstan-



des deutschen Handwerks und des Bundes Deutscher Architekten, gelungen; Wohnungs- und Siedlungsbauten ohne öffentliche Mittel zu finanzieren, und zwar durch eine Kombination mit einer Bauparasse, nämlich „Deutscher Bauparer“ in Berlin, indem sie zu diesem Zweck besondere Tarife mit Genehmigung des Reichsaufsichtsamtes geschaffen hat.

Es dürfte nun von großem Interesse sein, etwas über Ziel und Zweck der „Treubau“ zu erfahren, ehe wir auf das Ergebnis des ersten Geschäftsberichtes der Gesellschaft näher eingehen:

Die „Treubau“ wurde im April v. J. unter Führung des Reichshandwerksmeisters Schmidt mit einem Aktienkapital von 500 000 RM. in Berlin gegründet. Das Aufgabengebiet der Gesellschaft ist ein außerordentlich vielseitiges. In erster Linie hat sie die Aufgabe zu erfüllen, die baulustigen Volksgenossen ohne Unterschied von Person und Stand in bautechnischer und finanzieller Beziehung zu beraten, ohne daß dafür dem Baulustigen Kosten entstehen. Die „Treubau“ befaßt sich aber nur mit der Finanzierung, wenn die Vollfinanzierung des Bauwerkes garantiert ist.

Besonderen Wert legt die Gesellschaft auf das Vorhandensein eines Eigenkapitals von mindestens 20 % des Bau- und Bodenwertes. Das gebietet neben der Selbstverständlichkeit schon die Verminderung des Risikos, das nun einmal in jedem Bau und den gegenwärtigen Baustoffpreisen liegt.

Die Finanzberatung ist natürlich unlöslich mit der Finanzierung des Bauvorhabens verbunden. Die „Treubau“ ist selbst kein Finanzinstitut, sondern sie bedient sich bei der Finanzierung der vorhandenen Finanzinstitute privater und öffentlicher Natur. Die Anlage der Gelder erfolgt also nach den Bedingungen der Geldstellen auf deren Namen. Die „Treubau“ ist aber bereit, auf Wunsch die Verwaltung der Gelder und Hypotheken zu übernehmen. In diesem Falle garantiert sie nach Vereinbarung den Zinsdienst. Durch diese Zinsgarantie will sie besonders das private Sparkapital zur Anlage in Neubauhypotheken veranlassen.

Bei der Finanzberatung durch die „Treubau“ wurde die Wahrnehmung des Reichsstandes des deutschen Handwerks in vollem Umfange bestätigt, daß der mittlere und bessere Eigenheimbau, soweit er die Flächengrenzen der Gemeinnützigkeitsverordnung (90 qm bzw. 120 qm Wohnfläche) übersteigt, sehr stiefmütterlich in der Beratung wie in der Finanzierung behandelt wird. Es handelt sich dabei um Eigenheimbauten von 12 000 RM. aufwärts bis zu 50 000 RM.; der Durchschnitt liegt bei 16 000 bis 24 000 RM. Diese Baulustigen verfügen nachweisbar über 20 bis 50 % Eigenkapital, ohne eine Restfinanzierung ihres Bauvorhabens erreichen zu können. Die Reichsheimstätten können sich dieser Bauten nicht annehmen, da sie in der Finanzierung satzungsgemäß an die Bestimmungen der Gemeinnützigkeitsverordnung gebunden sind.

Dieses private Baukapital liegt ungenutzt da, und es ist die oberste Aufgabe der Gesellschaft, gerade diese Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten zu mobilisieren. Diese mittleren und größeren Eigenheime dienen nachhaltiger der Arbeitsbeschaffung als nur der Bau von Kleinstwohnungen. Einmal ist ihre Ausführungszeit eine längere, und dann werden in der Regel bessere, material-

echte Baustoffe und nicht selten auch qualitativ bessere Leistungen notwendig.

Hier liegt andererseits auch der Hebel der wirtschaftlichen Notlage der Architekten, die natürlich infolge der Vernachlässigung der mittleren und größeren Eigenheime wirtschaftlich schwer zu leiden haben. Hier kann der Architekt auch wieder freier gestalten, als wenn er nur monotone Reihenhausbauten planen muß. Deshalb findet das Vorgehen der „Treubau“ besonders in der Architekten-schaft eine sehr freundliche Aufnahme.

Für Bauherren und Geldgeber nicht minder wichtig ist die Beratung und Ueberwachung des Bauvorhabens vom Anfang der Ausführung an bis zur Fertigstellung und die Ueberprüfung der Schlussabrechnung. Die „Treubau“ hat in diesem Falle ein verantwortliches Netz von absolut zuverlässigen Architekten und vereidigten Bauachverständigen im ganzen Reich geschaffen, welche die unbedingte Garantie bieten für die Anforderungen, die an eine derartige Vertrauensstellung gestellt werden müssen.

Ferner übernimmt die „Treubau“ auch die Zwischenfinanzierung durch vorhandene Bankinstitute und sorgt dafür, daß der ausführende Unternehmer und Handwerker nach Baufortschritt bezahlt wird.

Bei der Finanzierung der Bauvorhaben tritt als besondere Schwierigkeit immer das Problem der Beschaffung der II. Hypothek in Erscheinung. Bei kleineren Eigenheimen und bei Miethäusern ist dieses Problem durch Reichsbandarlehen, Arbeitgeberdarlehen und Reichsbürgschaft zu lösen, aber unlösbar war es bisher bei größeren Eigenheimbauten. Ist ein Eigenkapital von 40 %, ja 50 % vorhanden, so ist die Lücke auch bei einer I. Hypothek von 40 % nicht zu schließen, und Bauvorhaben dieser Art kommen nicht zur Durchführung. Handelt es sich um einen größeren Bau von vielleicht 100 000 RM. und sind 60 % Eigenkapital vorhanden, so ist wieder auf solche Objekte keine I. Hypothek von 40 %, sondern vielleicht nur von 25 % zu erhalten, und die Lücke ist wieder vorhanden.

Um diese calamität zu beseitigen, hat die „Treubau“ die Baufinanzierung auf privatwirtschaftlichem Wege gelöst, und zwar im Wege des Gemeinschaftssparens.

Eine brauchbare und bereits praktisch erfolgreich erprobte Lösung für die Bereitstellung der II. Hypothek auf kollektiver Grundlage stellt der Bauparvertrag dar, bei dem einmal 20 % Eigenkapital nachgewiesen und eingezahlt werden und die Beschaffung der I. Hypothek durch die „Treubau“ erfolgt. Eine Verzinsung des Eigenkapitals, sowie eine starke Tilgung nach Zuteilung ermöglichen es, daß die Warte- und Sparzeiten auf eine derart niedrige Zeit herabgedrückt werden, daß die Durchführung des Baues in das absolut menschliche Ermessen gerückt wird.

Durch die Kapitaleinzahlung von 20 % wird erreicht, daß immer 33 1/3 % der Sparer sofort zugeteilt werden, d. h. sie erhalten aus dem Zuteilungsstock außer der I. Hypothek das gesamte Restgeld zur Durchführung ihres Baues. Das Verhältnis von Zuteilungsberechtigten und Zugeteilten sinkt daher auf 3 : 1, wogegen es bisher ungefähr 50 : 1 war.

\*

Soweit die Ausführungen über Ziel und Zweck der „Treubau“. Daß der Gesellschaft die Lösung der ge-



steckten Ziele vollauf gelungen ist, beweist uns der erste Geschäftsbericht, der in diesen Tagen erschienen ist. Bereits nach einjährigem Bestehen konnte sie eine Dividende von 3% auszahlen und ihr Aktienkapital um 1½ Mill. RM. auf 2 Mill. RM. erhöhen.

Durch die vertragliche Verbindung mit der „Deutscher Bauparier“ wurde ein Fremdgeldtarif geschaffen, aus dem durch Zuteilung die II. Hypothek von 40 bis 80% für das Bauvorhaben zur Verfügung gestellt wird. Es hat sich nun in der Praxis ergeben, daß die durchschnittliche Wartezeit bei gleichmäßigem Sparerzugang und bei dauernder Einschaltung von 40% der I. Hypothek insgesamt 12,4 Monate beträgt, so daß dadurch das Optimum einer durchschnittlichen und durchaus vertretbaren Wartezeit erreicht wird.

Im Baupargeschäft waren im ersten Jahr 525 Bauvorhaben mit einer Bau Summe von 6,6 Mill. RM. in der Ausführung begriffen bzw. vollendet, während 333 Baulustige mit einer Vertragssumme von 4,3 Mill. Reichsmark auf die Ausführung warteten. Das prozentuale Verhältnis der befriedigten zu den noch wartenden Bauparier betrug demnach im ersten Jahr 61% zu 39%.

Aber nicht nur Geschosßbauten und größere Eigenheime werden von der „Treubau“ finanziert, sondern auch größere Siedlungsvorhaben. So wurden bisher in Nürnberg, Regensburg und Köln-Leverkußen 358 Häuser mit einem Gesamtbetrage von über 3,3 Mill. RM. hergestellt.

Insgesamt wurden im ersten Geschäftsjahr 1934 einschließlich der Bauparierverträge 829 Bauvorhaben mit 3000 Wohnungen (ausschl. Einliegerwohnungen) mit einem Bau- und Bodenwert von über 27 Mill. RM. finanziert. Davon entfallen

131 Bauvorhaben mit 131 Wohnungen (Eigenheime) auf Groß-Berlin, 609 Bauvorhaben mit 609 Wohnungen (Eigenheime) auf das übrige Reich und schließlich 89 Bauvorhaben (Geschosßbauten mit 2177 Wohnungen) auf das gesamte Reichsgebiet einschl. Berlin-Brandenburg. Die Durchschnittskosten eines Bauvorhabens ergaben für das Reichsgebiet 20342 RM. und für Groß-Berlin 18592 RM.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Baubetreuung. Durchschnittlich wird jeder Bau vier bis fünfmal kontrolliert. Die Baukontrollen werden im Reich von der Zentrale oder von allein verantwortlichen selbständigen Vertrauensarchitekten ausgeübt. Bis zum Schluß des Vorjahres wurden 48 Vertrauensarchitekten beschäftigt, deren Zahl sich im neuen Jahr bedeutend erhöht hat.

Ein weiterer Beweis der starken Finanzspruchnahme der „Treubau“ ist die Tatsache, daß sie bereits 15 Landesgeschäftsstellen, in Berlin, Dortmund, Hannover, Weimar, Hamburg, Stettin, Frankfurt a. M., Stuttgart, Mannheim, München, Breslau 2, Blumenstraße 5, Köln, Essen, Düsseldorf und Duisburg, errichtet hat.

\*

Welche Wege in der Finanzierung des Wohnungs- und Siedlungsbaues beschritten werden, ist Nebensache. Die Hauptsache ist, daß diese Wege dazu führen, das Spargeld wieder dem Kapitalmarkt zuzuführen, weniger öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen, den Baulustigen das Bauen von größeren und besseren Eigenheimen ebenfalls zu ermöglichen (dadurch erhalten das deutsche Handwerk, die Industrie und die deutsche Architektenschaft größere und extra reichere Aufträge) und somit der gesamten privaten Bauwirtschaft bessere Lebensbedingungen zu schaffen.

## Wirtschaftsberichte

### Die Wirtschaftslage in Deutsch-Oberschlesien im Mai-Juni 1935.

Am Mai 1935 sind die Arbeitslosigkeit in Oberschlesien weiter um 8442, d. i. um 14,2% gegenüber dem Vormonat zurück. Im Industriegebiet betrug der Rückgang 2401 Köpfe, d. i. 9,9%. Von den einzelnen Arbeitsamtsbezirken hatten den stärksten Rückgang Reiche mit 26,2% (1023 Köpfe) und Kreuzburg mit 23,3% (1152 Köpfe) zu verzeichnen. Auch gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat war ein Rückgang der Erwerbslosigkeit festzustellen, der 4237, d. i. 7,6% betrug, im Gegensatz zum Vormonat, an dessen Ende die Arbeitslosigkeit um 8,8% höher gewesen war als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Noch stärker war die Entlastung gegenüber dem Vorjahr im Industriegebiet, wo sie 5943, d. i. 21,4%, betrug. Rechnet man die Notstandsarbeiter zu den Arbeitslosen hinzu, so ergibt sich ein noch stärkerer Rückgang der nicht von der Privatwirtschaft beschäftigten Arbeitsuchenden. Ende Mai wurden in Oberschlesien 51161 arbeitslose Arbeitsuchende und 7868 Notstandsarbeiter verzeichnet. Im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, Ende Mai 1934, hatte die Zahl der Arbeitslosen 55398 und die Zahl der Notstandsarbeiter 18939 betragen. Beide Gruppen zusammen gerechnet umfassen also Ende Mai 1935 59029 nicht von der Privatwirtschaft beschäftigte Arbeitsuchende, gegen 74337 Ende Mai 1934. Der Rückgang beider Gruppen zusammen beträgt also 15308, d. i. 20,6%.

Von den verschiedenen Berufsgruppen hatten im Berichtsmonat die Saisonarbeiter eine etwas stärkere Abnahme, nämlich um 17,2%, gegenüber dem Vormonat zu verzeichnen als die übrigen Berufsgruppen, bei denen der

Rückgang 12,4% betrug. An den Angestelltenarbeitslosen sind die Erwerbslosigkeit um 6,7% zurück. Den stärksten Rückgang von sämtlichen Berufsgruppen hatte das Bauwesen mit 27,5% und die Industrie der Steine und Erden mit 25,4% zu verzeichnen.

### Arbeitslose Arbeitsuchende in Oberschlesien. Monat Mai 1935.

Arbeits- amt	Stand am Monatsletzten		Abnahme gegenüber dem Vormonat		Stand am Monats- letzten Mai 1934	Zu- bzw. Abnahme gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres	
	Mai	April	absolut	%		absolut	%
	1935						
Bentzen .	6 925	7 900	975	12,3	9 155	-2 230	24,4
Gleiwitz .	7 429	7 438	9	0,12	8 598	-1 169	13,6
Hindenburg.	7 475	8 892	1 417	15,9	10 019	-2 544	25,4
Industriereg.	21 829	24 230	2 401	9,9	27 772	-5 943	21,4
Kreuzburg	3 797	4 949	1 152	23,3	3 038	+ 759	25,0
Reiße . .	2 884	3 907	1 023	26,2	1 987	+ 897	45,1
Neustadt .	6 004	6 761	757	11,2	5 503	+ 501	9,1
Oppeln .	7 994	9 732	1 738	17,9	7 983	+ 11	0,14
Ratibor .	8 653	10 024	1 371	13,7	9 115	- 462	5,1
Oberschles.	51 161	59 603	8 442	14,2	55 398	-4 237	7,6

Die Belegschaftsziffer in den Steinkohlengruben erhöhte sich im Mai um 65, in den Roßsanstalten um 2, in



den Eisenhütten um 103, in den Zementfabriken um 18, in den Zink- und Bleierzgruben um 46. Gleich blieb sich die Kopfszahl der Beschäftigten in den Bricketfabriken und in den Zinkwalzwerken. Die Gesamtzunahme der Belegschaft der Großindustrie, soweit eine Statistik der Beschäftigten erreichbar ist, betrug also 234. Gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat war die Belegschaftszahl in den Steinkohlengruben um 4,35% größer, in den Koksanlagen um 2,9% und in den Bricketfabriken um 2,8% höher. In der Eisenindustrie betrug die Zunahme der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahre 12,4%, in den Zink- und Bleierzgruben 15,7%, in den Zinkwalzwerken 0,6%, in der Zementindustrie 10%.

Die Entlastung von der Arbeitslosigkeit, gemessen am Verhältnis der Neueinstellungen zu der Zahl der vor 1933 brotlos gewordenen, hat sich weiter verbessert. Die Entlastung betrug für Oberschlesien 70,9% gegen 64,5% im Vormonat. Doch blieb Oberschlesien hinter dem Reich und hinter Gesamt Schlesien zurück, da im Reich eine Entlastung von 80,8%, in Gesamt Schlesien von 73,2% verzeichnet wurde. Eine ungünstigere Entlastungsziffer als Oberschlesien hatte nur das Rheinland mit 60,4% aufzuweisen, was auf die Angliederung des Saargebietes zurückzuführen ist.

Im Kohlenbergbau war der durchschnittliche Tagesabsatz im Mai um 20,7%, im Juni um 26,4% höher als im gleichen Vorjahresmonat. Nach der leichten Absatzerhöhung im Mai erfolgte im Juni nochmals eine geringe Steigerung der Tagesförderung um etwa 2% und des arbeitstäglichen Absatzes um 3,6% gegenüber dem Vormonat. Die Lage am Kohlenmarkt war im Juni im ganzen befriedigend. Das Hausbrandgeschäft war sehr gering, nennenswerte Bevorratungen wurden nur von Ostpreußen vorgenommen. Hingegen war das Industriefohlegeschäft ziemlich rege. Jedoch machte sich für den Absatz der Industrieforten der ungünstige Wasserstand der Oder störend bemerkbar. Die Halbenbestände an Steinkohle vergrößerten sich im Juni um etwa 29 000 To. Die Kohlenausfuhr erreichte nicht ganz die Höhe des Vormonats, hielt sich aber auf hohem Stande, wie auch andere deutsche Reviere in den letzten Monaten ihre Steinkohlenausfuhr weiter erhöht haben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Transport- und Frachtverhältnisse beim Kohlenexport für Oberschlesien besonders ungünstig liegen. Die Zahl der Feierschichten betrug je Kopf der Belegschaft im Mai 2,06. Im Juni dürfte sie etwas geringer sein.

Das Koks geschäft war gleichfalls befriedigend. Der Versand nach dem Inlande erreichte nicht die Höhe des Vormonats, doch konnte der Auslandsabsatz verstärkt werden. Zum ersten Male seit langer Zeit wurde im Juni wieder Koksgrus an die polnische Zinkindustrie geliefert. Die Lieferung, die mehrere tausend Tonnen umfaßte, erfolgte im Kompensationswege gegen die Lieferung von Rohzink aus Polen nach Deutschland. Die Bricketherzeugung konnte sich, arbeitstäglich berechnet, etwas erhöhen.

In der eisenverarbeitenden Industrie erfuhr der Roheisenabsatz eine geringe Belebung. Hingegen war die Stahlwerkserzeugung weiter rückläufig. Die Erz- und Schrottversorgung ging regelmäßig und ungestört vonstatten. Die Erzeugung in den Hauptgruppen der Hüttenerzeugnisse war im Mai durchweg höher als im gleichen Vorjahresmonat. Bei der Produktionszunahme in Deutsch-Oberschlesien ist zu berücksichtigen, daß auch in anderen europäischen Produktionsländern (England, Belgien, Polen) die Roheisen- und Rohstahlerzeugung in diesem Jahre höher war als zur gleichen Vorjahreszeit.

Die Zinkblendeförderung blieb auch im Mai, wie schon im April, hinter dem gleichen Vorjahresmonat zurück, während die Bleierzgewinnung höher war. Der Erzversand der Deutsch-Bleischerlegrube ging gegenüber dem Vormonat zurück, weil die Vorratsbestände bereits verladen sind und nur die laufende Tagesförderung abtransportiert wird. Die Zinkblecherzeugung stieg geringfügig gegenüber dem Vormonat, blieb aber etwas hinter dem Vorjahre zurück. Die Inlandsverkäufe an Zinkblech waren abgeschwächt.

Die Industrie der Steine und Erden hatte in allen Zweigen eine weitere Absatzbelebung. Der Zementversand steigerte sich im Juni gegenüber dem Vormonat nur wenig, überschritt aber erheblich den Versandumfang des gleichen Vorjahresmonats. Mitte Juni konnte als fünftes oberchlesisches Werk die Zementfabrik „Silesia“ wieder in Betrieb genommen werden. Im Mai war die Zementherzeugung um 12,5% niedriger, der Absatz jedoch um 80,7% höher als im gleichen Vorjahresmonat. In dem Zeitabschnitt von

Januar bis Mai 1935 war die Zementherzeugung um 43%, der Absatz um 14,6% höher als im gleichen Vorjahresabschnitt.

Die Papier- und Zellstoffindustrie ist weiter gut beschäftigt. Doch hat die Nachfrage nach Papiersäcken nachgelassen. Die Papierfabrik Krappitz AG. verfügt weiter über umfangreiche Exportaufträge nach verschiedenen Ländern, die durch Vermittlung von Hamburger Exporteuren hereingenommen wurden. Es handelt sich durchweg um Lieferungen von Druckpapier. Die Preise sind jedoch wenig auskömmlich. Das Druckpapiergeschäft im Inlande war weniger belebt. Die Rohstoffversorgung ist für die nächste Zeit gesichert.

Infolge der guten Grünfuterernte ist die Nachfrage nach Delfuchen stark gesunken, so daß die Delfuchennühle in Oppeln-Bolfo bereits vor einiger Zeit stillgelegt wurde.

Die Bautätigkeit hielt sich auch im Juni auf der erreichten Höhe. An Hochbauten wurden Siedlungshäuser und Heeresbauten durchgeführt. Beim Tiefbau ist das größte Unternehmen der Staudenbau in Turawa. Der Staudamm ist bereits über die Hälfte fertiggestellt. Die Vollenendung ist im Jahre 1936 zu erwarten. Das Entlastungsbaustück tritt jetzt in den wichtigsten Bauzustand ein. Bis zum Herbst dürften die Betonierungsarbeiten abgeschlossen sein. Dann wird die Malapane durch das Bauwerk hindurchgeleitet und der Damm geschlossen. Die Arbeiten an dem Stauden bei Serino und am Adolf-Hitler-Kanal werden planmäßig weitergeführt.

Der Einzelhandel in Oberschlesien verzeichnete im Juni keine wesentliche Änderung in der Geschäftstätigkeit. Die Umsätze in denjenigen Handelszweigen, bei denen ein besonderes Pfingstgeschäft in Frage kommt, hatten eine geringe Umsatzsteigerung gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat zu verzeichnen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß im Vorjahre das Pfingstfest bereits in den Mai fiel. Im übrigen macht die geringe Kaufkraft der Bevölkerung eine stärkere Umsatzbelebung unmöglich. Der Textilwarenhandel konnte infolge der Pfingsteinkäufe eine Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahre erzielen. Auch der Handel mit Herren- und Knabenbekleidung erfuhr eine Belebung, wodurch die Umsätze im 1. Halbjahr 1935 ungefähr die gleiche Höhe erreichten wie im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres. Auch der Handel mit Schuhwaren hatte ein lebhaftes Pfingstgeschäft. Der Eisenwarenhandel meldet einen ungünstigen Geschäftsgang, der darauf zurückgeführt wird, daß für Gebäudereparaturen nur geringe Mengen gekauft werden. In Haus- und Küchengeräten waren die Umsätze gleichfalls sehr mäßig. Im Kolonialwarenhandel wird nicht einheitlich berichtet. Die Konkurrenz der Großfilialbetriebe macht sich vielfach drückend bemerkbar. Der Tabakwarenhandel hatte keine Besserung seiner Umsätze zu verzeichnen.

Die arbeitstägliche Waagengestellung der Reichsbahn war im Mai sowohl für Kohle wie für andere Güter nicht unwesentlich höher als im April. Insbesondere stieg die Waagengestellung für Zement und Kalk. Die Gesamtwaagengestellung in Oberschlesien war im Mai gegenüber dem Vormonat um 8,11% und gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 21% stärker. Hingegen im Reich trat gegenüber dem Vormonat nur eine Steigerung um 4,9% und gegenüber dem Mai 1934 um 7,5% ein. Die stärkere Zunahme der Güterwaagengestellung in Oberschlesien ist auf das Vorherrschen der Massentransporte zurückzuführen. Der Wasserschlag in den Oberhäfen Cosel und Oppeln erhöhte sich im Mai im Talverkehr um etwa 54 000 To. auf 272 900 To. Der Bergverkehr konnte sich gleichfalls weiter vergrößern und betrug fast 55 000 To. gegen 43 000 To. im Vormonat. Befördert wurden im Bergverkehr hauptsächlich Eisenerze sowie Schwefelkies und Schwefelkiesabbrände. In der Zeit von Januar bis Mai 1935 war der Umschlag von Schiff zur Bahn infolge der starken Eisenerztransporte um fast 140% höher als im gleichen Abschnitt des Vorjahres. Für den Talverkehr von Bahn zu Schiff betrug hingegen die Zunahme 9,1%.

Dr. M.

### Zahlen zur Lage im oberchlesischen Industriegebiet.

Ein neuer Bericht der Kommunalen Interessengemeinschaft für das oberchlesische Industriegebiet.

Die Kommunale Interessengemeinschaft übergibt speden das zweite Heft der Vierteljahresberichte „Zahlen zur Lage im oberchlesischen Industriegebiet“ der Öffentlichkeit. Der



Weg der Zusammenfassung und Auswertung des statistischen Materials, wie er in diesen Vierteljahresberichten beschriftet ist, hat in den Fachzeitschriften allgemeine Anerkennung gefunden. Für jeden, der sich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen unseres Bezirkes befaßt, sind diese Ziffernzusammenstellungen unentbehrlich. In dem jetzt vorliegenden zweiten Heft ist der Entwicklungsverlauf im ersten Vierteljahr 1935, sowie im Monat April und teilweise auch im Monat Mai anhand umfangreichen Zahlenmaterials veranschaulicht worden. Außerdem enthält die Schrift grundsätzliche Ausführungen über den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau des Kreises Beuthen-Tarnowitz und seiner Gemeinden, über den Altersaufbau im oberschlesischen Industriegebiet, über die Schulverhältnisse im oberschlesischen Industriegebiet, sowie in den Stadtkreisen Reize, Oppeln und Ratibor und über die Finanzwirtschaft der oberschlesischen Industriekommunen nach den Haushaltsplänen 1935.

Der wesentlichste Inhalt der Schrift läßt sich kurz folgendermaßen zusammenfassen:

Die Bevölkerungsentwicklung war in den verstrichenen Monaten des laufenden Jahres durch einen sehr hohen Geburtenreichtum (25,1) und einen ebenfalls hohen Geborenenüberschuß (13,2) gekennzeichnet. — Der Arbeitseinsatz war im ersten Quartal 1935 aus Witterungsgründen geringer als in den Vorjahren. Er hat aber dafür im Monat April und Mai eine starke Belebung erfahren. Außerdem ist heute die Gesamtzahl der Beschäftigten selbstverständlich wesentlich größer als in den Vorjahren. Besonders deutlich kommt die Wirtschaftsbelebung in der Entwicklung des Steuereinkommens und der Spareinlagen, aber auch in der Entwicklung der Förderungszahlen und der Löhne zum Ausdruck. Der durchschnittliche Barverdienst eines Belegschaftsmitgliedes der Kohlengruben (einschl. Nebenbetriebe) lag im ersten Vierteljahr 1935 um 7 Prozent bzw. 5,7 Prozent höher als zur gleichen Zeit der Jahre 1934 und 1933. — Eine stark überdurchschnittliche Belebung zeigt sich bei den Eisenhütten und bei den Zink- und Bleierzgruben. — Das Gesamtbild der Wirtschaftsentwicklung ist ein durchaus erfreuliches, obschon bei einem Vergleich ins Auge fällt, daß der Entwicklungsverlauf im oberschlesischen Industriegebiet immer mehr hinter dem Reichsdurchschnitt und auch beispielsweise hinter der Entwicklung im Ruhrgebiet zurückbleibt.

Der Reinzugang an Wohnungen war im ersten Vierteljahr 1935 aus jahreszeitlichen Gründen — wie stets im Frühjahr — nur gering. Die Inangriffnahme neuer Wohnungsbauten war mit 434 Wohnungen in der Stadt Beuthen besonders groß. — Beim Wohlfahrtswesen hat sich mit dem Aufstieg der Wirtschaft allgemein eine fühlbare Entlastung durchgesetzt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger liegt heute nur noch in Beuthen über dem Monatsdurchschnitt 1932 und sonst um 20 bis 30 Prozent darunter. — Der Fremdenverkehr war während des ersten Vierteljahres 1935 in Beuthen und Gleiwitz lebhafter als zur gleichen Zeit des Vorjahres, aber etwas geringer als im ersten Quartal 1933.

Im letzten Heft der Vierteljahresberichte wurde über den sozialen und wirtschaftlichen Aufbau der drei oberschlesischen Industriestädte berichtet. In Ergänzung der damaligen Ausführungen zeigt das jetzt beigebrachte Zahlenmaterial, daß auch der Landkreis Beuthen-T. ein ausgesprochenes Industriegebiet ist, ebenso wie andererseits der Nachbarkreis Tost-Gleiwitz als Ganzes betont landwirtschaftliches Gepräge trägt. Der industrielle Charakter des Kreises Beuthen-T. prägt sich z. B. in seinem relativ geringen Frauenanteil aus (50,1 Prozent), sowie vor allem in der starken Vertretung von Industrie und Handwerk (71,0 Prozent) in seinem Wirtschaftsaufbau und in dem starken Uebergewicht der Arbeiter (75,3 Prozent) in seinem Gesellschaftsaufbau. — Wie in den Städten so ist auch im Landkreis der Erwerbstätigkeitsgrad infolge des einseitigen Uebergewichts der Schwerindustrie in Verbindung mit dem hohen Geburten- und Kinderreichtum sehr gering (33,5 Prozent). Selbst in den 9 kleinen Gemeinden des Kreises Beuthen-Tarnowitz herrscht der Charakter von Arbeiterwohngegenden gegenüber dem landwirtschaftlichen Charakter vor.

Nach ihrem Altersaufbau zählen die oberschlesischen Industriestädte zu den Großstädten mit der jugendlichsten Einwohnererschaft, weil in ihnen, und ebenso selbstverständlich auch

im Landkreis Beuthen-Tarnowitz, der stark überdurchschnittliche Geburtenreichtum für eine ständige Verjüngung sorgt. Es machen die Kinder unter 6 Jahren in den oberschlesischen Industriekommunen 11–12 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, bei einem Großstadt-Durchschnitt von 6,7 und einem Reichsdurchschnitt von 9,0! Trotzdem hat aber der Geburtenrückgang auch im Altersaufbau der oberschlesischen Industriekommunen merkliche Spuren hinterlassen. Im ganzen zeigt jedoch der Altersaufbau des Industriegebietes wegen der im Vergleich zum Großstadtdurchschnitt und Reichsdurchschnitt nur geringen Auswirkung des Geburtenrückganges ein vom bevölkerungspolitischen Standpunkte aus erfreuliches Bild. Allerdings ist nicht zu verkennen, daß dieser Altersaufbau die oberschlesischen Industriekommunen auch vor schwerwiegende Aufgaben stellt, z. B. in schulpolitischer und wohnungspolitischer Hinsicht.

Bei einem preussischen Stadtkreisdurchschnitt von knapp 15 Prozent beanspruchen die Schulen in den oberschlesischen Industriestädten etwa 20 Prozent des kommunalen Gesamtaufwandes. Sie sind nach dem Wohlfahrtsweisen der wichtigsten Ausgabefaktor in den gemeindlichen Haushaltsplänen und daher von starkem kommunalpolitischen Interesse. Als Gesamteindruck des in diesem Heft zusammengestellten Materials ergibt sich, daß die Schulverhältnisse (wie sie sich vor allem in der Klassenfrequenz und in der Zahl der Schüler je Lehrkraft widerspiegeln) in den Volks- und Berufsschulen des oberschlesischen Industriegebietes ganz wesentlich ungünstiger liegen als im Durchschnitt der deutschen Großstädte und Mittelstädte. Diese Tatsache ist vornehmlich dadurch bedingt, daß die Kommunen des Industriegebietes bei ihrer geringen Steuerkraft nicht in der Lage sind, Mehrstellen in dem Umfange einzurichten, wie es sonst im Reiche geschieht. Insbesondere bei den höheren Schulen, aber auch bei den Handelsschulen besteht ein relativ geringer Ausnutzungsgrad und daher ein verhältnismäßig hoher Zuschußaufwand je Schüler, weil der Besuch dieser Schulen infolge der niedrigen Kaufkraft der Bevölkerung ein geringer ist. — Alle diese Momente erhärten die Notwendigkeit einer besonderen Förderung des Schulwesens im oberschlesischen Industriegebiet durch den Staat — namentlich durch Bewilligung von Ergänzungszuschüssen für die Volksschulen.

Den Eindruck, daß das oberschlesische Industriegebiet ein ausgesprochenes Notstandsgebiet ist, gewinnt man auch aus den Haushaltsplänen 1935. Obwohl in Gebieten mit überwiegender Arbeitererschaft und geringer Kaufkraft der Bevölkerung die kollektiv zu befriedigenden Bedürfnisse zahlreicher und dringlicher sind als in Landesteilen mit vorwiegend wohlhabender Bevölkerung, liegt der tatsächliche Gesamtaufwand auch nach den ordentlichen Haushaltsplänen 1935 — wie in den Vorjahren — in allen Kommunen des oberschlesischen Industriegebietes gegenüber dem preussischen Durchschnitt sehr niedrig. Die allgemeine starke Zurückhaltung in der Ausgabepolitik bildet den beherrschenden Eindruck, den man bei Durchsicht der Haushaltspläne gewinnt. Trotz aller Einschränkungen war es aber den oberschlesischen Industriekommunen nicht möglich, für 1935 ausgeglichene Haushaltspläne vorzulegen. — Der ordentliche Haushaltsplan der Stadt Beuthen für das Rechnungsjahr 1935 schließt mit einem tatsächlichen Gesamtaufwand der Kammereidverwaltung von 108,5 RM. je Einwohner ab; in Gleiwitz und Hindenburg ist der Aufwand mit 96 bzw. 88 RM. je Einwohner fühlbar niedriger, im Landkreise Beuthen-Tarnowitz beträgt er (für den Kreisausschuß und sämtliche Gemeinden) 64 RM. Der ungedeckte Fehlbetrag 1935 ist in der Stadt und im Landkreise Beuthen mit 12,8 bzw. 12,7 RM. je Einwohner fast gleich; er beträgt in Gleiwitz 17,0 und in Hindenburg 23,1 RM.

### Der deutsch-oberschlesische Steinkohlenbergbau im Juni 1935.

Die Steinkohlenförderung betrug im Juni bei 22,1 Arbeitstagen nach vorläufigen Angaben 1346 538 To. oder im Tagesdurchschnitt 60 929 To. gegenüber 1482 142 To. oder 59 286 To. im Mai bei 25 Arbeitstagen und 1 398 509 To. oder 55 271 To. im April bei 24 Arbeitstagen. Im Juni 1934 sind bei 25 Arbeitstagen 1 309 955 To. oder 52 398 To. gefördert worden.



Der Gesamtabsatz an Steinkohlen betrug:

	April 1935 t	Mai 1935 t	Juni 1935 (vorl. Zahlen) t
nach dem Inland	1 184 856	1 260 504	1 138 199
nach dem Ausland	83 052	112 509	118 584
<b>Insgesamt</b>	<b>1 267 908</b>	<b>1 373 013</b>	<b>1 256 783</b>
Arbeitstäglich	52 830	54 921	56 868
Davon:			
mit der Hauptbahn	1 141 025	1 247 392	1 144 241
Wasserumschlag	201 225	246 630	177 300

Die Lage am Kohlenmarkt war im Berichtsmontat im großen und ganzen weiter befriedigend, nur im Hausbrandgeschäft mangelte es unverändert an Aufträgen, da der Plahandel mit der Bevorratung im Juli beginnt. Die Hausbrandsortimente mußten daher zum Teil auf Halbe gestürzt werden. Der Bezug der Reichsbahn hielt sich etwa auf dem Stande des Vormonats, für den nächsten Monat ist eine weitere Einschränkung angekündigt. Der Brennstoffverbrauch der Ziegeleien und der Zementindustrie war weiterhin gut. Auch einzelne Zuckerfabriken haben langsam mit ihren Vorratskäufen für die kommende Campagne begonnen. Der Bedarf an Industrieforten war wie bisher rege. Da jedoch für diese Bezüge in größerem Umfange der Wasserweg benutzt wird, machte sich im Berichtsmontat der ungünstige Wasserstand der Oder störend bemerkbar.

Die Halbenbestände an Steinkohle haben im Berichtsmontat unerheblich zugenommen. Ende Juni lagen 1 567 902 To. auf Halbe, gegenüber 1 540 932 To. Ende Mai und 1 505 380 To. Ende April. Der Gesamthalbenbestand (Koks und Bricketts in Kohle umgerechnet) stieg von 1,91 Mill. To. auf 1,92 Mill. To.

Der im Monat Mai anhaltende gute Wasserstand der Oder hielt in der Berichtszeit infolge des plötzlich eintretenden heißen Wetters nicht an, so daß die Tauchtiefe ab Breslau wie folgt herabgesetzt werden mußte:

ab 4. Juni	= 1,50 Meter
„ 5. „	= 1,38 „
„ 11. „	= 1,18 „

Eine weitere Herabsetzung der Tauchtiefe ist nur durch Abgabe von Zulußwasser aus dem Ottmachauer Staubecken vermieden worden. Die Tauchtiefe von 1,18 Meter konnte noch bis zum 16. Juni gehalten werden. Die um diese Zeit in Breslau liegenden und nach Breslau ankommenden Rähne konnten abgeleichtert durch Ransern schleusen. Durch das Ausbleiben von Niederschlägen mußte ab 17. Juni eine vorübergehende Herabsetzung der Tauchtiefe ab Breslau auf 0,98 Meter erfolgen, sie konnte aber am 20. Juni wieder auf 1,08 Meter erhöht werden.

Die Steinkohlenausfuhr konnte im Juni etwas gesteigert werden. Insgesamt wurden verladen:

	April 1935 t	Mai 1935 t	Juni 1935 (vorl. Zahlen) t
nach der Tschechoslowakei . .	40 305	56 769	69 282
„ Oesterreich . . . . .	3 492	3 410	4 140
„ Ungarn . . . . .	655	75	960
„ dem übrigen Ausland .	38 600	52 255	44 202
<b>Insgesamt</b>	<b>83 052</b>	<b>112 509</b>	<b>118 584</b>

Die Belegschaft der Steinkohlengruben betrug Ende Juni 38 594 Arbeiter gegenüber 38 769 Mann am Ende des Vormonats. Wegen Absatzmangels sind im Mai 80 046 (je Kopf 2,06) Schichten ausgefallen gegenüber 77 506 (2,00) Feierschichten im April. Im Berichtsmontat dürfte infolge der Feiertage Fronleichnam und Peter und Paul die Zahl der Feierschichten etwas geringer sein.

Am Pöcksmarkt war die Absatzlage ebenfalls weiterhin befriedigend. Erzeugung und Absatz betrugen:

	April 1935 t	Mai 1935 t	Juni 1935 (vorl. Zahlen) t
<b>Erzeugung:</b>			
insgesamt . . . . .	85 660	89 257	87 464
kalendertäglich . . . . .	2 855	2 879	2 915
<b>Abatz:</b>			
nach dem Inland . . . .	54 504	90 294	84 047
nach dem Ausland . . .	3 924	5 716	9 867
<b>Insgesamt</b>	<b>58 428</b>	<b>96 010</b>	<b>93 914</b>

Der Versand nach dem Inlande erreichte nicht die Höhe des Vormonats; dagegen konnte der Auslandsabsatz verstärkt werden. Die Halbenbestände sind im großen und ganzen unverändert geblieben. Sie betrugen Ende Juni rund 275 000 To. gegenüber 282 410 To. Ende Mai und 291 159 To. Ende April.

Am Brickettmarkt ist die Lage im großen und ganzen unverändert geblieben. — Erzeugung und Absatz hielten sich etwa auf der Höhe des Vormonats. Die Bricketterzeugung betrug im April 18 391 To. oder arbeitstäglich 766 To., im Mai 19 038 To. oder 762 To. und im Juni 16 697 To. oder 759 To. Abgesetzt wurden im April 17 860 To., im Mai 18 605 To. und im Juni 16 271 To. Der Halbenbestand stieg von 2 515 To. Ende Mai auf 2 837 To. Ende Juni.

### Die deutsch-oberschlesische Eisenindustrie im Juni 1935.

Der Absatz in Roheisen hat gegenüber dem Vormonat eine geringe Belebung erfahren. Die Stahlwerkserzeugung ist weiter rückläufig. Die Verladung von Stabeisen ist etwas besser geworden. Der Auftragszugang in Bandeisen ist schwächer, der Versand hält sich auf der Höhe des Vormonats. In kaltgewalztem Material ist ein saisonmäßig bedingter Rückgang eingetreten. Ebenso ist der Auftragszugang für gezogenes Stangenmaterial zurückgegangen. Für Edelstahl hielt die Besserung im Auftragszugang weiter an. Das Drahtgeschäft ist ebenso wie das Geschäft in guß- und schmiedeeisernen Röhren unverändert. Das Schmiedepreßwerk ist weiterhin ausreichend mit Beschäftigung versehen. Der Auftragszugang für das Blechpreßwerk ist nach wie vor unbefriedigend. Neben den üblichen Radreifen-Zuweisungen ist auch ein größerer Auftrag der Breslauer Straßenbahn in Radreifen eingegangen. In Automobilteilen und Stahlflaschen ist die Beschäftigungslage unverändert. Die Nachfrage nach Feldbahnmaterial hat entsprechend der vorgerückten Jahreszeit und der zum Teil erfolgten großen Eindeckung der Bauunternehmer nachgelassen. Die Gesenkschmiede und der Weichenbau sind ebenso wie die Stahl- und Eisengießereien ausreichend beschäftigt. Dasselbe gilt für die Abteilungen Eisenbau und Kesselschmiede. Die Auftrags- und Beschäftigungslage der Maschinenbauanstalt ist nach wie vor unbefriedigend. Das Geschäft in Königshulder Artikeln für die Landwirtschaft weist einen geringen Rückgang in der Verladung auf. Die Blechwarenfabrik ist mit Beschäftigung ausreichend versehen. Die Erzversorgung ging bei ungehörtem Betrieb der Oberkiffahrt regelmäßig vonstatten. In Schrott war die Versorgung bei unveränderten Preisen ausreichend.

### Die obereschlesische Zementindustrie im Juni.

Im Berichtsmontat steigerte sich der Versand von Zement nur wenig gegenüber dem Vormonat, der Versandumfang des gleichen Vorjahrsmonats wurde dabei nicht unerheblich überschritten. Mitte des Berichtsmontats wurde das Werk Silesia wieder in Betrieb genommen, voraussichtlich wird diese zusätzliche Produktion aber nur für die Zeit des jahreszeitlichen Hauptabzuges aufrecht erhalten werden können. Es sind damit jetzt fünf Werke des hiesigen Bezirks im Betriebe.



### Vom Zinkblechmarkt im Juni

Die Inlandsverkäufe seit Anfang des Jahres liegen zur Zeit etwa 39 Prozent unter denjenigen der gleichen Vorjahrsperiode, während die berechneten Mengen etwa 19 Prozent geringer sind. Der Abfab nach dem Auslande wurde im lau-

fenden Monat durch die schwächere Preislage für Rohzink und durch die noch nicht geklärten neuen Ausfuhrförderungsmaßnahmen beeinträchtigt. Die Inlandspreise wurden am 12. 6. 35 gegenüber dem Stande vom 13. 5. 35 um 1,— RM. %/kg ermäßigt und am 22. 6. 35 um weitere 0,50 RM. %/kg.

### Die Güterwagengestellung in Oberschlesien im Monat Mai 1935.

An Güterwagen wurden gestellt:

Im Mai 1935 (25 Arbeitstage)	O-Wagen				G-Wagen		Sonstige Wagen	
	für Kohle, Koks und Briketts	für andere Güter	davon für		insge- samt	davon für Zement	insge- samt	davon für Kalk
			Rüben	Schneigel				
zu je 10 t				wirkliche Wagen				
a) insgesamt:								
angefordert	135 984	23 706	—	—	15 649	5 169	7 574	2 529
rechtzeitig gestellt	135 984	23 706	—	—	15 649	5 169	7 568	2 529
nicht rechtzeitig ge- stellt (Ausfall)	—	—	—	—	—	—	6	—
n. S. d. Bestellzahl	—	—	—	—	—	—	0,08	—
b) arbeitstäglich:								
angefordert	5 439	948	—	—	626	207	303	101
rechtzeitig gestellt	5 439	948	—	—	626	207	303	101
nicht rechtzeitig ge- stellt (Ausfall)	—	—	—	—	—	—	—	—
n. S. d. Bestellzahl	—	—	—	—	—	—	—	—

### Der polnische Steinkohlenbergbau im Mai 1935.

Die Gesamtlage des polnischen Steinkohlenbergbaues war im Mai gegen den Vormonat nicht verändert. Bei der gleichen Zahl von Arbeitstagen wie im April (25) war das Förderergebnis für Gesamtpolen um 2,93 Prozent niedriger. In der Woiwodschaft Schlesien machte der Rückgang etwas mehr, nämlich 3,70 Prozent aus, während bei den Gruben von Dombrowa und Krafau überhaupt kaum ein Rückgang festzustellen war, denn das Förderminus betrug hier nur 0,48 Prozent. Da zugleich bei gegen den Vormonat fast unveränderten Gesamtabsatz die Gruben der Woiwodschaft Schlesien reichlich 30 000 To. weniger, die anderen Gruben aber um etwa ebensoviel mehr absetzten, trat in dem erstgenannten Revier eine geringe Zunahme der Bestände, bei den anderen polnischen Gruben dagegen eine Abnahme um mehr als 50 000 To. ein, also im Grunde die gleiche Erscheinung wie im April, nur mit etwas anderen Zahlen. Die Hauptzahlen waren folgende:

Gesamtpolen	Mai 1935 To.	April 1935 To.
Gesamtförderung	1 993 530	2 053 627
Arbeitstäglich	79 741	82 145
Eigenverbrauch	206 862	217 242
Inlandsabsatz	1 175 514	1 171 447
Ausfuhr	654 558	659 050
Bestände am Monatsende	1 601 962	1 651 881
Woiwodschaft Schlesien	Mai 1935 To.	April 1935 To.
Gesamtförderung	1 504 455	1 562 203
Arbeitstäglich	60 178	62 488
Eigenverbrauch	135 519	141 789
Inlandsabsatz	817 474	828 752
Ausfuhr	544 383	564 531
Bestände am Monatsende	1 125 207	1 122 862

Der Inlandsabsatz zeigte wie im ganzen so auch in der Aufteilung auf die einzelnen Verbrauchergruppen keine sehr erheblichen Schwankungen. Denn es bezogen: Die Industrie 655 491 To. (Zunahme 6 503 To. oder 1 Prozent), die Eisenbahnen 221 269 To. (Abnahme 12 012 oder 5,15 Prozent), sonstige Abnehmer 298 754 To. (Zunahme 9 576 To. oder 3,31 Prozent). Die Zunahme in der letztgenannten Gruppe dürfte in der Hauptsache auf Eindeckungen der Landwirtschaft

zurückzuführen sein, da das Hausbrandgeschäft in dieser Jahreszeit seinen tiefsten Stand aufweist.

Da dem Rückgange des Inlandsabsatzes um rund 4000 To. eine Zunahme der Ausfuhr um etwa 4 500 To. gegenüberstand, kam in dem Gesamtergebnis des Abfazes bis auf wenige hundert Tonnen mit 1 830 072 To. (1 830 497) fast die gleiche Zahl heraus wie im Vormonat.

In der Verteilung der Ausfuhr auf die verschiedenen Märktegruppen waren jedoch auch im Mai wieder bemerkenswerte Verschiebungen festzustellen. Die hauptsächlichste hiervon betraf Italien, das im Verlauf seiner Kontingentierungsmaßnahmen die Einfuhr polnischer Kohle auf weniger als die Hälfte herabsetzte. Dafür nahmen die Ausfuhren nach Mitteleuropa (infolge Erhöhung des österreichischen Kontingents) und nach Westeuropa zu, so daß die Verteilung der Ausfuhr auf die vier wichtigsten Märktegruppen nach der Statistik des Handelsministeriums folgende war (in Prozentzahlen der Gesamtausfuhr): Skandinavien einschl. Finnland 38,93 Prozent (38,24), Westeuropa 21,07 Prozent (15,02), Südeuropa 13,74 Prozent (23,98), Mitteleuropa 11,91 Prozent (9,71). Nach den Ermittlungen der Polnischen Kohlenkonvention wurden ausgeführt: Nach den alten Lizenzmärkten (Mitteleuropa und Danzig) 104 687 To. (79 409), nach den skandinavischen Ländern (ohne Finnland) 243 821 To. (236 473), nach den baltischen Staaten (mit Finnland) 13 660 To. (20 911), Westeuropa (Frankreich, Belgien, Holland 128 424 To. (95 857), Italien 66 952 To. (146 824), nach den nicht von der Konvention erfaßten europäischen Märkten 30 912 To. (15 016), nach außereuropäischen Ländern 26 870 To. (28 075), Bunkerkohlen 39 232 To. (36 485). Die Ausfuhrzahlen nach den einzelnen Ländern waren, soweit sie sich aus dem Vorstehenden noch nicht ergeben, folgende (in runden 1000 To.): Österreich 57 (44), Ungarn 1 (—), Tschechoslowakei 20 (20), Schweden 188 (180), Norwegen 33 (34), Dänemark 25 (19), Finnland 9 (15), Lettland 5 (6), Frankreich 102 (81), Belgien 20 (11), Holland 7 (4), Schweiz 9 (3), Jugoslawien 16 (1), Griechenland 7 (8), Ägypten 8 (3), Ägypten 11 (6), Argentinien 6 (12), Danzig 27 (16). Bei den Umschlagsszahlen der Ostseehäfen ist eine Umgruppierung zugunsten Danzigs eingetreten, dessen Umschlag in den letzten Monaten stark geschrumpft war. Denn es wurden verladen: in Gdingen 411 000 To. (431 000), in Danzig 202 000 To. (165 000).



In der ersten Hälfte des Monats Juni haben sich die Ausfuhrverhältnisse gebessert, da das Ausland mit den Eindedungen für den bevorstehenden Herbst in größerem Maßstabe begann. So wurden bis zur Monatsmitte insgesamt 402 000 To. ausgeführt (Zunahme 75 000 To.), im arbeitstäglichen Durchschnitt 32 000 To. (26 000). Davon kamen auf die Gruben der Woiwodschaft Schlesien 347 000 To. (Zunahme 67 000), auf die Dombrowaer Gruben 55 000 To. (Zunahme 8 000). Was die verschiedenen Marktgebiete anlangt, so hatten diesmal die westeuropäischen Märkte mit 70 000 To. (+1000) die geringste Zunahme, während die Verfrachtungen nach dem mitteleuropäischen Absatzgebiet um 18 000 To. auf 57 000 To., nach Skandinavien um 15 000 auf 141 000 To. und nach Südeuropa um 28 000 auf 72 000 To. anstiegen.

Im Zusammenhang mit den Absatzverhältnissen der polnischen Steinkohlengruben ist bemerkenswert eine soeben veröffentlichte statistische Zusammenstellung über die Förderleistung je Kopf und Schicht der Belegschaft berechnet. Danach betrug im Jahre 1913 die Schichtleistung je Kopf der Gesamtbelegschaft, 1 143 Kilogramm, je Kopf der untertägigen Belegschaft 1 710 Kilogramm und je Häuer 5 576 Kilogramm. Nach dem Kriege trat aus den bekannten Gründen ein starker Rückgang der Leistung ein, dem dann nach 1923 wieder ein Anstieg folgte. Die Vorkriegszahlen wurden zum ersten Male überschritten im Jahre 1927, in welchem die entsprechenden Zahlen 1 191 Kilogramm, 1 814 Kilogramm und 7 414 Kilogramm waren. Sie sind weiter gestiegen und haben im Jahre 1934 folgenden Stand erreicht: je Kopf der Gesamtbelegschaft 1 703 Kilogramm, je Kopf der Belegschaft unter Tage 2 611 Kilogramm und je Häuer 9 336 Kilogramm. Da es sich um Zahlen handelt, die für Gesamtpolen, also für drei Reviere mit sehr unterschiedlichen Verhältnissen errechnet sind, geben sie nur ein sehr unvollkommenes Bild von den Veränderungen, die besonders in Oberschlesien eingetreten sind. Denn hier gibt es eine ganze Anzahl Gruben, die mit einer Förderleistung von 2 To. und mehr je Kopf der Gesamtbelegschaft arbeiten. Der Grund für diese hohe Leistung liegt zum Teil in der fortschreitenden Mechanisierung und sonstigen technischen Verbesserung der Abbau- und Fördereinrichtungen. Nicht weniger fällt jedoch ins Gewicht, daß im Laufe der Jahre eine ganze Anzahl Gruben, die unter weniger günstigen Verhältnissen arbeiteten, geschlossen worden ist, sondern daß auch in den Gruben, die heute noch im Betriebe sind, der Abbau der Kohle sich den Flözen zuwendet, wo die Kohle mit den verhältnismäßig geringsten Schwierigkeiten und daher auch mit entsprechend geringeren Kosten gewonnen werden kann. Zu dieser Praxis aber wurden die Gruben wieder genötigt durch die niedrigen Preise, mit denen sie beim Ausfuhrgeschäft rechnen mußten, sodaß sich als Ausgleichsmaßnahme die möglichst weitgehende Herabdrückung der Gesteinskosten als notwendig erwies.

### Die polnische Eisenhüttenindustrie im Mai 1935.

Die Erzeugung der Eisenhüttenindustrie in Polen hat auch im Mai weiter eine gewisse Stetigkeit gezeigt, denn die Schwankungen hielten sich in den Grenzen von wenigen tausend Tonnen teils nach oben, teils nach unten. Die Haupterzeugungszahlen waren folgende:

	Mai 1935	April 1935
	To.	To.
Roh Eisen	29 627	28 662
Rohstahl	81 255	79 426
Fertigerzeugnisse der Walzwerke	56 375	59 746
Röhren	4 728	4 101

Im Vergleich zum Mai 1934 war die Roheisenerzeugung um 6 500 To. niedriger, eine Folge davon, daß die Schrottverförmung der polnischen Eisenhütten sich durch das Abkommen mit Deutschland gebessert hat, die Stahlwerke also mit geringerem Roheiseneinsatz arbeiten können als früher. Die Stahlerzeugung war um annähernd 4000 To. höher, die Walzwerkserzeugung dagegen um 1000 To. niedriger, während bei der Röhrenherzeugung eine Zunahme um mehr als 1 300 To. eingetreten ist.

Der Auftragseingang beim polnischen Eisenhüttenyndikat, der im vorigen Monat stark zurückgegangen war und nur etwa 20 000 To. betragen hatte, erhöhte sich um 38,60 Prozent

auf 27 120 To. Allerdings war diese Zunahme in der Hauptsache eine Folge der von der Staatsbahnverwaltung neu vergebenen Schienenaufträge, wodurch sich die Regierungsbestellungen um 5 771 auf 8 389 To. erhöhten, während die Privatbestellungen mit 18 731 To. die des Vormonats nur um 1 782 übertrafen. Die Ausfuhr von Walzwerkserzeugnissen betrug 15 171 To. (14 597), die Röhrenaufuhr 1 912 To. (2 408).

Die Belegschaft der polnischen Eisenhütten hat im Mai um 391 Köpfe auf 32 535 zugenommen. Sie war am Monatsende um 2 682 höher als Ende Mai 1934.

### Die Bielsker Textilindustrie in den ersten 5 Monaten 1935.

In der Bielsker Wollindustrie, die den Hauptanteil an der Gesamtproduktion des dortigen Reviers hat, war der Export, der für diesen Industriezweig eine große Rolle spielt, in den ersten fünf Monaten 1935 niedriger als im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres. Ueberhaupt nahm die Entwicklung des polnischen Außenhandels mit Textilernzeugnissen im Jahre 1935 einen ungünstigen Verlauf, insofern, als die Einfuhr von Fertigerzeugnissen wuchs, während die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten (Garn) zurückging. Man sieht hierin die Folgen einer fehlerhaften Kompensationspolitik. Andererseits aber erfuhr der Absatz der Bielsker Erzeugnisse im Inlande eine gewisse Besserung, wenn auch nicht in allen Teilen des Staatsgebietes. Eine Steigerung des Absatzes war hauptsächlich möglich in Warschau, Lodz, Wilna und Danzig, während der bisher aufnahmefähigste kleinpolnische Markt, namentlich in Ostgalizien, einschließlich Lemberg, nicht imstande war, größere Mengen als im Vorjahre aufzunehmen. In einigen Gegenden Galiziens gingen die Umsätze sogar zurück.

Die Erzeugung der Bielsker Wollindustrie verzeichnete gewisse Umschichtungen auf dem Gebiete von Produktion und Absatz. Die Erzeugung von Handelsware stieg regelmäßig gegenüber dem Vorjahre um etwa 15 Prozent. Da sich aber die Preise abfindend gestalteten, so trat eine Zunahme in den Erlösziffern weniger zutage. Außer der Menge stieg auch die Zahl der verschiedenen Ausführungen, die von den Bielsker Firmen hergestellt wurden. Während die Erzeugung von glatten, einfarbigen Stoffen, wie auch von einfarbigen Kammgarnstoffen, geringer war als im Vorjahre, stieg die Erzeugung von lebhaft gemusterter Ware des modischen englischen Typs, die hauptsächlich aus mehrfarbigem Garn hergestellt wird, um etwa 40 Prozent. Dieselbe Erscheinung trat in noch stärkerem Maße hervor auf dem Gebiete der Mäntel- und Damenkostümtstoffe. Diese Umschichtung der Produktion entspringt dem Bestreben, die Leistungsfähigkeit der Bielsker Fabriken stärker zum Ausdruck zu bringen und der unlauteren Konkurrenz in glatten Stoffen, die von Erzeugern des Lodzer Bezirks in schlechterem Material nachgeahmt und dann nach einer Veredelung in Bielsk unter der falschen Bezeichnung „Bielsker Ware“ in den Handel gebracht wurden, zu begegnen.

Die Preise, die sich im Januar etwas ermäßigt hatten, stiegen im weiteren Verlauf der Sommersaison wieder an. Da die Industrie fast gar keine Vorräte an Saisonware auf Lager besitzt und die Rohstoffe um 20 Prozent teurer geworden sind, so ist in Zukunft mit einer weiteren Preissteigerung zu rechnen. Die Zahlungsfähigkeit der Abnehmer hat sich etwas gebessert, namentlich dort, wo der Bedarf gestiegen ist. Infolge des Mangels an Betriebskapital und der unzureichenden Bankkredite für den Handel ist die Erteilung größerer Warenkredite erschwert.

Während auf dem Gebiet der Handelsware eine gewisse Besserung im Inlandsabsatz zu verzeichnen war, ist bei den Behördenlieferungen eine Verschlechterung in der Lage eingetreten. Schon bisher waren die Preise so niedrig, daß sie kaum einen Gewinn ermöglichten, auch wurden die Zahlungen vielfach mit großer Verspätung geleistet. Letztlich hat sich die Lage insofern verschlechtert, als der Bielsker Fabrikant trotz der bekannten Güte der gelieferten Ware niedrigere Preise von der Regierung erhält als die Lodzer Industrie.

Die Geschäftsentwicklung in den ersten Monaten des Jahres 1935 gestaltete sich für die Bielsker Wollindustrie, wie folgt: Im Januar und Februar wurde intensiv



für das Sommergeschäft gearbeitet. In der zweiten Februarhälfte begann die Verkaufssaison für die Sommerware. Die Produktion hielt sich nach den bisherigen Schätzungen auf der Höhe der Vorjahressaison, so daß der Umfang der zurückbleibenden Vorräte gering war. Im April begannen bereits Produktionseinschränkungen, da die Fabrikanten vorsichtig disponierten. Der Verkauf von Wollstoffen hatte im April einen großen Umfang.

In den Streichgarnspinnereien war die Beschäftigung im Januar stark, im Februar jedoch nur bei denjenigen Spinnereien, die Garne für die Fabrikanten von Mäntel- und Damenstoffen herstellen. Im übrigen war die Belegung im Februar und März etwas geringer.

In den Kammgarnspinnereien herrschte im Januar eine lebhafte Tätigkeit, die von Mitte Februar bis Mitte März abgeschwächt war. Gegen Ende März begann eine intensivere Tätigkeit für die Sommersaison. Die Produktion der polnischen Kammgarnspinnereien, die der Konvention der Kammgarnspinnereien angehören (außer den Bielitzer Unternehmungen auch die größeren Spinnereien in Łódź, Czenstochau, Petrikau, Tomaszów, Sosnowice) entwickelte sich in den ersten drei Monaten 1935 und vergleichsweise 1934, wie folgt:

	1935	1934
Januar	638,1 To.	724,1 To.
Februar	627,6 "	629,5 "
März	737,3 "	798,5 "

Der Absatz und die Einfuhr von Kammgarn zeugten gleichfalls von einer starken Tätigkeit der Webereien.

#### Abatz der Kammgarnkonvention in Tonnen:

	1935	1934
Januar	411,9	669,6
Februar	536,1	590,0
März	727,0	729,1

1. Viertel-	1. Viertel-
jahr 1935	jahr 1934
1675,0	1988,7

#### Einfuhr von Kammgarn nach Polen in Tonnen:

	1935	1934
Januar	33	26
Februar	22	39
März	19	24

1. Viertel-	1. Viertel-
jahr 1935	jahr 1934
74	89

Auf Grund der Umsätze von Kammgarn kann man annehmen, daß die Erzeugung der Kammgarnwebereien und Wirkwarenfabriken im 1. Vierteljahr 1935 geringer war als im gleichen Abschnitt 1934. Am schwächsten war offenbar die Produktion im Januar, am stärksten im März. Im März waren neben den Kammgarnspinnereien nur die Wirkwarenfabriken und die Webereien der Mittel- und Kleinindustrie besser beschäftigt.

Die Tuchfabriken und Webereien im Bielitzer Revier begannen im Januar mit der Erzeugung von Sommerwaren, hauptsächlich für die Ausfuhr. Infolge der verstärkten Beschäftigung sind auch Arbeiterzahl und Arbeiterstundenzahl gestiegen. Im Februar und März verstärkte sich die Tätigkeit der Herren- und Damenstoffwebereien.

Auch die Leinenindustrie des Bielitzer und Krautauer Bezirks war gut beschäftigt, namentlich mit Lieferungen für Krankenhäuser, Sanatorien und öffentliche Institute. Günstig wirkte die Verbilligung des Rohstoffes durch den Fall der Flachspreise Ende Februar und im März. Gegenüber dem Vorjahre waren jedoch die Flachspreise noch immer um 25 Prozent höher.

Die Jutespinnereien in Bielitz und Czenstochau waren im Januar besser beschäftigt als Ende 1934. Im Februar wurde verstärkt gearbeitet, im März stieg die Beschäftigung wieder etwas. Die Erzeugung von Geweben und Säcken wurde jedoch von Monat zu Monat eingeschränkt.

Die Ausfuhr des Bielitzer Reviers entwickelte sich in den ersten fünf Monaten 1935, wie folgt:

	Wollgewebe		Baumwollgew.		Wollhüte und Hutstumpen	
	Menge in kg	Wert in Zl.	Menge in kg	Wert in Zl.	Menge in kg	Wert in Zl.
Januar	3 105	88 996	977	28 310	249	2 906
Februar	2 566	90 676	2 187	17 610	2 082	23 440
März	3 881	127 998	515	7 988	4 510	52 594
April	2 730	80 093	1 387	24 784	8 016	91 182
Mai	2 594	61 785	384	4 965	6 289	70 172
Jan.—Mai zusammen	14 876	449 548	5 450	83 657	21 146	240 294

Gegenüber dem Vorjahr war die Ausfuhr von Wollgeweben in der Zeit von Januar bis Mai mengenmäßig um 5 Prozent, wertmäßig um 16 Prozent niedriger, für Baumwollgewebe gleichmäßig der Menge und dem Wert nach um 16 Prozent niedriger. Die Hauptabnehmer-Länder für Wollgewebe waren Südslawien, das im Berichtszeitraum für 176 167 Zloty bezog. Es folgten Ungarn mit 76 190 Zloty, Desterreich mit 41 436 Zloty, weiterhin Argentinien, die Schweiz, Palästina, Marokko, Schweden, Syrien, Irak. Baumwollgewebe wurden hauptsächlich nach Ungarn, Südslawien, Rumänien und Desterreich abgesetzt. Die Ausfuhr von Hüten und Hutstumpen ging ganz vorwiegend nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Diese bezogen für 216 628 Zloty. Kleinere Mengen gingen nach Estland, Holland, Schweden, Belgien und anderen Ländern. Ein Absatz von farbigen Wollgarnen und Vigognegarnen fand nach Südslawien und Desterreich statt. Die Ausfuhr an diesen Garnen hatte im April und Mai den Wert von je etwa 50 000 Zloty.

Eine Erhöhung der Ausfuhr bis zur Erreichung des Vorjahresumfanges wurde vielfach durch den Mangel an Kompensationsmöglichkeiten, namentlich in Südslawien, verhindert. In Ungarn kam es zeitweise zur Erschwerung der Einfuhr im Zusammenhang mit der Notwendigkeit von Einfuhrerlaubnissen. Im Mai herrschten in einer Reihe von Ländern Valutaschwierigkeiten, ferner waren auch die ungünstigen Witterungsverhältnisse der Ausfuhr abträglich. Eine Anzahl von Ausfuhrartikeln wurde aus der Liste der zu Kompensationsgeschäften zugelassenen Waren durch das polnische Handelsministerium gestrichen. Auch dadurch wurde die Ausfuhr der betreffenden Erzeugnisse zum Teil erschwert.

Dr. M.

## Mitteilungen

### Aufrechterhaltung des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins.

Der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein, E. B., Gleiwitz, teilt in einer Beilage zu seinem soeben erschienenen Jahresbericht für 1934 folgendes mit:

Am 19. Juni 1861 ist der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein in Kattowitz gegründet worden, und zwar zunächst als lose Vereinigung zur Aussprache über technische Fragen sowie zur gemeinsamen Behandlung von Verkehrsangelegenheiten. Der Verein ist im Laufe der Jahrzehnte die maßgebende Vertretung auf wirtschaftspolitischem Gebiete für die gesamte ober-schlesische Industrie geworden. Bei der Teilung Oberschlesiens im Jahre 1922 wurde für den deutsch gebliebenen Teil des Industriebezirks ein Verein unter dem gleichen Namen mit dem Sitz in Gleiwitz gegründet, der in Fortsetzung der Tradition des Kattowitzer Vereins die Interessenvertretung für die deutsch gebliebenen Gruben und Hüttenwerke auf wirtschaftspolitischem Gebiete übernahm. Durch das Gesetz vom 27. Februar 1934 über den organischen Aufbau der deutschen Wirtschaft und die Durchführungsverordnung vom 27. November 1934 ist die Betreuung der Unternehmungen, den im Rahmen des ständischen Aufbaues neu geschaffenen Organisationen übertragen worden. In der Generalversammlung des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins vom



28. Juni wurde daher zum letzten Male ein ausführlicher Bericht über die Tätigkeit des Vereins auf wirtschaftlichem Gebiete für die Zeit vom 1. Januar 1934 bis 31. März 1935 vorgelegt. Mit diesem Zeitpunkt hat die Tätigkeit des Berg- und Hüttenmännischen Vereins auf diesem allgemeinen wirtschaftspolitischen Gebiet aufgehört. Die Erfüllung dieser Aufgaben ist auf die entsprechenden Fachgruppen oder Bezirksgruppen übergegangen.

Durch Verordnung des Herrn Reichs- und Preussischen Wirtschaftsministers vom 10. April 1935 ist die Aufrechterhaltung des Berg- und Hüttenmännischen Vereins unter der Voraussetzung genehmigt worden, daß der Verein sich in Zukunft nur den besonderen Aufgaben widmet, die von den zuständigen Fachgruppen oder Bezirksgruppen nicht übernommen werden. Hierher werden vornehmlich diejenigen Fragen gehören, die nicht durch die sachlichen Verhältnisse bedingt sind, sondern durch die besondere ober-schlesische Wirtschafts- und Verkehrslage. Es ist dies z. B. die Verbreitung von Kenntnissen über die ober-schlesische Industrie durch Vorträge und Unterrichtung von Besuchern des Bezirks, die Behandlung von Verkehrsangelegenheiten, die durch die Grenzlage bedingt sind. Ferner wird die Frage der Unterstützung wissenschaftlicher und kultureller Bestrebungen, an denen die Gesamtindustrie des Bezirks interessiert ist, weiterhin Aufgabe des Vereins sein. Schließlich ist die Vertrauensstelle für Werklustschutz auch in Zukunft dem Verein angeschlossen.

Alle sachlichen, wirtschaftspolitischen und technischen Angelegenheiten sowie die sozialpolitischen Fragen, soweit sie nach dem Rundschreiben des Führers der Wirtschaft vom 24. August 1934 zum Aufgabengebiet der Wirtschaftsgruppe Bergbau gehören, werden für den Steinkohlenbergbau von der Bezirksgruppe Oberschlesien der Fachgruppe Steinkohlenbergbau behandelt werden. Für den Erzbergbau und die Eisenindustrie bestehen derartige bezirkliche Organisationen nicht. Hier sind die in Frage kommenden Fachgruppen zuständig.

### Beiratssitzung der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel.

#### Genehmigung der neuen Beitragsordnung. Grundsätzliche Ausführungen von Dr. Hayler.

Der Beirat der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel trat am 27. Juni 1935 zum zweiten Male zu wichtigen Beratungen zusammen. Eingangs wurde die Bestellung von Dr. Fritz Wieser zum Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsgruppe genehmigt. Es wurden ferner ein Finanzausschuß und eine kleine Finanzkommission eingesetzt, mit deren Leitung der Kaufmann Dr. Fritz Neuen-dorf betraut wurde.

Hierauf ergriff Dr. Hayler das Wort zu einem Bericht über die gegenwärtige Lage im Einzelhandel. Dabei ging er von der grundsätzlichen Feststellung aus, daß es im national-sozialistischen Staat niemandem verwehrt sei, Wünsche und Vorschläge bestimmter Berufsgruppen bei den maßgeblichen Stellen zu vertreten. Diese unentbehrliche Aufgabe der Organisation der Wirtschaft muß aber in einer klaren und offenen Form erfüllt werden; es kann nicht zugelassen werden, daß die Vertretung bestimmter Ansichten einzelner Berufsgruppen versteckt und verschleiert wird hinter volkswirtschaftlichen oder gar nationalpolitischen Argumenten.

Der Redner wandte sich hierauf gegen die Bestrebungen einiger Produktionsgruppen, sich direkt an den Verbraucher zu wenden. Dies geschehe vielfach mit der irreführenden „volkswirtschaftlichen“ Begründung, man wolle die Handels-spanne verringern. In Wirklichkeit werden aber durch den Direktverkauf einzelner Produktionsfirmen diejenigen Erzeugergruppen geschädigt, die sich weiter des Einzelhandels zur treuhänderischen Vermittlung ihrer Waren bedienen; denn dem Einzelhandel würden wichtige Teile seines Sortiments entzogen und es werde ihm erschwert, den Verbraucher zugleich billig und mit größter Auswahl, unabhängig von erzeugerischen Einzelinteressen, zu versorgen. Außerdem sei es bedenklich, daß sich auf diese Weise das Wirtschaftsrisiko in absatzmäßig günstigen Zeiten immer stärker auf große Erzeugerbetriebe massiere. Bei rückläufigen Absatzperioden muß meist die Staatshilfe angerufen und kann dann vielfach nicht mehr verweigert werden.

Das Einzelhandelschutzgesetz müsse zu einer Neuordnung des Berufsstandes in rechtlicher Hinsicht aus-

gebaut werden. Der Wille des Gesetzgebers sei eindeutig zum Ausdruck gekommen, man sollte sich also bei seiner Erfüllung möglichst wenig durch juristische Einzelfragen hemmen lassen. Die für die Zulassung zum Einzelhandelsberuf gültigen Kenntnis- und Leistungsmaßstäbe müßten streng sein, aber sie müßten dann auch als absolute Mindestanforderungen für den jetzt schon als Unternehmer im Einzelhandel tätigen Kaufmann gelten. Hier liegt der entscheidende Ansatzpunkt für die jetzt zusammen mit der Deutschen Arbeitsfront in der Wirtschaftsgruppe aufgenommenen umfassenden beruflichen Fortbildungsarbeiten an den Kaufleuten im Einzelhandel. — Dr. Hayler machte weiter Angaben über die Vorarbeiten der Wirtschaftsgruppe mit dem Ziel, bessere und gerechtere Formen der Rabattierung im Einzelhandel zu erreichen.

Uebergend zum Aufbau des Einzelhandels betonte der Redner, daß gerade in der letzten Zeit die Bemühungen der Wirtschaftsgruppe von maßgeblichen Stellen der Partei und des Staates Anerkennung und Beachtung gefunden hätten. Die Arbeit am Einzelhandel werde als politisch bedeutsam angesehen — umso mehr müsse wirklich Gutes hingestellt werden. Die Zusammenarbeit der Reichsfachgruppen in der Wirtschaftsgruppe soll noch viel enger gestaltet werden. Die Fachgruppen und auch die Fachkaufleute des Einzelhandels müssen sich von den Schranken des „nur Sachlichen“ befreien; die ständige Einheit der Kaufleute des Einzelhandels kann nie wachsen, wenn nicht diese Schranken bald überwunden werden.

Der Redner behandelte darauf in eindringlicher Form die verschiedenen Irrungen, die sich beim organisatorischen Aufbau gezeigt hätten. Er hob hervor, daß im Interesse der organischen Zufammenführung des Einzelhandels keine Disziplinlosigkeiten einzelner Gruppen im Einzelhandel oder kurzfristige Sonderinteressen anderer Körperschaften weiter hingenommen werden könnten. Alle solche Reibungen hemmen nur die Arbeit. Es wäre viel zur Förderung des sachlichen Dienstes am Berufsstand schon gewonnen, wenn alle in Betracht kommenden Stellen sich in den Fragen, die den Einzelhandel ausschließlich oder vorwiegend angehen, auch stets unmittelbar an die vom Gesetzgeber für die Kaufleute des Einzelhandels vorgesehenen Pflichtvertretung die Wirtschaftsgruppe Einzelhandel und ihre Gliederungen wenden würden.

Die Versammlung billigte durch Beifall und Vertrauenserklärung in eindrucksvoller Weise die vom Leiter der Wirtschaftsgruppe herausgestellten Richtlinien.

Zur neuen Beitragsordnung berichtete der Leiter der Verwaltungsabteilung, Dr. Uffhausen. Es handle sich um eine Uebergangsregelung, die sich stärker an die gegenwärtigen organisatorischen Verhältnisse anschließen soll. Der Grundlag der Finanzhoheit der Wirtschaftsgruppe, die auch die Höhe des Beitrags, die Einzugsform, die Ertats der einzelnen Gliederungen usw. bestimme, bleibe voll bestehen. Im einzelnen seien mit dem technischen Einzugsverfahren ab 1. Juli die Fachgruppen beauftragt, die den für sie von der Wirtschaftsgruppe genehmigten Ertat einbehalten und den Rest der Wirtschaftsgruppe abliefern. Der Beitrags-einzug sei neben den Fachgruppen auch den Zweckvereinigungen übertragen. Wenn ein Fachgeschäft einer Zweckvereinigung angehört, dann zahle es seinen Beitrag nicht an die Fachgruppe, sondern an die Zweckvereinigung. — Aus dem von den Fachgruppen und Zweckvereinigungen abgelieferten Anteil an die Wirtschaftsgruppe finanziert diese die Arbeit der Spitze, der Regionalgliederungen und den Finanzausgleich zwischen den Fachgruppen. — Von der neuen Beitragsordnung sind bis zum 30. September 1935 die Mitglieder des Zentralverbandes der Rohlenhändler ausgenommen.

Die Beiträge sind vierteljährlich im voraus fällig und innerhalb von 10 Tagen nach Quartalsbeginn zahlbar. Es ist ein besonderes Verfahren für Ermäßigungsanträge sowie eine Schiedskommission vorgesehen, die entscheidet, welcher Fachgruppe oder Zweckvereinigung im Zweifel ein Betrieb zuzurechnen ist. Außerdem enthält die Beitragsordnung Bestimmungen über Auskunftspflicht, Rechtsmittel und Einzelformen der Bezahlung der Beiträge.

In der Form der Betreuung der einzelnen Mitglieder der Wirtschaftsgruppe ist eine Aenderung nicht eingetreten. Jedes Mitglied hat weiterhin Anspruch auf Beratung in sachlichen



Sonderfragen, auch dann, wenn es der betreffenden Fachgruppe nicht zugewiesen ist.

Mit dieser Beitragsordnung, die vom Beirat genehmigt wurde, ist der Ansat zur Ueberleitung des Organisationsapparats der Wirtschaftsgruppe von den bisherigen Verbänden zu den direkten Fach- und Bezirksabteilungen der Wirtschaftsgruppe geschaffen. Die alten Verbände treten teilweise in Liquidation, teilweise übernehmen sie andere Aufgaben oder marktregelnde Tätigkeiten auf freiwilliger Grundlage. Ihr Verhältnis zur Wirtschaftsgruppe bestimmt sich in diesem Fall nach einem neuen Erlaß des Reichswirtschaftsministers, der auch für die Verbände mit marktregelnder Tätigkeit ein gewisses Aufsichtsrecht des Leiters der Reichsgruppe Handel feststellt.

PaE.

### Beiratsitzung der Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausführhandel.

In einer Sitzung des Beirats der Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausführhandel, die unter dem Vorsitz ihres Leiters, Wilhelm Rumpf, in Berlin stattfand, führte der Leiter der Reichsgruppe Handel, Professor Dr. Lier, aus, daß die neue Organisation der gewerblichen Wirtschaft ihre Bewährungsprobe noch zu bestehen habe. Sie könne sie nur bestehen, wenn sie getragen sei von verantwortungsbewußten Persönlichkeiten, die über politische und wirtschaftliche Einsicht verfügen und in voller Einsatzbereitschaft für die Aufgabe unablässig arbeiten. Sie müßten verstehen, die Organisation mit lebendigem Geist zu erfüllen. Große Aufgaben stünden dem Groß-, Ein- und Ausführhandel bevor. Es müsse aber um die sachliche Arbeit gehen, niemals dürfe die Organisation Selbstzweck werden.

Herr Walter Markwiz, Hamburg, Stellvertreter des Leiters der Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausführhandel und Leiter der Abteilung Außenhandel in der Wirtschaftsgruppe, bezeichnete als die Aufgabe der neuen Abteilung Außenhandel die Zusammenfassung des Außenhandels, um eine geschlossene Gruppe der Regierung zur Verfügung zu stellen zur Lösung einer der größten Aufgaben des deutschen Unternehmertums, der Aufrechterhaltung des deutschen Außenhandels wegen seiner entscheidenden Bedeutung als devisenanreichernder Faktor.

In der anschließenden Arbeitstagung des Beirats der Wirtschaftsgruppe wurde der Schlußstrich gezogen unter die organisatorische Durchgliederung des Groß-, Ein- und Ausführhandels in bezirklicher und sachlicher Hinsicht und mit großer Befriedigung festgestellt, daß das schwierige Werk der einheitlichen Zusammenfassung des Großhandels und der Durchführung der vereinfachten Organisation nun im wesentlichen beendet ist, und daß das neue Instrument der Großhandels-Organisation einen geschlossenen Einsatz aller Kräfte des Großhandels zur Bewältigung seiner Aufgaben ermöglicht.

In der Beitragsfrage ist eine Lösung von grundsätzlicher Bedeutung besonders begrüßenswert. Sie geht dahin, daß allen Fachgruppen die Möglichkeit gegeben wurde, ihre vorgesehenen Ausgaben zu verringern und erzielte Ersparnisse dem folgenden Geschäftsjahr gutzubringen.

Mit großer Genugtuung nahm der Beirat davon Kenntnis, daß auch die Wissenschaft in stärkerem Maße als bisher angeregt werden konnte, sich mit der besonderen wissenschaftlichen Durchforschung der Probleme des Groß-, Ein- und Ausführhandels zu befassen, und daß die Einrichtung einer besonderen Großhandels-Professur an einer deutschen Hochschule in Aussicht steht.

### Neue deutsche Normen.

Vom Deutschen Normenausschuß sind folgende Normen neu herausgegeben worden (Vertrieb: Beuth-Verlag, Berlin SW. 19):

Chemische Laboratoriumsgeräte DIN DENOG 69: Aufschriften auf Reagenzienflaschen;

Feuerwehrwesen DIN FEN 170: Stedleiter; DIN FEN 200: Wasserlieferung aus Stahlrohrmundstücken; DIN FEN 340: Kupplungsschlüssel; DIN FEN 460 Feuerwehrart, Art, Schutztafel, Schutzkappe;

Rohrleitungen Umstellnorm DIN 2435 U-Muffenverbindungen für gußeiserne Muffendruckrohre und Formstücke;

Vorrichtungen DIN 6311: Druckstücke und Druckzapfen; DIN 6312: Druckscheiben; DIN 6313: Befestigungsarten und Anschlußmaße für Druckscheiben nach DIN 6312; DIN 6314: Spanneisen, einfach; DIN 6315 Spanneisen, U-förmig; DIN 6316 Spanneisen, gefräst; DIN 6317 Spanneisen, doppelt gefräst; DIN 6318 Treppenhöcker für Spanneisen; DIN 6319 Kugelscheiben, Kugelspannen; DIN 6320: Füge mit Gewindezapfen; DIN 6321: Auflagebolzen; Bergbau DIN BERG 615, Blatt 1 und 2: Fahrleitungen unter Tage, Ueberlicht; DIN BERG 2416: Verschraubung schlagwettergeschützter Geräte, Senkung, Schraubentopf, Schlüsselform; Ventile für Wasserleitungen, Umstellnormen; DIN 3510: U-Armaturen und Rohrleitungsteile für Gas- und Wasserleitungen; DIN 3511: U-Durchgangsventile für Wasserleitungen bis 10 kg/cm<sup>2</sup> Betriebsdruck, Ueberlicht; DIN 3512: U-Durchgangsventile für Wasserleitungen bis 10 kg/cm<sup>2</sup> Betriebsdruck, Gehäuse mit doppelseitigem Muffenanschluß; DIN 3513: U-Durchgangsventile für Wasserleitungen bis 10 kg/cm<sup>2</sup> Betriebsdruck, Gehäuse mit doppelseitigem Muffenanschluß und beiderseitiger Entleerungswarze; DIN 3514: U-Durchgangsventile für Wasserleitungen bis 10 kg/cm<sup>2</sup> Betriebsdruck, Gehäuse mit Muffenanschluß am Eintritt und Verschraubungsanschluß am Austritt; DIN 3515: U-Durchgangsventile für Wasserleitungen bis 10 kg/cm<sup>2</sup> Betriebsdruck, Gehäuse mit Lötungen am Eintritt und Verschraubungsanschluß am Austritt; DIN 3516: U-Auslaufventile für Wasserleitungen bis 10 kg/cm<sup>2</sup> Betriebsdruck, Ueberlicht; DIN 3517: U-Auslaufventile für Wasserleitungen bis 10 kg/cm<sup>2</sup> Betriebsdruck, Auslaufventilgehäuse; DIN 3518: U-Auslaufventile für Wasserleitungen bis 10 kg/cm<sup>2</sup> Betriebsdruck, Auslaufventilgehäuse für Schlauchverschraubung; DIN 3519: U-Ventiloberteile für Durchgangs- und Auslaufventile für Wasserleitungen; DIN 3530: U-Armaturen und Verschlagteile für sanitäre Zwecke;

Kraftfahrbau DIN Kr 4251 (Ersatz für DIN KrW 250): Bremsstrommeln, Bremsflächenmesser; DIN Kr 4261 (Ersatz für DIN KrW 252): Bremsbeläge, Querschnitte;

Luftfahrt DIN L 69 (Ersatz für DIN Vornorm L 69): Rauschen; DIN Vornorm L 112: Laufräder, Naben von Rädern mit Hochdruckreifen; DIN Vornorm L 122: Laufräder, Naben von Rädern mit Ballonreifen; DIN Vornorm L 142: Spornräder, Naben; DIN Vornorm L 162: Gerade Abkantungungen durch Schienen;

Gasfach: Umstellnormen: DIN 3525: U-Gasabsperrhähne mit doppelseitigem Muffenanschluß, Betriebsdruck bis 1000 mm WS (früher Gasaupthähne); DIN 3526: U-Gasabsperrhähne mit Muffe und Verschraubung mit Innengewinde, Betriebsdruck bis 1000 mm WS (früher Gasaupthähne); DIN 3527: U-Geräteanschlußhähne (Geräteanschlußhähne) mit Muffe und Verschraubung mit Innengewinde, Betriebsdruck bis 500 mm WS; DIN 3528: U-Auslasse mit Innengewinde für Gasabsperrhähne.

### BDM- und WM-Bluse.

Im Mitteilungsblatt der Reichszugmeisterei vom 25. Mai 1935 sind die Herstellungs- und Verkaufsvorschriften für die BDM- und WM-Bluse enthalten. Ueber weiße Sportblusen heißt es wörtlich: Weiße Sportblusen, die nicht für den BDM bestimmt sind, dürfen keine zwei Brusttaschen haben, gleichgültig, ob sie mit oder ohne Batten gearbeitet sind. Weiße Sportblusen mit einer Brusttasche oder in einer sonstigen Ausführung, die eine Verwechslungsmöglichkeit mit der BDM-Bluse zuläßt, müssen — ebenfalls im zweiten Knopfloch am Vorderschluß — eine Marke tragen mit deutlich sichtbarem Aufdruck „Für BDM und WM unzulässig“.

### Anfertigungsvorschrift für das Braunhemd.

Die Anfertigungsvorschrift für das Braunhemd in SA- oder BD-Farbe ist im Mitteilungsblatt der Reichszugmeisterei Nr. 17 vom 25. Mai 1935 enthalten.



**Adresse und Anzeige.**

Der Reichsverband des Adress- und Anzeigenbuchverlags-Gewerbes (früher Reichsverband der Adress-Verleger) der mit der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern und der Reichswirtschaftskammer in einer langjährigen, überaus fruchtbaren Zusammenarbeit steht, hat sich zur Herausgabe einer eigenen Zeitschrift „Adresse und Anzeige“ entschlossen. Aufgabe der neuen Zeitschrift soll sein, durch Erfahrungsaustausch, Schulung und Anregung an der weiteren Verbesserung des deutschen Adressbuchwesens mitzuwirken und zu einer engen Verbindung mit den außerhalb des Verlagsbuchgewerbes am Adressbuchwesen interessierten Kreisen, insbesondere denen der Wirtschaft, beizutragen. Wir lassen dem 1. Heft der neuen Zeitschrift in unseren „Buchbesprechungen“ auf S. . . eine ausführliche Würdigung zuteil werden.

**Sommer- und Herbstreisen 1935 der Schiller-Akademie.**

Die Schiller-Akademie veröffentlicht soeben das neue Programm ihrer diesjährigen Sommer- und Herbstfahrten, das außer einer Englandreise mit London und der Insel Wight im Juli eine Ostmarkenfahrt im August mit Besuch von Danzig, Königsberg, der Rominter Heide, der Masurischen Seen, des Tannenbergnationaldenkmals, der Marienburg usw. vorsieht und für den Herbst eine klassische Italienreise bis Neapel bringt, eine Dalmatien- und Griechenlandfahrt sowie eine große Mittelmeerreise mit Ägypten, Palästina, Athen, Konstantinopel, Cypern und Rhodos. Ausführlichen Prospekt zu diesen allgemein zugänglichen und allseits unterstützten Fahrten versendet gegen Briefporto kostenlos die Verwaltung der Schiller-Akademie, München 51.

**Steuerwesen****Die Nachprüfung der neuen Grundstückseinheitswerte.**

Von Wirtschaftsprüfer Dr. jur. et rer. pol. H. Brönnner, Berlin W 9.

Die Arbeiten für die Einheitswertbewertung nach dem Stichtag vom 1. 1. 1935 sind in vollem Gange. Zahlreichen Steuerpflichtigen sind schon Bescheide über Grundstückseinheitswerte zugestellt. Es sei bemerkt, daß eine Offenlegung von Einheitswerten, die bisher einen besonderen Bescheid erforderte, gemäß § 21 Z. 1 des Steueranpassungsgesetzes nicht mehr stattfindet, sodaß also jeder Steuerpflichtige für den Einheitswert seines Grundstücks einen Bescheid erhält.

Die Bedeutung der Einheitswertbescheide folgt daraus, daß die Grundstückseinheitswerte gemäß § 21 des Bewertungsgesetzes 1934 grundsätzlich für 6 Jahre Gültigkeit haben. Wichtig ist ferner, daß die Einheitswerte nicht nur für die Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer, sondern mit Wirkung ab 1. 4. 1937 auch für die Grundsteuer und Gewerbesteuer maßgebend sein werden. Die zeitliche und sachliche Tragweite der neuen Grundstückseinheitswerte macht es notwendig, die Einheitswertbescheide genau zu prüfen und die festgestellten Werte erforderlichenfalls im Rechtsmittelverfahren anzufechten. Eine Prüfung der Einheitswertbescheide wird sich zunächst darauf erstrecken, nachzuprüfen, wie der Einheitswert ermittelt worden ist.

**Die Ermittlung der Einheitswerte.**

Für die Ermittlung des Einheitswerts sind folgende Grundstückshauptgruppen gebildet:

1. Mietwohngrundstücke. Als Mietwohngrundstücke gelten solche Grundstücke, die zu mehr als 80 v. H. — unter Zugrundelegung der Jahresrohmiete — Wohnzwecken dienen, mit Ausnahme der Einfamilienhäuser. Mietwohngrundstücke sind regelmäßig mit einem Vielfachen der Jahresrohmiete zu bewerten.

2. Geschäftsgrundstücke. Als Geschäftsgrundstücke gelten solche bebaute Grundstücke, die zu mehr als 80 v. H. — unter Zugrundelegung der Jahresrohmiete — unmittelbar eigenen oder fremden gewerblichen oder öffentlichen Zwecken dienen. Geschäftsgrundstücke sind grundsätzlich mit dem gemeinen Wert zu bewerten. Soweit sich jedoch innerhalb bestimmter Bezirke für Geschäftsgrundstücke oder für eine Untergruppe von diesen die Jahresrohmiete nur unschwer ermitteln oder schätzen läßt, ist für einzelne Gruppen von Geschäftsgrundstücken seitens der Präsidenten der Landesfinanzämter die Bewertung mit einem Vielfachen der Jahresrohmiete vorgeschrieben. Unter den Geschäftsgrundstücken nehmen die Fabrikgrundstücke, Hotelgrundstücke und Warenhausgrundstücke eine Sonderstellung ein; für diese ist durch den Erlass des Reichsfinanzministers vom 23. 2. 1935 (S. 3231 A — 330 III; Reichsteuerbl. 1935 S. 350 ff.) ein besonderes Verfahren zur Ermittlung des gemeinen Wertes (sog. Weiß'sches Verfahren) vorgesehene, bei dem insbesondere auch der Geschäftsgang in dem Gewerbebezirk, dem das Fabrikgrundstück angehört, berücksichtigt wird.

3. Gemischt-genutzte Grundstücke. Hierunter fallen solche Grundstücke, die teils Wohnzwecken, teils unmittelbar eigenen oder fremden gewerblichen oder öffentlichen Zwecken dienen und die weder als Mietwohngrundstücke oder Geschäftsgrundstücke noch als Einfamilienhäuser anzusehen sind. Die Bewertung erfolgt regelmäßig mit einem Vielfachen der Jahresrohmiete.

4. Einfamilienhäuser. Zu dieser Grundstückshauptgruppe gehören solche Wohngrundstücke, die nach ihrer baulichen Gestaltung nicht mehr als eine Wohnung enthalten, wobei Wohnungen für Hauspersonal (Pfortner, Gärtner, Kraftwagenführer usw.) nicht mitzurechnen sind. Die Einfamilienhäuser werden mit dem gemeinen Wert bewertet.

5. Die nicht unter die Ziffern 1—4 fallenden bebauten Grundstücke. Hierunter fallen z. B. Clubhäuser. Diese Grundstücke werden mit dem gemeinen Wert bewertet.

Unbebaute Grundstücke, insbesondere Bauland, sind ebenfalls mit dem gemeinen Wert zu bewerten. Grundstücke, die sich am Stichtag im Zustand der Bebauung befinden, sind mit dem gemeinen Wert des Grund und Bodens zuzüglich der Kosten zu bewerten, die für die Baulichkeiten bis zum Feststellungszeitpunkt entstanden sind.

Besonderheiten bei den mit einem Vielfachen der Jahresrohmiete zu bewertenden Grundstücken.

Für die Grundstücke, die mit einem Vielfachen der Jahresrohmiete zu bewerten sind, sind seitens der Präsidenten der Landesfinanzämter für ihre Bezirke Untergruppen in örtlicher und sachlicher Beziehung und für die einzelnen Untergruppen Vervielfältiger aufgestellt, die angeben, mit welcher Zahl die Jahresrohmiete zu vervielfältigen ist, um den Einheitswert zu errechnen. Die Vervielfältiger sind in den Verordnungen der Präsidenten der Landesfinanzämter über die Bewertung bebauter Grundstücke (Reichsteuerbl. 1935 Nr. 89, S. 1641 ff.) veröffentlicht; die Nummer des Reichsteuerblattes kann vom Reichsverlagsamt, Berlin NW, Scharnhorststraße 4, bezogen werden. Beispiel: Für den Landesfinanzamtsbezirk Berlin ist für Wohngrundstücke, die nach 1899, jedoch vor dem 1. 7. 1918 bezugsfertig geworden sind, nicht im Gebiet des Finanzamts Zehlendorf liegen, mehr als zwei Vollgeschosse oder mindestens 5 Wohnungen enthalten, — sofern es sich nicht um Kleinwohnungsgrundstücke handelt — als Vervielfältiger die Zahl 5 festgesetzt. Wenn nun die Jahresrohmiete eines derartigen Grundstücks 17 000 RM. beträgt, so ergibt sich ein Einheitswert von 85 000 RM.

Wichtig ist, daß bei den Grundstücken, die mit einem Vielfachen der Jahresrohmiete bewertet werden, Zuschläge und Abschläge möglich sind, wenn besondere Umstände vorliegen, die bei der Bildung der Vervielfältiger nicht berücksichtigt worden sind. Als solche Umstände kommen in Betracht: Der bauliche Zustand, das Alter oder die Einrichtung des Gebäudes, die Lage des Grundstücks, die Art der Bebauung (z. B. Fachwerkbau, wo Mauerbau gemeinlich ist, oder umgekehrt: Zugehörigkeit größerer unbebauter Flächen, wo solche Flächen normalerweise fehlen), Schadens-



gefahren (z. B. Berg-, Rauch-, Wasser- oder Erschütterungsschäden), die Belastung mit Gebäudeentwässerungssteuer.

Das Ausmaß des Zuschlages oder Abschlages richtet sich nach der Bedeutung, die dem besonderen Umstand bei einem Verkauf des Grundstücks nach Lage des Grundstücksmarktes beigemessen werden würde. Die Ermäßigung oder Erhöhung darf 30 v. H. des Werts (des Vielfachen der Jahresrohmiete) im Endergebnis nicht übersteigen. Beispiel:

Zuschlag wegen besonders günstiger Lage des Grundstücks (z. B. in unmittelbarer Nähe eines Untergrundbahnhofs)	+ 10 v. H.
Abschlag wegen besonderen Alters des Gebäudes (z. B. 90 Jahre)	— 20 v. H.
Abschlag wegen Erschütterungsschäden (z. B. wegen Lage an einem Untergrundbahntunnel)	— 15 v. H.
Endergebnis: Abschlag	— 25 v. H.

Rechtsmittel gegen den Einheitswertbescheid.

Gegen einen Grundstückseinheitswertbescheid sind folgende Rechtsmittel möglich. In erster Instanz der Einspruch an das Finanzamt (bzw. den Grundwertauschuss). In zweiter Instanz die Berufung an das Finanzgericht (bzw. den Oberbewertungsausschuss) beim Landesfinanzamt und in dritter Instanz die Rechtsbeschwerde an den Reichsfinanzhof. Während Einspruch und Berufung ohne Einschränkung möglich sind, ist die Rechtsbeschwerde nur unter besonderen Voraussetzungen zulässig (vgl. §§ 286 und 288 AO.). Die Kosten des Rechtsmittelverfahrens richten sich nach § des Gerichtskostengesetzes (vergl. RGBl. 1927 S. 152 ff.), und zwar betragen die Kosten im Einspruchsverfahren das Einfache, im Berufungsverfahren das Doppelte und im Rechtsbeschwerdeverfahren das Dreifache der dort angegebenen Gebühren. Hierzu kommen Schreibgebühren und etwaige sonstige Auslagen. Der Streitwert bei einem Rechtsmittel in einer Grundstückseinheitswertsache ist nicht etwa gleich der beantragten Herabsetzung des Einheitswerts, sondern macht nur einen geringen Bruchteil hiervon aus. In einem Urteil vom 17. 12. 1931 (III A 864/31; „Steuer und Wirtschaft“ 1932 Nr. 233) hat der Reichsfinanzhof entschieden, daß der Streitwert in Einheitswertfachen einzuweisen mit 10 v. T. des streitigen Wertbetrages anzunehmen sei. Ob dieser Satz auch für Rechtsmittelverfahren in Einheitswertfachen nach dem Stichtag vom 1. 1. 1935 Gültigkeit behalten wird, ist noch fraglich. Beispiel: Unter Zugrundelegung des vorstehend genannten Satzes von 10 v. T. würden sich folgende Kosten für ein Rechtsmittel ergeben, wenn der Einheitswert auf 45 000 RM. festgesetzt ist und eine Herabsetzung auf 25 000 RM. beansprucht wird. Der streitige Wertbetrag macht 20 000 RM. aus. Der Streitwert beträgt 10 v. T. hiervon = 200 RM. Die Rechtsmittelformen würden betragen: Im Einspruchsverfahren 6 RM., im Berufungsverfahren 12 RM. und im Rechtsbeschwerdeverfahren 18 RM. zusätzlich Schreibgebühren und etwaige Auslagen. Die Kosten trägt der Steuerpflichtige nur dann, wenn er im Endergebnis unterliegt; wird dem Rechtsmittel teilweise stattgegeben, so findet eine anteilmäßige Verteilung der Kosten statt.

Die Prüfung des Einheitswertbescheides bzw. die Begründung eines erforderlichen Rechtsmittels in einer Grundstückseinheitswertsache wird verschieden sein, je nach dem, ob das Grundstück mit einem Vielfachen der Jahresrohmiete oder mit dem gemeinen Wert zu bewerten ist. Bei einer Bewertung nach der Jahresrohmiete ist besonders darauf zu achten, ob die Einordnung in die Grundstückshauptgruppe richtig erfolgt ist, ob das Grundstück der richtigen Untergruppe zugerechnet worden ist, und vor allem, ob Abschlüsse nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt oder Zuschläge in zu großem Umfang vorgenommen worden sind. Bei der Bewertung mit dem gemeinen Wert lassen sich allgemeine Gesichtspunkte für die Prüfung des Bescheides bzw. die Begründung des Rechtsmittels nicht aufstellen, es sind vielmehr die besonderen Verhältnisse des Grundstücks von Bedeutung, z. B. seine Lage, Verwendungsmöglichkeit, Verhältnisse auf dem Grundstücksmarkt, Alter und vieles andere.

Die Möglichkeit einer Neu feststellung auf den 1. 1. 1936.

Für die Bewertung nach dem Stichtage vom 1. 1. 1935 sind die Verhältnisse des Grundstücks an diesem Tage maßgebend. Insbesondere wird die Jahresrohmiete nach dem Stande vom 1. 1. 1935 berechnet. Es ist nun möglich, daß ein Grundstück im Laufe des Jahres 1935 eine wesentliche Werteinbuße erleidet, z. B. dadurch, daß die Jahresrohmiete stark sinkt oder auch, daß sonstige wertmindernde Faktoren im Laufe des Jahres 1935 sich auswirken.

Für derartige Fälle einer Wertminderung besteht die Möglichkeit einer Neu feststellung des Einheitswerts gemäß § 22 des RMWG. 1934. Danach kann der Wert für den Beginn eines Kalenderjahres, also zunächst für den 1. 1. 1936, neu festgestellt werden, wenn der Wert um mehr als den fünften Teil, mindestens aber um 1000 RM. von dem Einheitswert des letzten Feststellungszeitpunktes abweicht. Bei Bestandsveränderungen findet eine Neu feststellung schon dann statt, wenn der Wert infolge der Bestandsveränderung allein um mehr als den 20. Teil, mindestens aber um 500 RM. abweicht. Zu bemerken ist, daß die Herabsetzung des Einheitswerts durch Neu feststellung nur auf Antrag erfolgt. Der Antrag ist bis zum Ablauf des Kalenderjahres zu stellen, auf dessen Beginn die Neu feststellung begehrt wird, also bis 31. 12. 1936, falls eine Neu feststellung auf den 1. 1. 1936 beantragt wird. Darüber hinaus kann in jedem Falle der Antrag noch innerhalb eines Monats seit dem Tag gestellt werden, an dem der Einheitswert, dessen Herabsetzung begehrt wird, unanfechtbar geworden ist. Wenn also der Einheitswert per 1. 1. 1935 erst am 20. 3. 1937 rechtskräftig wird, so kann eine Neu feststellung auf den 1. 1. 1936 noch bis zum 20. 4. 1937 beantragt werden.

## Vorsicht bei der Übernahme von gewerblichen Unternehmungen!

(Die Steuerhaftung seit dem 1. Januar 1935.)

Von Dr. jur. et rer. pol. R. Muth, Sachverständigem in Steuerfragen, Berlin W 9.

Beim Erwerb eines gewerblichen Unternehmens ist die aesehlich vorgegebene Haftung für Steuer schulden des Vorgängers besonders zu beachten. Eine derartige Steuerhaftung besteht seit dem 1. Januar 1935 auf Grund der abgeänderten Reichsabgabenordnung (§ 116) nur noch bei einer Uebereignung von Unternehmungen im ganzen oder aesehnt aesehrteten Betrieben. Die Neu regelung, die die Fälle der Steuerhaftung wesentlich einschränkt, ist aesehnet, die Rechtssicherheit auf diesem Gebiet wesentlich zu fördern. Die pachtweise Uebereignung eines Unternehmens und der Rückfall aus der Pacht führen entgegen der bisherigen Rechtsprechung die Haftung nicht mehr herbei. Die Haftung gilt auch nicht für Erwerbe aus einer Konkursmasse, wohl aber im Zwangsversteigerungsverfahren. Sie besteht auch bei unentgeltlichen Uebereignungen, bei Zurücküberreibungen und bei Weiterüberreibungen für den zweiten Erwerber.

Wann wird Uebereignung eines Unternehmens im ganzen angenommen?

Für den Uebergang eines Unternehmens im ganzen genügt es, daß die wesentlichen Grundlaaen des Unternehmens — u. U. nur Firma und Kundschaft unter Auschluss der Aktiven und Passiven — auf den Erwerber übergeeignet sind, daß er den Betrieb fortführen oder — vielleieht unter Ergänzung des Inventars — neu aufbauen kann. Einzelne, auch notwendige Inventarstücke können von der Uebertragung ausgeschlossen sein. Erforderlich ist, daß ein „lebender Betrieb“ übertragen ist. Die Fortführung des Betriebes in den bisherigen Räumen, die Uebernahme der vorhandenen Borräte und die Benutzung der bisherigen Geräte und Maschinen bilden jedenfalls, wie der Reichsfinanzhof auch in einer neuen Entscheidung vom 7. 11. 1934 (VI A 173/34) ausgebrochen hat, geeignete Grundlaaen zur Fortführung des bisherigen Unternehmens. Es kommt weder darauf an, daß die Betriebsräume nur gemietet, noch daß die Betriebsmaschinen durch den Vermieter zu Sicherungszwecken übereignet waren. Belanglos ist, unter welcher Firma das Geschäft fortgesetzt und ob die Kundschaft



der früheren Firma übernommen ist. Nur darf, wie erwähnt, der Uebernehmer keinen toten Organismus erworben haben, was bei längerem Stillliegen eines Betriebs zutreffen kann (RZS. V A 753/32). Es genügt zwar, wenn es sich um ein zwar sehr zurückgegangenes, aber immerhin noch lebendes Unternehmen handelt. Hierfür kann z. B. die Tatsache sprechen, daß der Betrieb übernommen und fortgesetzt ist, ohne daß diese Tatsache nach außen hin in die Erscheinung trat. Der Erwerber kann damit zu erkennen gegeben haben, daß er nicht ein neues Unternehmen hat gründen, sondern den alten Betrieb, mit dem er durch enge Arbeit verbunden war, wieder hocharbeiten wollte (RZS. v. 7. 11. 34, wie vor). Nicht ausgeschlossen ist auch, daß die Uebertragung des Betriebs in mehreren Akten vorgenommen wird; so können die Einrichtungsgegenstände von dem Inhaber erworben, die Räume von dem bisherigen Mieter übernommen sein. Erforderlich ist, daß sich die Einrichtung im betriebsfähigen Zustand, das vorhandene Inventar im wesentlichen vollständig und brauchbar ist und sonst der Ruf des Betriebs soweit erhalten ist, daß eine Fortsetzung ermöglicht wird. (RZS. VI A 52/27 V A 194/28). Dies braucht aber nicht in dem bisherigen Umfang und mit alledem Erfolge der Fall zu sein.

Auf welche Steuern bezieht sich die Haftung?

Der Erwerber haftet — neben seinem Vorgänger — für die Steuern, die sich auf den Betrieb des Unternehmens anwenden, wie insbesondere Umsatz- und Gewerbesteuer. Beschränkt ist die Haftpflicht auf Steuern für die Zeit seit dem Beginn des letzten, vor der Uebereignung liegenden Kalenderjahres, bezw. Steuerabschnitts (z. B. bei Erwerb am 1. Juli 1935 seit dem 1. Januar 1933). Auch für die vorgeschriebenen Steuerabzüge vom Arbeitslohn, und von Aufsichtsratsverordnungen vom Kapitalertrage, die der Vorgänger nicht abgeführt hat, haftet der Erwerber, soweit sie in dem erwähnten Zeitraum abzuführen waren.

Bei Grundstücksübergaben — nicht im Wege der Zwangsversteigerung — haftet der Erwerber neben dem früheren Eigentümer für die Grundsteuer, die für die Zeit seit dem Beginn des letzten vor der Uebereignung liegenden Rechnungsjahres zu entrichten ist. Die Haftung des Grundstücks bleibt daneben unberührt.

Der Erwerber muß auch eine unrichtige Steuererklärung, die der Vorgänger abgegeben hat, innerhalb eines Monats seit Kenntnis berichtigen oder ergänzen. Eine unterlassene Steuererklärung muß er nachholen. Andernfalls haftet er für die vom Vorgänger vorenthaltenen, noch nicht verjährten Steuerbeträge (RZS. Bd. 35 S. 41).

Zur Erteilung einer Auskunft über rückständige Steuern des Vorgängers seitens der Steuerbehörde ist grundsätzlich die Zustimmung des Vorgängers erforderlich. In jedem Falle ist es ratsam, von dem Verkäufer Unterlaßen über die erfolgten Steuerzahlungen oder, falls nötig, Sicherheitsleistung zu verlangen.

### Neue Steuergesetze und -verordnungen.

Nachstehend bringen wir einen Hinweis auf die neuergangenen Bestimmungen auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung zum Abdruck:

#### Steuererleichterungen:

Gesetz zur Minderung der Arbeitslosigkeit (Chefsatzdarlehen) v. 17. 5. 1935 . . . . .	R. St. Bl. S. 772
Steuerbefreiung für neu errichtete Kleinwohnungen und Eigenheime v. 5. 6. 1935 . . . . .	R. St. Bl. S. 801

#### Einheitsbewertung:

Abgrenzung der Betriebsvorrichtungen von den Fabrikgrundstücken; Freilassung der Luftschutzanlagen. Rd.-Erl. vom 17. 6. 1935 . . . . .	R. St. Bl. S. 849
--	-------------------

#### Einkommen- und Körperschaftssteuer:

Ergänzung der Veranlagungsrichtlinien zur Einkommen- und Körperschaftssteuer für 1934, Rd.-Erl. v. 4. 6. 1935 . . . . .	R. St. Bl. S. 785
---	-------------------

#### Umwandlungssteuergesetz:

2. Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften v. 17. 5. 1935 . . . . .	R. St. Bl. I. S. 721
3. Durchführungsverordnung zum Umwandlungssteuergesetz vom 7. 6. 1935 . . . . .	R. St. Bl. I. S. 744

#### Grunderwerbsteuer:

Verordnung zur Ergänzung der Durchführungsbestimmungen zum Grunderwerbsteuergesetz v. 14. 6. 1935 . . . . .	R. St. Bl. S. 833
---	-------------------

#### Bürgersteuer:

betr. Reichsrechtliche Unfallrenten, Rd.-Erl. v. 14. 6. 1935 . . . . .	M. Bl. i. V. S. 777
Verordnung über die Auswertung der Personenaufnahme v. 16. 5. 1935 . . . . .	R. St. Bl. S. 769

### Steuerfreie Einkünfte.

#### § 3 des Einkommensteuergesetzes vom 16. 10. 1934.

Steuerfrei sind:

1. a) Versorgungsgebühren nach den Vorschriften des Reichsversorgungsgesetzes, soweit es sich nicht um Gebühren handelt, die nur auf Grund der Dienstzeit gewährt werden;
- b) Verstümmelungszulagen;
- c) Zuschläge, die Witwen und Waisen von Berufsoffizieren und von Beamten der alten Wehrmacht an Stelle der Kriegsversorgung erhalten;
- d) Zuschüsse an Stelle von Zulagen nach den Militärpensionsgesetzen, Militärversorgungsgesetzen und dem Kolonialbeamtengezet oder an Stelle einer Versorgung nach dem Unfallfürsorgegesetz;
- e) Zivilversorgungsentwürdigungen, die im Wege des Härteausgleichs ehemaligen Kapitulanten laufend gewährt werden;
- f) einmalige Uebergangsbeihilfen, einmalige Umzugsentwürdigungen und Zulagen zu den Uebergangsgebühren nach dem Wehrmachtversorgungsgesetz;
2. die im § 20 Absatz 6 des Besoldungsgesetzes vom 16. Dezember 1927 (RGBl. I S. 349) und im § 11 des Reichsgesetzes über die Schutzpolizei der Länder vom 17. Juli 1922 (RGBl. I S. 597) bezeichneten Naturalbezüge und Entwürdigungen der Angehörigen der Wehrmacht und der staatlichen Schutzpolizei und das Dienstentkommen der mobil verwendeten Angehörigen der Wehrmacht. Angehörige der Wehrmacht im Sinne dieser Vorschriften sind die Soldaten und Wehrmachtbeamten;
3. Bezüge nach dem Besatzungspersonenschädengesetz;
4. Vorzugsrenten auf Grund des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen;
5. Ehrenzulagen, die mit Deutschen Kriegsorden und Ehrenzeichen verbunden sind, und Frontzulagen;
6. Bezüge aus einer Krankenversicherung und der reichsgesetzlichen Unfallversicherung sowie Sachleistungen aus den übrigen Zweigen der Reichsversicherung;
7. Entwürdigungen wegen Entlassung aus einem Dienstverhältnis auf Grund des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit;
8. Kapitalabfindungen auf Grund der Reichsversicherung, der Beamtenpensionsgesetze und der Militärversorgung;
9. die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung, die Krisenunterstützung und Kurzarbeiterunterstützung;
10. Bezüge aus öffentlichen Mitteln oder aus Mitteln einer öffentlichen Stiftung, die wegen Hilfsbedürftigkeit oder als Beihilfe für Zwecke der Erziehung oder Ausbildung, der Wissenschaft oder Kunst bewilligt werden;
11. Vergütungen im freiwilligen Aretzdienst, die den Arbeitsdienstwilligen in bar oder in Sachbezügen gewährt werden;



12. Heiratsbeihilfen, die an Arbeitnehmerinnen beim Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis gewährt werden, und Geburtsbeihilfen;

13. die aus öffentlichen Kassen gezahlten Aufwandsentschädigungen und Reisekosten; dagegen sind Entschädigungen, die für Verdienstausfall und Zeitverlust gezahlt werden, steuerpflichtig;

14. bei Auslandsbeamten die Einkünfte, die in dem Staat der Besteuerung unterliegen, in dessen Gebiet die Auslandsbeamten ihren Dienstort haben. Dies gilt nicht für die inländischen Einkünfte des § 49.

Auszug aus den „Wirtschaftlichen Kurzbriefen“, der großen Steuerfachschrift des Rudolf-Lorenz-Verlages, Charlottenburg 9, Kaiserdamm 38.

## Verkehrswesen

### Eisenbahn:

#### Beschlüsse der Ständigen Tariffkommission.

Am 5. und 6. Juni 1935 hielt die Ständige Tariffkommission ihre 181. Sitzung ab. Es wurden die nachstehenden Beschlüsse gefaßt. Die Beschlüsse unterliegen jedoch noch der Zustimmung der in Frage kommenden Verwaltungen, daher kann ein Zeitpunkt der Durchführung der Tarifmaßnahmen noch nicht angegeben werden.

#### Deutscher Eisenbahn-Gütertarif, Teil I Abt. B.

1. Abfallstücke von Breiteseisen und Platinen von durchweg nicht übereinstimmender Länge und nicht über 1,5 Meter lang sollen in die Ziffer 2b) der Tariffstelle „Eisen und Stahl usw.“ — Klasse F — aufgenommen werden. Die genannte Ziffer soll entsprechend ergänzt werden.

2. Der Antrag auf Verletzung von Blankbeize aus der Klasse A in die Klasse C wurde abgelehnt.

3. Der Antrag, Bleiorzysand aus der Klasse A in die Klasse C zu versetzen, wurde abgelehnt.

4. Der Antrag, fehlerhafte Glaswaren, die zum Einschmelzen an Glasfabriken wieder zurückgeschickt werden, den Glascherben — Klasse G — tariflich gleichzustellen, wurde abgelehnt.

5. Dem Antrag, eine neue Tariffstelle für Kohlenstoffsteine, gegebenenfalls unter Einbeziehung der Elektrodenkohlen, zu schaffen, soll in der Weise entprochen werden, daß die jetzige Tariffstelle „Elektrodenkohlen . . .“ gestrichen und an ihrer Stelle folgende neue Tariffstelle in den Tarif aufgenommen wird:

„Kohlenstoffwerkstücke und Kohlenstoffsteine (gepreßte Kohle in Blöcken, Platten, Stäben, Röhren oder Ziegeln)

1) mit einem Aschengehalt von mindestens 6 Prozent und im Stückgewicht von mindestens 2 Kilogramm . . . F I e;

2) mit einem Aschengehalt unter 6 Prozent, auch Elektrodenkohlen, sämtlich im Stückgewicht von mindestens 3 Kilogramm, auch Elektrodenkohlenmasse . . . D I e.

Anmerkung: Zu 1) Ausschließlich nicht zur Weiterleitung des elektrischen Stromes bestimmt, Zu 2) Hauptsächlich zur Weiterleitung des elektrischen Stromes bestimmt. Hierunter fällt nicht nur jene Kohle, die als +Pol oder -Pol den elektrischen Strom leitet, sondern auch die Bodenkohle, die als -Pol oder Kathode den Stromkreis schließt. Diese tarifiert wie die Elektrodenkohle bei einem Stückgewicht von mindestens 3 Kilogramm nach Klasse D, bei geringerem Gewicht nach Klasse A.“

6. Der Antrag, Kunstseifenfett (auch Wackfett) in die ermäßigte Güterklasse (Kl. II e) aufzunehmen, wurde vom Verkehrsamt zurückgezogen.

7. Die Begriffsbestimmung „in Papierform“ in den Ziffern 4 und 6 der Tariffstelle „Holzschliff und Holzzellstoff“, die vielfach zu Zweifeln Anlaß gegeben hat, soll in einer Erläuterung näher umschrieben werden.

8. Neuregelung der Sperrigkeitsberechnung bei Polstermöbeln. Im Verzeichnis der sperrigen Güter (Verz. I) soll die Ziffer 11 „Möbel“ folgende neue Fassung erhalten:

„11. Möbel, folgende:

Sessel und Stühle, sämtlich aus Holz, auch mit Sitz oder Lehne, ganz oder teilweise aus anderen Stoffen, ausgenommen:

a) zerlegte oder zusammengeklappte,

b) in Verschläge verpackte Polsterstühle und -sessel,

c) Sessel und Stühle, bei denen der Sitz Metallfedern enthält, und der Polsterüberzug um die obere Vorder- und Seitenkanten des Stuhlsitzes herumreicht,

d) Sessel und Stühle mit gepolstertem Sitz und gepolsterter Lehne,

e) Pianofeseel.

Zu den Stühlen usw. wie bisher.“

Außerdem soll zur Klarstellung des Begriffs „Vollpolsterstühle“ bei der Tariffstelle „Möbel“ folgende Anmerkung aufgenommen werden:

„Als Vollpolsterstühle gelten die sogenannten Klubsessel, sowie sonstige Sessel und Stühle, bei denen mindestens der Sitz vollgepolstert ist.

Als vollgepolstert gilt ein Sitz, der Metallfedern enthält und bei dem der Polsterüberzug um die obere Vorder- und Seitenkanten des Stuhlsitzes herumreicht.

Stühle und Sessel, bei denen die Sitzpolsterung keine Metallfedern enthält oder bei denen die Polsterung lediglich in einem Holzrahmen gearbeitet in den Stuhlsitz eingelassen ist, sind als Flachpolsterstühle anzusehen.“

9. Der Antrag auf Gewährung einer Frachtermäßigung für das beim Stanzen von Porzellanwaren verwendete Stanzöl im Normaltarif wurde abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft die Erstellung eines Ausnahmetarifs zu empfehlen.

10. In der 179. Sitzung der Ständigen Tariffkommission war angeregt worden, zu prüfen, ob die Tariffstelle „Wollfettpech“ — Klasse F — nicht mit der Tariffstelle „Pech“ — Klasse F — vereinigt werden könnte. Es wurde beschlossen, die Tariffstelle „Wollfettpech“ auch weiterhin im Tarif zu belassen, die Vermischung von Wollfettpech mit anderen Pechen der Klasse F aber zuzulassen und dementsprechend die genannte Tariffstelle wie folgt neu zu fassen:

„Wollfettpech, auch vermischt mit anderen Pechen der Klasse . . . F . . . F I e.

Anmerkung: Als Wollfettpech gilt der pechartige Rückstand der Destillation von Wollfett.“

11. Der Antrag, eine Ermäßigung der an der Grenze zu erhebenden eisenbahnseitigen Zollabfertigungsgebühren in dem Fall eintreten zu lassen, wenn die Zollabfertigung durch Speditoren vorgenommen wird, wurde abgelehnt.

### Verchiedenes.

Das von der Reichsbahn herausgegebene Werbeheft „Schnellste Beförderung von Frachtgutladungen auf der Deutschen Reichsbahn von Ausland zu Ausland“, Ausgabe Sommer 1935, ist erschienen. Die Ausgabe enthält eine übersichtliche Zusammenstellung der schnellsten Beförderungen. Die Verfrachter werden auf die Neuerscheinung aufmerksam gemacht.

Von der Reichsbahndirektion Breslau in Verbindung mit dem Norddeutschen Lloyd, Bremen, wird in der Zeit vom 10. bis 17. August 1935 eine Nordland- und Helgo-



Landfahrt der Schlesier veranstaltet. Anmeldungen und Fahrkarten erfolgen bei den Bahnhöfen, bei dem Norddeutschen Lloyd, Breslau, Schweibitzer Straße 6, bei allen Lloyd- und Hagabvertretungen und dem Amtlichen Reisebüro, Breslau.

## Post:

### Postwurfsendungen.

Die Bestimmungen über Postwurfsendungen sind wie folgt geändert worden:

1. Zur Durchführung des Grundsatzes, daß für Postwurfsendungen nur solche Empfängergergattungen in Betracht kommen, an deren Angehörige eine Verteilung ohne besondere Feststellungen möglich ist, soll als Grundlage für die Verteilung der Postwurfsendungen und für die Beantwortung von Anfragen über Empfängergergattungen vom 1. Oktober an allgemein ein Verzeichnis der Empfängergergattungen für Postwurfsendungen dienen, das von den Postanstalten für 10 Rpf. abgegeben wird. Die Verteilung von Sendungen an nicht darin aufgeführte Empfängergergattungen ist von dem genannten Zeitpunkt an unzulässig.

2. Es wird nicht mehr beansprucht, daß die Versender Anfragen über die Zahl der Angehörigen einer Empfängergergattung, die sich auf mehrere oder alle Reichspostdirektionsbezirke erstrecken, selbst an jede Auskunftsstelle richten. Die Versender brauchen sich fortan bei solchen Anfragen nur noch an eine Auskunftsstelle zu wenden. Diese übermittelt die Anfragen an die anderen Auskunftsstellen ohne besondere Gebühr. Bei Bedarf können hierfür im Umdruckverfahren hergestellte Formblätter benutzt werden. Die Auskünfte werden von jeder Auskunftsstelle gegen die Gebühr von 10 Rpf. für jede Empfängergergattung, mindestens 20 Rpf., dem Anfragenden wie bisher unmittelbar erteilt.

### Änderung der Formblätter zu Paket- und Postgutfarten.

Die verkäuflichen Formblätter C 20, C 20a, C 20c, C 20d, V S 1 d und V S 1 E (Paket- und Postgutfarten, Nachnahmepaket- und Postgutfarten mit anhängender Postanweisung und Zahlkarte) werden im Vordruck geändert. Namentlich erhalten sie oberhalb des Raumes für die Gewichtsangaben einen viereckig umrandeten Raum mit dem Vordruck „Freigegebühr (Rpf.)“ in dem die Selbstbücher zur Erleichterung der Gebührenprüfung die Freigegebühr vermerken sollen. Die Bestände an Formblättern der bisherigen Art werden jedoch zunächst voll aufgebraucht.

### Postanweisungen nach dem Ausland.

Postanweisungen nach dem Auslande werden nur befördert und ausbezahlt, wenn sie den für die einzelnen Länder vorgeschriebenen Verwendungsbedingungen entsprechen. Zum Beispiel sind nach einer Reihe von Ländern auf den Abschnitten zu den Postanweisungen keinerlei Mitteilungen zuzulassen. Ferner ist bei vielen Ländern vorgeschrieben, daß die Absender gleichzeitig mit der Einlieferung der Postanweisungen die Empfänger durch besonderes Schreiben von der Einzahlung in Kenntnis setzen müssen. Es ist zum eigenen Nutzen der Einlieferer, wenn die Bestimmungen, über die die Postanstalten nähere Auskunft erteilen, genau beachtet werden.

### Verpackung von Postpaketen nach überseeischen Ländern.

Eine überseeische Postverwaltung hat wiederholt über mangelhafte Verpackung der Postpakete aus Deutschland geklagt. Die Versender werden daher darauf aufmerksam gemacht, daß Sendungen nach weit entfernten überseeischen Ländern eine sorgfältige und dauerhafte Verpackung erfordern, damit sie den Bestimmungsort in gutem Zustand erreichen. Wellpappe mit Zinkleinlage, Sperrholzlatten und widerstandsfähige Holzstofflatten haben sich im Ueberseeverkehr als Verpackung besonders gut bewährt. Bei Sendungen mit zerbrechlichem Inhalt müssen die Gegenstände fest liegen und die Zwischenräume gut, u. U. mit auffaugenden Stoffen, ausgefüllt sein. Gegenstände mit scharfen Kanten oder Ecken müssen gut umwickelt sein, damit sie die äußere Umhüllung nicht durchschneiden können. Versendern, die häufiger Pakete nach überseeischen Ländern verschicken, ist die beim Bentz-Verlag, Berlin S 14, erhältliche, vom Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung beim Reichsfur-

torium für Wirtschaftlichkeit herausgegebene Druckschrift „Verpackung und Versand von Postpaketen“, die wertvolle Hinweise für die Verpackung enthält, zu empfehlen.

### Päckchen und zollpflichtige Einschreibbriefe nach Griechenland.

Die griechische Postverwaltung behandelt alle Päckchen und zollpflichtigen Einschreibbriefe als unzulässig, die ihr in anderen als den besonders eingerichteten Päckchen-Kartenschlüssen der Bahnpost München—Salzburg Zug D 31 auf Athen und Saloniki zugehen. Alle in Deutschland ankommenden Sendungen dieser Art werden daher ausschließlich der genannten Bahnpost zugeführt. Den Absendern wird empfohlen, in der Aufschrift der Sendungen unterhalb des Namens des Bestimmungsorts den farbigen unterstreichenden Zeitvermerk „Ueber München—Salzburg“ zu setzen.

### Fernsprechverkehr mit Danzig.

Vom 1. Juli an sind die Gebühren im Fernsprechverkehr zwischen Deutschland und Danzig unter Ermäßigung der Beträge um 5 bis zu 50 Rpf. je Gesprächseinheit ermäßigt worden. Künftig wird ein gewöhnliches Dreiminutengespräch mit Danzig in Berlin anstatt 2,75 nur 2,25 RM., in Königsberg (Pr.) anstatt 1,70 nur 1,55 RM. und in Hamburg anstatt 3,45 nur 2,95 RM. kosten. Ueber weitere Gebühren geben die Fernämter Auskunft.

### Fernsprechverkehr mit Amerika.

Vom 1. Juli an werden die Gebühren im Fernsprechverkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika, mit Kanada, Kuba, Mexiko, Costarica, Guatemala, Nicaragua, Panama, Bermuda, Bahama- und Sandwich-Inseln, der über die Funkverbindung London—New York geleitet wird, infolge Festsetzung der Gebühren jenseits London in britischen Pfund Sterling um 41 bis zu 67 RM. je Einheit ermäßigt. Künftig wird ein gewöhnliches Dreiminutengespräch mit New York anstatt 136 nur noch 95 RM., ein Nachtgespräch nur noch 70 RM. kosten. Die neuen Gebühren unterliegen je nach der Bewertung des Pfundes Sterling Schwankungen. Ueber weitere Gebühren geben die Fernämter Auskunft.

### Verbilligte Gebühren im Auslands-Fernsprechverkehr.

Im Fernsprechverkehr mit Australien, Britisch-Indien, der Südafrikanischen Union, Nord- und Südrhodesia über London werden vom 1. Juli an die Gebühren für ein Dreiminutengespräch an den Werktagen von Montag bis Freitag um 31 RM., an Sonnabenden um 62 RM. ermäßigt. Im Sprechverkehr mit Neuseeland beträgt die Ermäßigung für alle Wochentage 34 RM. je Gebühreneinheit. Ueber die Höhe der einzelnen Gebühren geben die Fernämter Auskunft.

### Mitteilungen.

Im Verlage Europäischer Fernsprechnetz ist der Atlas des Weltfernprechnetzes erschienen. Der Atlas enthält eine Zusammenstellung der Gestaltung der Netze in den einzelnen Ländern. Der Preis für den Atlas beträgt 3,— RM.

### Kraftwagenverkehr:

#### Kennzeichnung der Anhänger.

Ursprünglich bestand die Vorschrift (Kraftfahrzeugverordnung vom 3. Februar 1910) (RGBl. S. 389), daß Anhänger das gleiche polizeiliche Kennzeichen tragen sollten, wie der ziehende Wagen. Die Vorschrift war unbequem, weil der Anhänger nur in Verbindung mit dem Fahrzeug gleicher Nummer verwendet werden konnte. Deshalb wurde am 1. Februar 1921 (RGBl. S. 150) verordnet, daß im Inland von einer besonderen Kennzeichnung der Anhänger abgesehen werden konnte, wenn statt dessen das Kennzeichen auf beiden Seitenwänden des Kraftfahrzeugs angebracht war. Diese Erleichterung war bei den damals geringen Geschwindigkeiten von Lastzügen unbedenklich und ist daher auch in die Reichs-Straßenverkehrs-Ordnung übernommen worden.



In letzter Zeit haben sich aber die Geschwindigkeiten der Lastzüge so gesteigert, daß die seitlichen Kennzeichen besonders bei Dunkelheit nicht mehr gelesen werden können. Es ist daher eine Anordnung in Aussicht genommen, wonach entweder jedes Kraftfahrzeug mit dem Anhänger beschriftet werden, ein weiteres Kennzeichen mit seiner Nummer oder der Anhänger Kennzeichen der als Zugwagen in Betracht kommenden verschiedenen Kraftfahrzeuge mit deren Nummern für den Bedarfsfall mitführt. Die Kennzeichen können beim Ankuppeln des Anhängers an seiner Rückseite leicht angebracht oder erforderlichenfalls ausgewechselt werden. Selbstverständlich müssen die Kennzeichen der Anhänger auch beleuchtet werden können, was aber keinerlei Schwierigkeiten bietet. Eine polizeiliche Abstempelung der Anhänger-Schilder ist nicht in Aussicht genommen.

Der Reichs- und Preussische Verkehrsminister gibt seine Absicht, die Kennzeichnung von Anhängern demnächst vorzuschreiben, schon jetzt bekannt, damit Hersteller und Verkehrstreibende sich darauf einstellen können.

Für Anhänger, die nach ihrer Bauart ausschließlich zur Krankentransportbestimmung bestimmt sind, genügt es, wenn das Kennzeichen desjenigen Kraftfahrzeuges am Anhänger mitgeführt wird, hinter dem er im Regelfalle läuft. Der Besitzer des Anhängers ist aber dafür verantwortlich, daß durch Fahrtenbuch oder sonstwie das Kraftfahrzeug festgestellt werden kann, das den Anhänger jeweils geführt hat.

## Schifffahrt:

### Die Bauten an der Oder und die Oder-Schifffahrt im Monat Mai 1935.

Am Staubecken Turawa wurden die Arbeiten planmäßig weitergeführt. Die beiden größten und wichtigsten Teile der Gesamtanlage sind der Staudamm und das Entlastungsbauwerk. Der Staudamm, der bereits im Jahre 1933 in Angriff genommen wurde, ist über die Hälfte fertiggestellt. Alle einzelnen Arbeitsvorgänge sind im Gange, nämlich das Rammen der Spundwand, die Schüttung des Stützkörpers, die Aufbringung der Dichtungsschicht und der Steinbedeckung. Die Fertigstellung des Dammes ist im Jahre 1936 zu erwarten.

Das Entlastungsbauwerk, mit dessen Herstellung im Herbst 1934 begonnen wurde, tritt jetzt in den wichtigsten Bauzustand ein. Die Baugrube ist fertig ausgehoben, die großzügigen Vorbereitungen zur Betonierung sind getroffen, und in den nächsten Monaten werden die Betonierungsarbeiten durchgeführt und bis zum Herbst im wesentlichen abgeschlossen werden; alsdann wird die Malapane durch dieses Bauwerk hindurchgeleitet werden, was Voraussetzung für die Schließung des Dammes ist.

Das Einbringen der Verschlüsse und der Ausbau des Kraftwerks, die in dem Entlastungsbauwerk zugleich mit den Vorkehrungen zur Abführung des Hochwassers vereinigt sind, erfolgen planmäßig in den Jahren 1936 und 1937.

Neben diesen großen Bauten werden im laufenden Jahre, nur noch kleinere Arbeiten, insbesondere Rodungs- und Planierungsarbeiten, durch den Arbeitsdienst ausgeführt.

Die Arbeiten an dem Staubecken bei Sersno und am Adolf-Hitler-Kanal sind planmäßig fortgeführt worden. Die

Erdarbeiten im Los I — zwischen Coselhafen und dem Ort Kłodnik — sind soweit gefördert, daß im Juni diese Kanalstrecke mit Wasser gefüllt werden kann. Im Erdarbeitslos VIII — östlich von Bielahütte — ist der Aushub des Kanals auf rund 4 Kilometer in Angriff genommen.

An der Schleuse Sersno wurden die Rammarbeiten nahezu fertiggestellt. Die Arbeiten am Grundablaß des Bedens III wurden fortgeführt, der Heber am Beden II ist begonnen.

Trotz des zeitweisen Abfallens des Wasserstandes — an rund 14 Tagen konnten die Fahrzeuge unterhalb Ransern nur mit  $\frac{1}{2}$  Ladung schwimmen —, zeigte die Verladetätigkeit in den Häfen eine steigende Tendenz, sodaß der Leerfahrbestand in Coselhafen von 419 auf 216 zurückging; in Breslau lagen am Monatsende 95 und in Maltzsch 99 leere Fahrzeuge. Nachteilig bemerkbar machen sich die vielen Sandbaggerungen im Breslauer Bezirk. Sie bewirken eine Verminderung der Zufuhr von Sand in die Strecke unterhalb Breslaus. Hierdurch wird der Vertiefung der Stromsohle unterhalb der Stadt Vorschub geleistet.

Der Kohlenumschlag in Coselhafen betrug an 25 Tagen 251 500 To., d. i. arbeitstäglich i. M. 10 060 To. (Höchstleistung: 13 265 To.); Vormonat: 207 934 To. bzw. 8 664 To.

### Verkehrsübersicht:

	April *)	Mai **)
	t	t
<b>Coselhafen</b>		
angekommen . . . . .	44 373	49 525
abgegangen . . . . .	215 857	268 327
zusammen:	260 230	317 852
<b>Doppel</b>		
angekommen . . . . .	2 492	4 978
abgegangen . . . . .	4 612	4 186
zusammen:	7 104	9 164
<b>Breslau</b>		
angekommen . . . . .	32 752	25 584
abgegangen . . . . .	15 215	34 696
zusammen:	47 967	60 280
<b>Maltzsch</b>		
angekommen . . . . .	8 359	21 112
abgegangen . . . . .	36 298	80 740
zusammen:	44 657	101 852

### Ransern:

zu Berg (Richtung Coselhafen):

Mai 595 Fahrzeuge mit 75 255 To. Ladung  
April 664 " " 75 251 " "

zu Tal (Richtung Fürstenberg):

Mai 964 Fahrzeuge mit 305 528 To. Ladung  
April 753 " " 262 480 " "

\*) Endgültige Zahlen. \*\*) Vorläufige Zahlen.

# Devisenbewirtschaftung und Außenhandel

## Devisenvorschriften:

### Devisenrechtliche Behandlung von Quittungen.

Die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung hat folgenden Runderlaß herausgegeben:

Es sind wiederholt Zweifel darüber entstanden, wie Quittungen devisenrechtlich zu behandeln sind. Soweit Quittungen für erfolgte Zahlungen ausgestellt werden, liegt ohne Zweifel weder ein Zahlungsmittel noch ein Wertpapier, sondern eine bloße Beweisurkunde vor. Solche Quittungen unterliegen daher keinen devisenrechtlichen Beschränkungen, insbesondere ist ihre Versendung in das Ausland keine genehmigungsbedürftige Handlung. Dasselbe wird, entgegen

der bisherigen Praxis, auch für Quittungen angenommen, die zu Inkassozwecken ausgehändigt werden, bevor die Forderung, für die sie ausgestellt sind, bezahlt ist. Auch derartige Quittungen sind nur Beweisurkunden, ohne geldwerte Rechte zu verkörpern, und ohne daß die Geltendmachung der Forderung, über die die Quittung ausgestellt ist, an den Besitz der Quittung geknüpft wäre.

Wenn demnach auch die Versendung von Inkassoquittungen ins Ausland keiner Genehmigung bedarf, so kommt doch die Einziehung von Forderungen gegen ausländische Schuldner durch den inländischen Gläubiger nur dann in Frage, wenn die Reichsbank nach erfolgter Anbieten von ihrem Recht auf Verkauf und Uebertragung der Forderung keinen Gebrauch gemacht hat. Ferner ist zu be-



achten, daß mit der Weitergabe der Inkassoquittung unter Umständen eine Abtretung der einzuziehenden Forderung verbunden ist. Derartige Abtretungen sind, soweit Forderungen in fremder Währung in Frage stehen, nach § 9 Abs. 2 Dev.-G., im übrigen, soweit die Abtretung an einen Ausländer erfolgt, nach § 11 Abs. 2 genehmigungsbedürftig.

### **Fälligkeit von Zahlungen, wenn ein Skontoabzug vereinbart ist.**

Durch Runderlaß der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung ist hierüber folgendes bestimmt worden:

I. Bei Warenbezügen aus dem Ausland wird häufig ein bestimmtes Zahlungsziel und daneben ein besonderer Skontoabzug vereinbart, der von dem Rechnungsbetrag in Abzug gebracht werden kann, wenn die Zahlung innerhalb einer bestimmten Frist vor Eintritt der endgültigen Fälligkeit erfolgt. In einem solchen Falle ist es Sache des Einführers, sich zu entscheiden, ob er die Zahlung erst mit dem Eintritt der endgültigen Fälligkeit oder bereits früher unter Ausnutzung des Skontoabzugs vornehmen will. Damit die Ueberwachungsstelle in der Lage ist, die Gültigkeitsdauer der Devisenbescheinigung entsprechend der von dem Einführer gewählten Zahlungsweise festzusetzen, muß der Einführer aber bereits in seinem Antrag auf Erteilung einer Devisenbescheinigung eindeutig angeben, von welcher Zahlungsweise er Gebrauch machen will. Fehlen solche Angaben des Einführers, so ist grundsätzlich bei der Festsetzung der Gültigkeitsdauer der Devisenbescheinigung der Eintritt der endgültigen Fälligkeit des Rechnungsbetrages zugrunde zu legen.

Enthält beispielsweise eine Rechnung vom 30. April die Zahlungsbedingung

„Zahlbar ohne Abzug innerhalb 3 Monaten oder abzüglich 2 Prozent innerhalb eines Monats“

und gibt der Einführer in seinem Antrag an, daß er Zahlung unter Ausnutzung des Skontoabzugs leisten will, so tritt die Fälligkeit der Zahlungsverpflichtung mit dem 31. Mai ein. Die Gültigkeit der Devisenbescheinigung ist in diesem Falle von der Ueberwachungsstelle auf den Monat Mai zu beschränken und als Betrag der Devisenbescheinigung der Rechnungsbetrag abzüglich 2 Prozent festzusetzen. Der Betrag darf dann von dem Kreditinstitut erst am 31. Mai oder unmittelbar vorher (bis zu etwa 5 Tagen) entgegen genommen werden.

Hat der Einführer in dem als Beispiel vermerkten Fall angegeben, daß er von der Möglichkeit des Skontoabzugs keinen Gebrauch machen will, oder hat er Angaben über die von ihm gewählte Zahlungsweise überhaupt nicht gemacht, so ist die Zahlungsverpflichtung als mit dem 31. Juli eintretend, anzusehen. Die Gültigkeit der Devisenbescheinigung für die Zahlung ist in diesem Falle auf den Monat Juli zu beschränken und der Betrag der Devisenbescheinigung nach dem vollen Rechnungsbetrag festzusetzen. Der Betrag darf dann von der Bank erst am 31. Juli oder unmittelbar vorher (bis zu etwa 5 Tagen) entgegen genommen werden.

II. Die Anordnung in der vorstehenden Ziffer I berührt nicht die Bestimmungen in meinem Erlaß vom 6. Oktober 1934 — Dev.-B. 32 106/34 —, die lediglich für die Beurteilung der Frage gelten, ob eine Fälligkeit vor dem 24. September 1934 oder nach dem 23. September 1934 eingetreten ist.

### **Reiseverkehrsabkommen:**

#### **1. mit Dänemark:**

Die Verhandlungen in Kopenhagen zwischen der deutschen und der dänischen Regierung über den Touristenverkehr aus Deutschland nach Dänemark wurden am 12. 6. 35 mit der Unterzeichnung eines Abkommens abgeschlossen. Die Bestimmungen des Abkommens entsprechen, was die Mitnahme von Zahlungsmitteln angeht, den mit einer Reihe anderer Länder getroffenen Abkommen, sehen also vor, daß je Person ein Gegenwert bis zu 560 RM. drei Monate lang in Anspruch genommen werden kann.

#### **2. Mit Rumänien:**

Im Anschluß an das Handels- und Verrechnungsabkommen mit Rumänien wurde auch ein Reiseabkommen geschlossen, das am 1. Juni in Kraft trat und vorsieht, daß Personen mit Wohnsitz in Deutschland für nichtgeschäftliche

Reisen 560 RM. nach Rumänien mitnehmen können. Diese Vergünstigung kann drei Monate gewährt werden.

Rumänischerseits werden auch bestimmte Leibeträge für Reisezwecke nach Deutschland zur Verfügung gestellt, jedoch behält sich die Zuteilungsstelle die Festsetzung der Beträge im Einzelfall vor. Nähere Auskunft erteilt die Außenhandelsabteilung bei der Industrie- und Handelskammer.

### **Verstöße gegen die Vorschriften über den Reiseverkehr mit dem Ausland sind strafbar.**

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß der Umtausch der auf Reisekreditbriefe, Reiseschecks und Akkreditive erhobenen Währungen der Staaten, mit denen Reiseverkehrsabkommen abgeschlossen sind in dritte Währungen, und die Mitnahme der umgetauschten Beträge in dritte Länder strafbar sind.

Dies gilt insbesondere auch im Reiseverkehr mit der Schweiz.

### **Reiseverkehr mit Ländern, mit denen ein Reiseverkehrsabkommen besteht.**

Von der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung ist in einem Runderlaß eine Zusammenfassung der allgemein gültigen Bestimmungen für den Reiseverkehr herausgegeben worden. Der Wortlaut dieses Erlasses lautet wie folgt:

#### **I.**

Zur Erhöhung der Uebersichtlichkeit der Bestimmungen über den Reiseverkehr mit Ländern, mit denen Reiseabkommen abgeschlossen worden sind, habe ich im folgenden die für diesen Reiseverkehr allgemein gültigen Bestimmungen zusammengestellt. Sie gelten jedoch nur insoweit, als in künftigen Runderlassen ausdrücklich auf diesen Runderlaß Bezug genommen wird.

#### **II.**

Natürliche Personen, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Deutschen Reich haben und nach dem Abkommenslande reisen, können ohne besondere Genehmigung bestimmte Zahlungsmittel im Gegenwert von höchstens 500 RM. für jede Person und jeden Kalendermonat über die jeweils geltende deutsche Freigrenze hinaus erwerben und in das Abkommensland verbringen oder verbringen lassen.

#### **III.**

Die Zahlungsmittel haben folgenden Bedingungen zu entsprechen:

#### **1. Reisekreditbriefe.**

- Sie sind nur an die Korrespondenten der betreffenden Ausgabestellen des Abkommenslandes zu richten,
- sie dürfen nur bei den Einlösungsstellen des Abkommenslandes einlösbar sein,
- die Einlösung darf nur bei gleichzeitiger Vorlage des Reisekreditbriefes, der Korrespondentenliste und des Reisepasses erfolgen,
- eine Auszahlung an andere Personen als die Erwerber ist nicht zulässig,
- die Laufzeit der Reisekreditbriefe darf drei Monate nicht übersteigen,
- die Korrespondentenliste ist auf die Namen der Korrespondenten der Ausgabestellen des Abkommenslandes zu beschränken,
- sie dürfen nur in der Währung des Abkommenslandes ausgestellt werden.

#### **2. Reiseschecks.**

- Die Schecks dürfen nur auf den Namen des Erwerbers lauten,
- sie dürfen nicht übertragbar sein,
- die Laufzeit der Reiseschecks darf drei Monate nicht übersteigen,
- die Reiseschecks dürfen nur auf Stellen des Abkommenslandes gezogen werden und nur bei diesen einlösbar sein,



- e) die Schecks dürfen nur an die Erwerber bei gleichzeitiger Vorlage der Reisepässe ausbezahlt werden,
  - f) sie dürfen nur in der Währung des Abkommenslandes ausgestellt sein.
3. Hotelgutscheine und Gutscheine für Pauschalreisen.
- a) Sie dürfen nur auf Hotels oder Pensionen an Orten des Abkommenslandes ausgestellt werden und müssen auf bestimmte Leistungen oder einen bestimmten Betrag in der Währung des Abkommenslandes lauten,
  - b) soweit die Gutscheine auf Nebenleistungen, die mit der Reise zusammenhängen, lauten, können sie auch auf andere Stellen des Abkommenslandes ausgestellt werden.
4. Gutscheine für Gesellschaftsreisen.
- Sie müssen auf eine bestimmte Leistung oder einen bestimmten Betrag in der Währung des Abkommenslandes lauten, dürfen nur im Abkommenslande einlösbar sein und müssen auf die Anzahl von Personen ausgestellt werden, die an der Gesellschaftsreise teilnehmen.
5. Akkreditive.
- Für sie gelten die für Kreditbriefe vorgeschriebenen Bedingungen sinngemäß mit Ausnahme der Bestimmungen über die Korrespondenzlisten.

#### IV.

1. Die Abgabe der Reisezahlungsmittel ist von der Ausgabestelle im Reisepaß des Erwerbers einzutragen. Die Eintragung muß enthalten:

- a) Höhe und Art des Reisezahlungsmittels,
- b) Angabe des Kalendermonats, für den die Inanspruchnahme erfolgt,
- c) Datum und Unterschrift der Ausgabestelle,
- d) den Zusatz: „Reiseverkehr (Name des Abkommenslandes)“.

Bei Gesellschaftsreisen ist entsprechend zu verfahren, wobei die auf den einzelnen Teilnehmer entfallenden Kosten im Reisepaß einzutragen sind.

2. Die nicht oder nur zum Teil benutzten Zahlungsmittel müssen binnen drei Tagen nach der Rückkehr nach Deutschland der Ausgabestelle zum Rückwerb angeboten werden.

3. Sind Reisekreditbriefe usw. drei Monate nach ihrer Ausgabe noch nicht eingelöst, so ist der für den Erwerb zuständigen Devisenstelle unter Angabe des Namens und der Anschrift des Erwerbers Mitteilung zu machen.

#### V.

Personen, die eine Reise über einen längeren Zeitraum als einen Kalendermonat ausdehnen, können auch für den zweiten und dritten Kalendermonat des Aufenthalts im Abkommenslande Zahlungsmittel der unter III genannten Art bis zum Gegenwerte von 500 RM. für jede Person und jeden Kalendermonat erwerben und nachgehandelt erhalten. In diesem Falle muß der Paß der Reisenden zur Vornahme der vorgesehenen Paßeintragung eingekandt werden, es sei denn, daß die Paßeintragung bereits vor Eintritt der Reise für einen zweiten und dritten Kalendermonat vorgenommen wurde. Reisende, die auf Grund eines Reiseverkehrsabkommens oder einer ähnlichen Regelung mit bestimmten Ländern Zahlungsmittel bereits für drei Kalendermonate während eines Kalenderjahres erworben haben, dürfen weitere Zahlungsmittel der unter III bestimmten Art nur mit besonderer Genehmigung der Devisenstelle erwerben.

Vor Erteilung der Genehmigung ist zu prüfen, ob der Antragsteller noch devisenrechtlich als Inländer anzusehen ist.

#### VI.

Die Ausgabestellen dürfen die in Abschnitt III genannten Zahlungsmittel nur abgeben, wenn die Reichsbank Berlin oder die Deutsche Verrechnungskasse die entsprechenden Beträge zur Verfügung gestellt hat.

#### VII.

Die Ausgabestellen haben der Devisenstelle Berlin bis zum 10. eines jeden Kalendermonats mitzuteilen, an wieviel Personen und über welchen Gesamtbetrag Zahlungsmittel gemäß Abschnitt III im vorausgegangenen Monat ausgegeben worden sind.

## Neue Schwierigkeiten im Verrechnungsverkehr mit Rumänien.

Durch Erlass der neuen rumänischen Außenhandelsordnung sind die Vorteile, die dem deutschen Handel durch den Abschluß des letzten Handels- und Verrechnungsabkommens gesichert werden sollen, zunächst illusorisch gemacht. Die deutschen amtlichen zuständigen Stellen haben sich bereits mit der rumänischen Regierung wegen einer Beseitigung der Schwierigkeiten ins Benehmen gesetzt. Bis zur Klärung der Streitfragen ist jedoch deutschen Firmen, die nicht über besondere Routine im rumänischen Geschäft verfügen, Zurückhaltung anzuraten.

Ueber den Stand der Verhandlungen unterrichtet die Außenhandelsabteilung bei der Industrie- und Handelskammer, auf Anfragen.

## Deutsch-finnisches Verrechnungsabkommen.

Die Geltungsdauer des seit dem 10. Oktober 1934 in Kraft befindlichen deutsch-finnischen Verrechnungsabkommens ist durch Vereinbarung zwischen beiden Regierungen am 29. Mai 1935 zunächst bis zum 31. Dezember 1935 verlängert worden.

Das Abkommen hält an dem Grundsatz fest, daß die Zahlungsverpflichtungen aus der finnischen Ausfuhr nach Deutschland durch die Finlands Bank erfüllt werden, wenn der deutsche Schuldner den geschuldeten Betrag gemäß Abkommen bei der Deutschen Verrechnungskasse eingezahlt hat, und zwar nach Maßgabe der auf dem deutsch-finnischen Verrechnungskonto Helsinki jeweils verfügbaren Beträge und, vorbehaltlich zwischen den beiden Regierungen vereinbarter Abweichungen, in der Reihenfolge, in der die diesbezüglichen Mitteilungen der Deutschen Verrechnungskasse bei der Finlands Bank eingehen. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Finlands Bank, soweit ausreichende Mittel auf dem deutsch-finnischen Verrechnungskonto Helsinki vorhanden sind, 50 Prozent der Einzahlungen für finnische Butter jeweils auszahlt, sobald ihr die diesbezüglichen Gutschriftsaufgaben von der Deutschen Verrechnungskasse zugegangen sind. Ebenso wird die Finlands Bank die Auszahlungen von Provisionen und nach Prüfung der Ordnungsmäßigkeit von Geschäftsreisekosten und sonstigen Nebenkosten (insbesondere Zölle, Bahnfrachten, Transportversicherungen) aus dem deutsch-finnischen Warenverkehr, in voller Höhe vornehmen, sobald ihr die diesbezüglichen Gutschriftsaufgaben von der Deutschen Verrechnungskasse zugegangen sind.

## Verlängerung des deutsch-französischen Zahlungsabkommens.

Das deutsch-französische Zahlungsabkommen vom 30. 7. 34 ist bis zum 31. 7. 35 verlängert worden, ebenso die Vereinbarung über den Warenverkehr vom 28. 7. 34.

## Außenhandel:

### Deutscher Außenhandel im Mai 1935.

Die Einfuhr lag im Mai d. J. wesentlich niedriger als im Vormonat und erreichte den bisher tiefsten Stand dieses Jahres. Man mag einwenden, daß die Einfuhr im Mai regelmäßig abzusinken pflegt, es ist jedoch festzustellen, daß die Einfuhr auch unter Umschaltung der Saisonbewegung bereits seit März d. J. dauernd gesunken ist. Den Bemühungen der Außenhandelsstellen ist es demnach gelungen, das Einfuhrvolumen der gesunkenen Ausfuhr anzupassen. An Stelle des Passivsaldo im April erscheint im Mai ein, wenn auch geringer, Ausfuhrüberschuß.

Im einzelnen gelang es, die Fertigwareneinfuhr wesentlich einzudämmen, während die Rohstoffeinfuhr mit Rücksicht auf das dauernd steigende Produktionsvolumen nur geringfügig und längst nicht in dem sonst üblichen Ausmaß zurückging.

Die Ausfuhr ist seit März d. J. mehr als saisonüblich zurückgegangen, allerdings nur wertmäßig. Mengenmäßig gesehen, ergab sich für Mai gegenüber April eine geringe Zunahme. Wenig günstig ist der Umstand, daß die Fertigwarenausfuhr mehr als saisonüblich zurückging. Die Ausfuhr an



Rohstoffen und halbfertigen Waren ist gegenüber dem Vor-  
monat gestiegen.

	Einfuhr		Ausfuhr	
	April 1935	Mai 1935	April 1935	Mai 1935
	(in Millionen Rmt.)			
Lebende Tiere . .	3,0	3,0	0,2	0,3
Lebensmittel und Getränke . . . .	84,4	68,7	5,9	5,3
Rohstoffe und halb- fertige Waren . .	220,5	218,5	58,8	61,7
Fertige Waren . .	51,5	42,3	275,4	269,7
	359,4	332,5	340,3	337,0

### Zolländerungen.

Durch eine im Reichsanzeiger vom 7. Juni 1935 veröffent-  
lichte Verordnung über Zolländerungen vom 6. Juni 1935 ist  
folgendes verordnet worden:

§ 1. Der Zolltarif wird wie folgt geändert:

1. In der Tarifnummer 166 (Fette, Öle) Abs. 2 (Leinöl)  
erhält die Anmerkung folgende Fassung:

Anmerkung: Leinöl bis 31. Dezember 1935 . . 3

2. In der Tarifnummer 249 (Erdwachs, gereinigt usw.)  
ist hinter „oder Kugeln“ einzufügen „oder in Fässer einge-  
schmolzen“.

3. In der Tarifnummer 614 (Waren aus tierischen Schnit-  
stoffen usw.) ist in Abs. 1 als Unterabsatz 1 einzufügen:

Haarkämme aus Horn . . . . . 300 600

4. In der Tarifnummer 646 (Waren aus anderen pflanz-  
lichen Schnitzstoffen als Holz und Kork usw.) sind folgende  
Änderungen vorzunehmen:

a) hinter Abs. 1 ist folgender neuer Absatz einzufügen:

Angelruten und Teile von solchen aus Rohr:

gespleißte . . . . . 1200 2000  
andere . . . . . 150 300

b) in der Anmerkung ist an Stelle von „Nr. 646 Absatz 2“  
zu setzen „Nr. 646 Abs. 3“.

5. In der Tarifnummer 666 (Papierwäse usw.) sind die  
Zollsätze „20“ und „80“ zu ändern in „50“ und „150“.

6. In der Tarifnummer 670 Abs. 3 (transparentes Vis-  
kopapier usw.) ist folgende Anmerkung anzufügen:

Anmerkung: Geflochtene, gewirkte und sonstige nach  
Art der Gespinnstwaren hergestellte Erzeugnisse aus trans-  
parentem Viskopapier sowie Waren aus solchen Erzeug-  
nissen sind nach Nr. 671 Abs. 1 zu verzollen.

7. Die Tarifnummer 815 erhält folgende Fassung:

815: Bohr- und Drehfutter; Gewindefeindklappen,  
Schneideisenhalter, Schneideisenkapseln, Wind-  
eisen sowie sonstige Halter für Gewindefeind-  
zeuge . . . . . 50 76

815: Hämmer bei einem Reingewichte des Stückes von  
10 kg oder darunter, Aexte, Beile, Hacken (mit  
Ausnahme der Blatthacken), Zug-, Wiege- und  
Hackmesser, grobe Küchen- u. Gartenmesser, Hand-  
und Klöbelschrauben, stellbare Schraubenschlüssel,  
Schraubzwingen, Bohrwinden sowie sonstige nicht  
besonders genannte Werkzeuge . . . . . 19 76

Anmerkung: Dem Zollsatz für Bohr- und Dreh-  
futter unterliegen nach näherer Anordnung des  
Reichsministers der Finanzen als solche er-  
kennbare Teile von Bohr- und Drehfuttern.

8. In der Tarifnummer 891 E ist folgender dritter Absatz  
anzufügen:

Angelrollen aller Art, auch solche mit Uebersetzung der  
Antriebskurbel, soweit sie nicht durch ihre Verbindun-  
gen unter höhere Zollsätze fallen:

mit Uebersetzung der Antriebskurbel . 750 1500  
andere . . . . . 400 800

9. In der Tarifnummer 933 (Teile von Taschenuhren usw.)  
erhält Absatz 1 folgende Fassung:

Werfböden, kreisrund, mit einem Kreisdurchmesser von  
mehr als 2,5 cm, von anderer Form mit einem kleinsten  
Durchmesser von mehr als 2 cm; alle diese auch in Ver-  
bindung mit Steinen für

1 Stück 1 Stück  
0,50 2

Anmerkung: Bei Werfböden aller Art bleiben etwaige  
an den Rändern der Werfböden vorhandene Aus-  
schnitte auf die Verzollung ohne Einfluß.

§ 2. In der Verordnung über Zolländerungen vom  
17. Dezember 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 1265) ist im § 2 bei  
der Nummer des Zolltarifs aus 151 in der zweiten Spalte  
hinter „Vorsten“ anzufügen „roh, auch gereinigt“.

§ 3. § 1 Nr. 1 dieser Verordnung tritt am 19. Juni 1935  
in Kraft; im übrigen tritt die Verordnung am 1. Juli 1935  
in Kraft.

### Neufassung einiger Ein- und Ausfuhrverbote.

Durch eine Verordnung des Reichs- und Preussischen  
Wirtschaftsministers vom 5. Juni 1935, die im Deutschen  
Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger Nr. 142 vom  
21. Juni 1935 veröffentlicht worden ist, sind einige Ein- und  
Ausfuhrverbote neu gefaßt worden. Die Neufassung be-  
zweckt keine sachliche Änderung des bisherigen Zustandes,  
sondern nur eine Anpassung des Wortlauts an Änderungen  
des Statistischen Warenverzeichnisses. Nachstehend wird der  
Inhalt der Verordnung wiedergegeben:

Artikel I. In § 1 der Verordnung über die Einfuhr von  
Waren vom 12. Dezember 1925 (Deutscher Reichsanzeiger  
Nr. 295 vom 17. Dezember 1925) ist im Verzeichnis der Waren,  
deren Einfuhr nur mit Bewilligung gestattet ist, zu streichen:

Halbzeug (Halbstoff zur Papier- und Pappen-  
bereitung) usw. . . . . 650a 1 — 650c.

Dafür ist zu setzen:

Halbzeug (Halbstoff zur Papier- und Pappen-  
bereitung), breiartig oder in fester Form, auch  
gebleicht oder gefärbt oder mit mineralischen  
Stoffen, Leim usw. versehen:  
aus Holz: Holzmasse (mechanisch bereiteter Holz-  
stoff, -schliff) mit einem Wassergehalt von weniger  
als 50% . . . . . 650a 1  
aus Holzmasse (mechanisch bereiteter Holzstoff,  
-schliff) mit einem Wassergehalt von 50% oder  
darüber . . . . . 650a 2  
aus: Gemisch bereiteter Holzstoff (Zellstoff,  
Zellulose) . . . . . 650b  
aus Stroh, Espartogras oder anderen Pflanz-  
enfaseren . . . . . 650c

Artikel II. In der Aufzählung von Waren, deren  
Ausfuhr ohne Bewilligung verboten ist, treten fol-  
gende Änderungen ein:

a) statt „18c“ ist zu setzen „18a“;  
b) „Nußbaumholz“ . . . 75b“ ist zu streichen;  
c) statt „543d“ ist zu setzen „543b“;  
d) statt „aus 580b“ ist zu setzen „aus 580“;  
e) die Nrn. 843 a und 843 b mit Text sind zu  
streichen; statt dessen ist zu setzen:  
Glühspan (Hammer Schlag und Walzzunder);  
Schliff . . . . . 843 a  
Abfälle von verzinnem Eisenblech (Weiß-  
blech) und verzinktem Eisenblech von nicht  
mehr als 5 Millimeter Stärke . . . . . 843 b  
Gußbruch . . . . . 843 c

Anderes Bruch- und Alteisen; Dreh-, Bohr-,  
Hobelspäne; Eisenfeilspäne; Stabeisenenden,  
Eisenblechtanten und andere nur zum Ein-  
schmelzen oder Schweißen verwendbare Ab-  
fälle von Eisen, auch Stabeisen zum Ein-  
schmelzen der Nr. 785 A 2, einschließlich der  
in den Ausfuhrnummern des Statistischen  
Warenverzeichnisses 785 A 1, 785 A 2, 795 a,  
795 b, 796 a, 796 b, 796 c, 797 aufgeführten



Gegenstände, wenn diese Gegenstände sich in gebrauchtem Zustande befinden, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob ihre Beschaffenheit eine andere Verwendung als zum Einschmelzen oder Schweißen ausschließt . . . . . 843 d

f) die Nr. „aus 869 A 1“ mit Text ist zu streichen und dafür zu setzen:

Kupfer, roh (in Scheiben oder sogenannten Rosetten, Blöcken (Hartstücken), Hohlblöcken, Barren, Knüppeln, Platten, Granalien usw., jedoch nicht in Pulverform) aus . . . . . 869A1

Artikel III. Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger in Kraft.

## Gesetzgebung und Verwaltung

### Neue Gesetze und Verordnungen.

#### Devisenbewirtschaftung.

- Zusammenstellung der durch die 1. Verordnung vom 25. 2. 1935 und durch die Ergänzungsverordnung zur 2. Verordnung vom 21. 5. 1935 ergangenen Änderungen der Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung, v. 4. 2. 1935 . . . . . R. St. Bl. S. 811
- Transportkosten und Warenverkehr mit Mittel- und Süd-Amerika, Rd.-Erl. 105/35 v. 28. 5. 35 . . . . . R. St. Bl. S. 813
- Devisenüberwachung bei der Einfuhr von Waren in den Freihafen Hamburg und den Zollanschluß Bremen, Rd.-Erl. 106/35 vom 28. 5. 35 . . . . . R. St. Bl. S. 814
- Fälligkeit von Zahlungen, wenn ein Scontoabzug vereinbart ist, Rd.-Erl. 107/35 v. 31. 5. 35 . . . . . R. St. Bl. S. 816
- Ausländerfondskonten für Inlandszahlungen, 7/35 v. 22. 5. 35 . . . . . R. St. Bl. S. 782
- Steuerzahlungen auf Honorarforderungen von Ausländern, Rd.-Erl. 102/35 v. 23. 5. 35 . . . . . R. St. Bl. S. 783
- Seefrachtzahlungen an ausländische Reedereien, Rd.-Erl. 166/35 v. 25. 5. 35 . . . . . R. St. Bl. S. 783
- Reiseverkehr mit Rumänien, Rd.-Erl. 115/35 v. 7. 6. 35 . . . . . R. St. Bl. S. 846
- Rumänien: Merkblatt für die Wareneinfuhr, Rd.-Erl. 112/35 v. 4. 6. 35 . . . . . R. St. Bl. S. 831
- Rechtsnatur von Quittungen, Rd.-Erl. 116/35 v. 12. 6. 35 . . . . . R. St. Bl. S. 847
- Inlandseigenschaft von Zweigniederlassungen ausländischer Firmen, Rd.-Erl. 114/35 v. 4. 6. 35 . . . . . R. St. Bl. S. 832

#### Regelung von Erzeugung und Absatz.

- Verordnung über den Zusammenschluß der Süßwarenwirtschaft v. 7. 6. 1935 . . . . . RWBl. I. 35, S. 742
- Berichtigung dazu vom 19. 6. 1935 . . . . . RWBl. I. 35, S. 755
- Anordnung Nr. 2 der Überwachungsstelle für Mineralöle (Gütevorschriften für aufgearbeitete (regenerierte) Mineralöle) vom 17. 6. 1935 . . . . . RuStAnz. 35, Nr. 139
- Anordnung betr. Änderung der Anordnung über Beschränkung der Herstellung von Bleiweiß, Bleimennige und Bleiglätte, Zinkweiß, Lithopone, Bunt- und Erdfarben (v. 30. 7. 1934) vom 18. 6. 1935 . . . . . RuStAnz. 35, Nr. 142
- Die Gültigkeit der ersten Verordnung wird bis 31. 12. 1936 verlängert.
- Änderung der Gebührenordnung der Überwachungsstelle für Bastfasern (in der Fassung vom 2. 2. 1935) vom 20. 6. 1935 . . . . . RuStAnz. 35, Nr. 142
- Nichtpreisanordnung XXIII für unedle Metalle vom 20. 6. 1935 . . . . . RuStAnz. 35, Nr. 143

Berichtigung des Abdruckes in Nr. 142 vom 21. 6. 1935 des RuStAnz.

- Änderung der Bezugsbedingungen A und B für unverarbeitungten Brautwein (vom 12. 9. 1929) v. 20. 6. 1935 . . . . . RuStAnz. 35, Nr. 143
- Anordnung über die Verlängerung der Anordnung über Beschränkung der Herstellung von gepreßten und gewalzten Bleifabrikaten . . . . . RuStAnz. 35, Nr. 147
- Die Bestimmungen werden bis zum 31. 12. 1936 verlängert.

#### Handel und Gewerbe.

- Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung des Warenverkehrs im Handel mit Ölen und Fetten vom 1. 6. 1935 . . . . . RWBl. I. 35, S. 722
- Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Versteigerergewerbe vom 31. 5. 1935 . . . . . RWBl. I. 35, S. 723
- Verordnung zur Durchführung der Verordnung über Speiseeisz-wirtschaften vom 24. 5. 1935 . . . . . PrGS. 35, S. 80
- Verschiedene für Schankwirtschaften getroffene Bestimmungen (betr. Genehmigungsverfahren, Beschäftigung weiblicher Arbeitnehmer u. a.) werden auf die Speiseeiszwirtschaften (Eisdielen) ausgedehnt.
- Verordnung über Werbebeschränkungen vom 19. 6. 1935 . . . . . RuStAnz. 35, Nr. 141
- Es ist nicht angängig, daß Verbände und Organisationen ohne besondere Ermächtigung über Mitglieder werbebeschränkende Bestimmungen auferlegen.
- Bekanntmachung des Reichs- und Preuß. Wirtschaftsministers vom 27. 5. 1935 betr. Verordnung über Preisbindungen und gegen Verteuerung der Bedarfsdeckung . . . . . MWBl. 35, S. 194
- Gibt eine besondere Anordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung bezüglich Auftragsvergebung öffentlicher Dienststellen wieder.
- Hunderlaß des Reichs- und Preuß. Min. des Innern vom 18. 6. 1935 betreffend Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen e. B. . . . . MWBl. 35, S. 805
- Die Aufgaben dieser Zentralstelle werden nunmehr von der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen, Hamburg 36, Klopstockstraße 28, wahrgenommen, die ein eingetragener Verein und Mitglied der deutschen Rechtsfront ist.
- Wohnungs- und Siedlungswesen.**
- Zweites Gesetz zur Regelung der Auszahlung gekündigter Geschäfts-guthaben bei gemeinnützigen Baugenossenschaften vom 15. 6. 1935 . . . . . RWBl. I. 35, S. 745
- Erlaß über die Reichsstelle für Raumordnung vom 26. 6. 1935 . . . . . RWBl. I. 35, S. 793
- Gesetz zur Ergänzung der Kleingarten- und Kleinpachtordnung v. 26. 6. 1935 . . . . . RWBl. I. 35, S. 809
- Erlaß des Reichsministers der Finanzen vom 18. 4. 1935 betreffend Fortführung der Kleinsiedlung . . . . . MWBl. 35, S. 191



- Erlaß des Reichs- und Preuß. Arbeitsministers vom 23. 4. 1935 betreffend Kosten des Nichtfestes bei Kleinmietungen . . . . . *MBWV. 35, S. 192*
- Erlaß des Reichs- und Preuß. Arbeitsministers vom 14. 5. 1935 betreffend Betreuungsgeld der Verfahrens-träger für Kleinmietungen . . . . . *MBWV. 35, S. 193*
- Erlaß des Reichs- und Preuß. Arbeitsministers vom 20. 3. 1935 betreffend Reichsbaukredit für Eigenheime (I. und II. Bauabschnitt) . . . . . *MBWV. 35, S. 203*
- Erlaß des Reichs- und Preuß. Arbeitsministers vom 29. 5. 1935 betreffend Förderung des Wohnungsbaues mit Hilfe der Rückflüsse aus den gemeindlichen Hauszinssteuerhypotheken . . . . . *MBWV. 35, S. 204*
- Erlaß des Reichs- und Preuß. Arbeitsministers vom 8. 6. 35 betr. Weiterführung der Kleinmiete durch Bereitstellung neuer Reichsmittel (VI. Mietungsabschnitt) . . . . . *MBWV. 35, S. 204*

### Geldwesen und Finanzen.

- Zweite Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften vom 17. 5. 1935 . . . . . *RGBl. I. 35, S. 721*

- Verordnung über Abrechnungsstellen im Wechsel- und Scheckverkehr vom 14. 6. 1935 . . . . . *RGBl. I. 35, S. 747*
- Bekanntmachung über die Ausprägung von Reichsilbermünzen im Nennbetrage von 2 und 5 Reichsmark vom 24. 6. 1935 . . . . . *RGBl. I. 35, S. 754*
- Dritte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Durchführung einer Zinsermäßigung bei Kreditanstalten vom 25. 6. 1935 . . . . . *RGBl. I. 35, S. 808*  
Betrifft Schiffspfandbriefbanken.

### Arbeitsfragen.

- Verordnung für Arbeiten in Druckluft vom 29. 5. 1935 . . . . . *RGBl. I. 35, S. 725*
- Dritte Verordnung über den Arzneikostenanteil in der Krankenversicherung vom 15. 6. 1935 . . . . . *RGBl. I. 35, S. 751*
- Reichsarbeitsdienstgesetz vom 26. 6. 1935 *RGBl. I. 35, S. 769*
- Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Dauer der Dienstzeit und die Stärke des Reichsarbeitsdienstes v. 27. 6. 1935 . . . . . *RGBl. I. 35, S. 772*
- Erste Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Reichsarbeitsdienstgesetzes vom 27. 6. 1935 . . . . . *RGBl. I. 35, S. 772*

## Rechtsprechung

### Arbeitsrechtliche Entscheidungen.

Sat der Arbeiter ein Recht auf Abnahme seiner angebotenen Dienste? — Ist es eine fristlose Entlassung, wenn ihm der Lohn für die Kündigungsfrist ausbezahlt, aber auf seine Dienste verzichtet wird?

(Urteil des Landesarbeitsgerichts Gleiwitz v. 24. 4. 35. 9. Sa 15/35; erste Instanz: ArbGer. Oppeln).

Der Kläger war bei der Beklagten, einem großen Fabrikunternehmen, als Facharbeiter beschäftigt. Ihm wurde am 20. 12. 34 mit der vereinbarten Kündigungsfrist von 5 Tagen gekündigt; er erhielt seinen Lohn ausbezahlt für die Kündigungsfrist mit der Erklärung, zur Arbeit brauche er nicht zu kommen. Der Kläger hält dies für eine fristlose Entlassung, die Kündigung überdies für eine unbillige Härte und hat ohne Anrufung des Vertrauensrates die Widerrufklage erhoben.

Das Arbeitsgericht hat die Widerrufklage für ordnungsmäßig erhoben angesehen, weil es eine fristlose Entlassung annimmt. Die unbillige Härte hält es nicht für dargetan und hat deshalb die Klage abgewiesen, weil der Kläger Lohn für die Kündigungsfrist ja erhalten hat.

Der Kläger hält die unbillige Härte doch für vorliegend und hat deshalb Berufung eingelegt. Die Beklagte rügt vor allem, daß die Klage nicht ordnungsmäßig erhoben sei, da eine fristlose Entlassung nicht vorliege, die vorherige Anrufung des Vertrauensrates aber fehle.

(Der Fall an sich ist ohne Allgemeininteresse; es handelte sich lediglich um den Vorwurf schuldhafter Minderleistung). Zu der grundsätzlichen Frage, ob eine fristlose Entlassung vorliege, sagen die Entscheidungsgründe:

Das angefochtene Urteil meint, „daß dem Arbeitnehmer auch ein Recht darauf zuerkannt werden müsse, daß er tatsächlich bei dem Arbeitsprozeß mitwirken dürfe“. Daraus folgert das angefochtene Urteil, daß eine Kündigung mit Zahlung des Lohnes für die Kündigungsfrist unter Verzicht auf die Arbeitsleistung immer als fristlose Entlassung angesehen werden müsse. In dieser Schlussfolgerung ist der Vordersatz nicht ohne Einschränkung richtig. Wie dem Arbeitgeber kein erzwingbares Recht zusteht, die Arbeit zu verlangen (§ 888 B.D.), so besteht ein erzwingbares Recht des Arbeitnehmers, daß er die Arbeit bis zum Ablauf der Kündigungsfrist leisten dürfe, grundsätzlich nicht. Von den Ausnahmen bei Schauspielern usw. braucht hier nicht gesprochen zu werden. Mit-

unter hat der Arbeitgeber gewichtige Gründe, die Arbeit nicht mehr entgegen zu nehmen; er findet sich damit ab, noch Lohn zu zahlen, weil er vielleicht Zweifel hat, ob für eine fristlose Entlassung genügend Anlaß vorliegt, oder weil er besseren Ersatz für den Verlust gefunden hat, den er sich nicht entgegen lassen will. Wenn die Ansicht des Vorderrichters richtig wäre, müßte sogar eine einstweilige Verfügung denkbar sein dahin, dem Arbeitnehmer die Weiterarbeit zu gestatten, ja sie würde immer denkbar sein, denn das Recht des Arbeiters würde ja durch Warten bis zur Entscheidung im Prozeß vereitelt. Die vom Vorderrichter mit Recht betonte veränderte Anschauung über die Werkverbundenheit zwischen Meister und Gesell braucht zu einer so weit gehenden Änderung der Rechtsprechung in der Frage, ob ein Recht auf Abnahme der Arbeit besteht, nicht zu führen. Im Bewußtsein der sonstigen weitgehenden Konsequenzen dieser Rechtsanschauung lehnt sie das Landesarbeitsgericht ab.

Wenn die Klage trotzdem nicht ohne weiteres abgewiesen worden ist, so geschah es deshalb, weil das Landesarbeitsgericht die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die Kürze der Kündigungsfrist einerseits, die Unmöglichkeit für den Kläger andererseits, in das Fabrikgebäude zu gelangen, um den Vertrauensrat aufzusuchen, ein außergewöhnliches Zusammenreffen von Umständen bedeutet, die zum Teil auf Verschulden der Beklagten beruhen. Deshalb kann sie sich auf den formalen Mangel des Verfahrens dem Kläger gegenüber ausnahmsweise nicht berufen.

(Die Sache selbst, d. h. die Frage, ob der Kläger schuldhaft schlecht gearbeitet hat, ist ohne Interesse).

### Sind Trinkgelder auf das Arbeitsentgelt anzurechnen?

(Urteil des Landesarbeitsgerichts Gleiwitz v. 23. 5. 35; 9. Sa 28/35; erste Instanz: ArbGer. Bentzen).

Die Klägerin war bei der Beklagten in deren Eisdielen-Betrieb beschäftigt, zunächst als Aufwasmädchen, dann als Serbierfräulein. Sie erhielt eine Reichsmark täglich, ferner zahlte die Beklagte die Arbeitnehmeranteile für die Versicherungen, ferner bekam sie täglich eine Tasse Kaffee und verdiente nach ihrer eigenen Angabe 1,00—1,50 RM. täglich an Trinkgeld.

Die Klägerin fordert Tariflohn nach dem Tarifvertrag für das Konditorengewerbe. Das Arbeitsgericht hat der Klägerin nur 30,— RM. zugesprochen, die nach dem Tarif weit höhere Forderung im übrigen aber abgewiesen.



Die Beklagte hat Berufung eingelegt, weil sie die Bezahlung für ausreichend und den Tarif nicht für anwendbar hält. Das Landesarbeitsgericht hat die Klage voll abgewiesen. Aus den Entscheidungsgründen:

I. Die Klägerin fordert Tariflohn, deshalb ist zunächst zu untersuchen, ob Tarifgebundenheit im Sinne der Verordnung vom 28. 3. 1934 über die Weitergeltung von Tarifverträgen als Tarifordnungen besteht. Dies ist nicht der Fall... Es geht also die freie Vereinbarung über das Entgelt zwischen den Parteien dem Tarif vor.

II. Wichtig wäre die Vereinbarung allerdings dann, wenn sie sittenwidrig gering wäre, wenn die Klägerin also nur 30,— RM. erhalten hätte. Dann träte an Stelle der wichtigen Vereinbarung auf Grund von § 612 Abs. 2 BGB. der Tariflohn des verwandten Konditorgewerbes als angemessener Lohn. Deswegen muß auf die Frage eingegangen werden: Müssen Trinkgelder unberücksichtigt bleiben bei Vereinbarung des Entgelts, oder sind sie anrechnungsfähig?

Das Arbeitsgericht rechnet sie teilweise an, weist aber im Urteil darauf hin, daß in Zukunft die Anrechnung nicht anständig sei. Dies kann nicht richtig sein...

Das Landesarbeitsgericht ist zu folgendem Ergebnis gekommen: An sich sind die Trinkgelder Geschenke, die

nicht anrechnungsfähig sind. So kann der Hausangestellte nicht auf den vereinbarten Lohn angerechnet werden, was sie von den Hausgästen erhält, dem Kutscher, dem Straßenbahnschaffner usw. können Trinkgelder auch nicht angerechnet werden. Es gibt aber Berufe, in denen von vorn herein mit ständigen Trinkgeldern gerechnet werden kann und muß. Die Einnahmen daraus sind mitunter so hoch, daß gar kein Lohn gezahlt wird, sondern im Gegenteil, der Angestellte noch etwas geben muß, wobei die Form, in der das geschieht, nebensächlich ist. Hierhin gehörten vor Einführung des Bedienungsgeldes, das jetzt bekanntlich eine Forderung des Wirtes ist, die Kellner und verwandte Berufe. Die Geschäftsführer in Auslandshotels, der Zahlkellner in Oesterreich, der Concierge in der Schweiz erhalten so hohe Trinkgelder, daß sie selbst den Posten bezahlen müssen, obwohl sie Arbeitnehmer sind. Die Schlussfolgerung ergibt, daß die Einnahme an Trinkgeldern sehr wohl zu berücksichtigen ist, wenn es sich darum handelt, ob ein Bedienungsmädchen eine angemessene Vergütung erhält. Ob dabei der Hinweis im Lokal, daß Bedienungsgeld nicht erhoben werde, absichtlich oder sogar vereinbartermäßen weggelassen worden ist, damit die Serviermädchen mehr Trinkgelder erhielten, ist rechtlich nebensächlich. Der Vertrag hat übrigens auch der Polizeibehörde vorgelegen, ohne von ihr beanstandet worden zu sein; die Einnahmen der Mädchen waren also nicht unangemessen gering.

## Soziales

### Unfälle im Bereich der Sektion VI der Knappschaftsberufsgenossenschaft im Jahre 1934.

Im vergangenen Jahre betrug die Zahl der im Betriebe befindlichen Werke 25 (im Jahre 1933: 25), von denen 15 (15) zum Steinfohlenbergbau und 10 (10) zum Erzbergbau und zu anderen Mineralgewinnungen (Wasserwerk und Sandbahnen) gehörten.

Beschäftigt waren beim Steinfohlenbergbau 40 185 (38 712) Personen, bei den Erzgruben pp. 2906 (2405), im ganzen 43 091 (in 1933: 41 117) Personen.

Es gelangten 8008 (7676) Unfälle und Berufsfrankheiten zur Anmeldung oder je Tausend Versicherte 185,84 (186,69).

Von diesen Unfällen führten 7544 oder 94,21 Prozent aller gemeldeten Unfälle (7172 oder 93,43 Prozent) zu keinerlei Entschädigungsleistung der Berufsgenossenschaft, waren also leichter Natur.

70 Unfälle (1,62 je Tausend versicherte Personen) (68 bzw. 1,65‰) waren tödlich. Außer diesen führten 394 Unfälle oder 9,14 je Tausend Versicherte (436 oder 10,60‰) zu Entschädigungsleistungen. Von diesen werden voraussichtlich eine dauernde Schädigung der Erwerbsfähigkeit 34 oder 0,79 je Tausend Versicherte (41 oder 1,00‰) zur Folge haben, während bei 360 oder 8,35 je Tausend Versicherte (395 oder 9,60‰) die Herabsetzung der Erwerbsfähigkeit in der zuerst festgestellten Höhe voraussichtlich nur vorübergehend sein wird.

Massenunfälle, d. h. Unfälle, bei denen 10 oder mehr Personen betroffen wurden, haben sich 3 (1) ereignet.

Die Aufwendungen für das Heilverfahren nach der 26. Woche betrugen 42 689,01 (55 245,27) Reichsmark. Die Höhe der an die Krankenassen gezahlten Ersatzeleistungen für die Behandlung Verletzter betrug 233 153,56 (273 914,87) Reichsmark.

Die Zahl der Rentenempfänger betrug am Schluß des Jahres:

	1934	(1933)
Verletzte	3043	(3045)
Witwen	1680	(1631)
Waisen	1429	(1459)
Alzendenten	89	(95)

zusammen: 6241 (6230)

Die Aufwendungen für Renten betrugen für das Jahr

	1934	(1933)
an Verletzte	1 645 295,87 RM.	(1 638 717,27 RM.)
an Witwen	901 273,18 "	(886 595,16 "
an Waisen	619 540,93 "	(623 988,37 "
an Alzendenten	30 982,54 "	(26 808,80 "

Sa.: 3 197 092,52 RM. (3 176 109,60 RM.)

Dazu kommen noch die Aufwendungen für Abfindungen, Sterbegeld usw. in Höhe von 138 286,96 (112 619,64) RM., sodas an Unfallentschädigungen insgesamt 3 611 222,05 (3 617 889,38) RM. gezahlt worden sind.

### 28 000 Angestellte vermittelt.

Die Stellenvermittlung der Deutschen Arbeitsfront konnte in den ersten Monaten des Jahres 1935 eine steigende Besserung des Arbeitseinsatzes der Angestellten beobachten. Mit Hilfe eines auf Grund vieljähriger Vermittlungspraxis geschaffenen und bewährten Vermittlungssystems, des sogenannten Sichtbogensystems (eine ausschließlich der Stellenvermittlung der DAF. patentrechtlich geschützte Sichtkartei für die Bewerberauswahl), ist es ihr möglich gewesen, in der Zeit vom Januar bis Mai 1935 im Deutschen Reich rund 28 000 deutsche Volksgenossen wieder in Arbeit und Brot zu bringen. Darunter befanden sich in erster Linie Kaufmannsgehilfen, Techniker und Werkmeister, Behördenangestellte, seemannische Angestellte, Land- und Forstangestellte sowie weibliche Angestellte der verschiedensten Berufe.

Für die Besserung der Wirtschaftslage spricht insbesondere die Tatsache, daß die Vermittlungen in Aushilfsstellungen gegenüber dem Vorjahr stark zurückgegangen sind. Das beste Vermittlungsergebnis für feste Stellen konnte die Stellenvermittlung der DAF. im Monat Mai erzielen. In diesem Monat wurden im Reich über 4500 Stellenlose in feste Stellen vermittelt. Im Verhältnis zum gleichen Monat des Vorjahres sind allein durch die Stellenvermittlung der DAF. etwa 500 stellenlose Volksgenossen mehr vermittelt worden.

Auch die Erfolge der Lehrstellenvermittlung konnten noch weiter gesteigert werden. Die Ergebnisse im neuen Jahr liegen erheblich über den Ergebnissen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Diese Besserung ist vor allen Dingen dem zielbewußten Eingreifen der staatlichen und wirtschaftlichen Dienststellen zu verdanken, die der Lehrlingsausbildung in der letzten Zeit besondere Aufmerksamkeit widmeten. Dadurch ist erreicht worden, daß die Vermittlungen „unter der Hand“ stark abgenommen haben.



Von den in der Zeit vom Januar bis Mai 1935 durch die Stellenvermittlung der D.M.Z. im ganzen Reich erzielten 28 000 Vermittlungen erfolgten 20 000 in feste Stellen, 3300 in Aushilfsstellen und über 5500 in Lehrstellen. Über 28 000 Berufskameraden und -kameradinnen sind somit durch die Stellenvermittlung der D.M.Z. auf Grund einer besonderen Vermittlungstechnik an den Platz gestellt, der ihren Kenntnissen und Fähigkeiten entspricht.

### Günstige Entwicklung des Arbeitseinsatzes für Kaufmannsgehilfen im Monat Mai 1935.

Der Tätigkeitsbericht der Stellenvermittlung der Deutschen Arbeitsfront weist für den Monat Mai eine weitere Steigerung der Vermittlungserfolge aus. Das an sich schon gute April-Ergebnis ist noch übertroffen worden. Die gesamte Lage des Arbeitseinsatzes kann als durchaus zuversichtlich betrachtet werden. Der Bewerberbestand ist gesunken. Der Zugang ist gering. Lediglich der Zugang von Bewerbern in ungekündigten Stellen steigt weiter an. Der Zugang an gekündigten Bewerbern ist trotz des im Mai liegenden Kündigungsstermines sehr gering. Ein deutlicher Beweis des wirtschaftlichen Aufstiegs ist darin zu erblicken, daß die in den letzten Monaten vermittelten Aushilfsstellen sich zum größten Teil in feste Stellen umgewandelt haben. Ein weiterer Beweis der zuversichtlichen Stimmung in der Wirtschaft ist der, daß eine große Anzahl Betriebe bereits jetzt Aufträge für Urlaubsvertretungen erteilt hat.

Die Industrie ist überwiegend gut beschäftigt. Besonders zu nennen sind: Eisen- und Metallindustrie, Fahrzeugindustrie, Apparate- und Maschinenbau, Papier- und Papierwarenindustrie, Bauindustrie, chemische Industrie.

Der Großhandel ist uneinheitlich, im ganzen aber gut beschäftigt.

Die stetig steigende Kaufkraft der Bevölkerung zeigt einen deutlichen Niederschlag im gesamten Einzelhandel. Hinzu kommt, daß auch das Pfingstgeschäft gut eingeleitet hat. Hier sind es besonders der Lebensmittel- und der Damen- und Herrenkonfektionseinzelhandel, die sehr gut beschäftigt sind. Das Versicherungsgewerbe war im Berichtsmonat gut aufnahmefähig. Auch in der Expedition war es lebhafter als bisher.

Der Mangel an guten Kurzschriftlern und Maschineschreibern, sowie an guten Verkäufern und Dekorateurern wird immer stärker. Die Besetzung der gemeldeten freien Stellen kann oft nur durch den Reichsausgleich erfolgen. Verkäufer ohne Kenntnisse in Dekoration sowie Lack- und Plattschrift sind schwer unterzubringen.

Außer Kurzschriftlern und Verkäufern ist die Nachfrage groß nach guten Kontoristen, Buchhaltern, Korrespondenten, Lageristen und Expedienten. Auch Reisende mit guten Fachkenntnissen und guten Verbindungen wurden stärker angefordert. Leider ist das Angebot von Provisionsvertretungen noch sehr groß.

Die Erfolge der Lehrstellenvermittlung sind, trotzdem der allgemeine Einstellungstermin vorbei ist, noch sehr gut.

Die Vermittlung von Arbeitsmännern mit Arbeitspaß ist gut. Es ist auch in diesem Monat gelungen, eine große Anzahl dieser Berufskameraden wieder in Stellung zu vermitteln.

## Messen und Ausstellungen

### Ausstellung „Volk und Wirtschaft“.

Die Lehrausstellung „Volk und Wirtschaft“ war bereits in Hindenburg gezeigt worden und wurde dann nach Breslau übertragen, wo sie im Ausstellungsgebäude in Scheitnig untergebracht wurde. Veranstalter sind der Verein Deutscher Ingenieure und die Landesstelle Schlesien des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda. Die Ausstellung zerfiel in die Hauptabteilungen: Allgemeine Einführung, der Mensch und sein Bedarf und Anwendung der Ergebnisse von Kultur, Wissenschaft und Technik. Auf besonderes Interesse stießen verschiedene Sonderanschauen.

Unter dem Leitgedanken, daß Berufseignung die Grundlage der Arbeitshöchstleistung und der Arbeitsfreude ist, hatte die Technische Hochschule Breslau (Dozentur für Wirtschaftspsychologie) die Ausstellung „Volk und Wirtschaft“ durch eine sehr interessante Sonderchau von Eignungsuntersuchungsmethoden ergänzt. Neben eigener Apparatur zur Feststellung arbeitstypischer Verhaltensweisen sind Prüfmittel der Reichspostverwaltung und der Städtischen Straßenbahn Breslau ausgestellt. Besonderes Interesse findet die Fahrerprobe für Straßenbahnführer, die zeigt, wie man mit Einrichtungen einfacher Art sehr aufschlußreichen Einblick in die einzelpersönliche Leistungsfähigkeit zur fehlerfreien Erfassung eines vielgestaltigen Gesichtsfeldes, wie es der Straßenverkehr darbietet, gewinnen kann. Von den Handgeschicklichkeitsproben, die unter anderem das Zusammenarbeiten beider Hände unter Beobachtung stellen, ist die einfache Versuchsanordnung von Dozent Dr. Roje (der im übrigen die wertvolle Sonderchau zustande gebracht hat und in zahlreichen Vorträgen auch für den Laien verständlich erläuterte), zur Feststellung der Rhythmisierbarkeit der Arbeitsbewegungen, die ja besonders am laufenden Band eine große und entscheidende Rolle spielt, sehr bedeutungsvoll. Es würde zu weit führen, alle Apparate einzeln zu nennen; ihre Zusammenstellung ist beispielhaft geschickt ausgewählt und zeigt, wie gerade die Fahrerprobe nicht nur die Ermittlung von Leistungsziffern gestattet, sondern die viel wichtigere Gelegenheit zur psychologischen Erkenntnis des Arbeitstypus bietet. Bei jedem Versuch wird ein Beobachtungsbogen ausgefüllt, der die Verhaltensweisen charakterisiert und etwa angibt, ob jemand frisch zupackt oder Antriebe braucht, sorgfältig oder flüchtig arbeitet u. a. m. Die Tatsache, daß Firmen, wie die J. G. Farben-

industrie, die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft oder von schlesischen Firmen: die Gruschwitz Textilwerke und Linke Hofmann, ferner die Behördenbetriebe Reichsbahn und Reichspost in Bildern und Tabellen Einblick in den Umfang und die Art ihrer Eignungsuntersuchungen auf der Sonderchau gegeben haben, teilweise unter Vorlegung überzeugender Erfolgskontrollen, kann Anreiz sein, sich mit der für die Qualitätserzeugung hochwichtigen Frage der Eignungsuntersuchung eingehender zu befassen.

In der Ausstellungsgruppe „Technische Kulturdenkmale“ erweckten das lebhafteste Interesse die vom Breslauer Oberbergamt ausgestellten, sehr sorgfältig ausgemalten Zeichnungen aus der „Riß-Sammlung“ des Oberbergamtes. Hier konnte man die in den Jahren 1800 bis 1810 in Oberschlesien vorhandenen Industriebauten, namentlich der Eisenindustrie, sowie auch bildliche Darstellungen der damals in Betrieb befindlichen, auf der Höhe der derzeitigen Technik stehenden Maschinen betrachten. Erwähnt seien Darstellungen der Gewehrfabrik Malapane, der Waffenwerkstatt der Freiheitskriege, verschiedener Frischhütten, z. B. in Kraschew, Dembiohammer, Hochöfen in Koschentin, Groß-Borek, ein Plan des neu anzulegenden Werkes Jedlitz, der Grundriß von dem Kgl. Hüttenwerk bei Gleiwitz, Profile von Dampfmaschinen in Tarnowitz und auf der Königsgrube u. a. m. Dieser Teil der Ausstellung bot ein anschauliches Bild von der starken Belegung Oberschlesiens mit sorgfältig gebauten und ausgestatteten Industrieanlagen zu Anfang des vorigen Jahrhunderts. Durch diese vorzüglichen Zeichnungen und Aufrisse ist bewiesen, daß namentlich die Eisenindustrie in Oberschlesien bereits damals auf der Höhe ihrer Zeit stand.

Ebenfalls sehr sehenswert war die von der Oberstrombauverwaltung zur Verfügung gestellte Ausstellung großer Modelle und Pläne des Adolf Hitler-Kanals, des Staubeckens Ottmachau und des Staubeckens Turawa, sowie der Staubeckenanlagen von Gersno. Auf Tafeln waren außerdem die wichtigsten Zahlenangaben über Größe, Fassungskraft, Niederlagsgebiet und Baukosten der verschiedenen Anlagen ausgehängt, sodaß hier ein anschauliches Bild von den großen Wasserbauarbeiten in Oberschlesien gewonnen werden konnte. Modelle verschiedener Talperrren aus Niederschlesien vervollständigten das Bild von der Regelung der Wasserverkehrsstraßen in Schlesien.



Es kann bestätigt werden, daß die folgenden, im Programm der Ausstellung enthaltenen Sätze Zweck und Erfolg der Ausstellung zutreffend wiedergeben: „Ein außerordentlich großer Prozentatz unseres Volkes steht verständnislos vor dem Riesengetriebe der Wirtschaft. Darum will die Lehrausstellung ein volkswirtschaftliches Lehrbuch sein, das in großen Zügen und in einfacher, leichtverständlicher Form dem schaffenden Volksgenossen die volkswirtschaftliche Belehrung bringt, die heute für jeden einzelnen so außerordentlich wichtig ist. Wie dem Ingenieur zur Verwirklichung seiner Konstruktionen eine geschulte Arbeiterschaft beisteht, soll auch dem Führer der Volkswirtschaft eine wenigstens mit den Grundbegriffen der Wirtschaft vertraute Bevölkerung zur Seite stehen.“

### Bericht über den 61. Landmaschinenmarkt und die Südostausstellung in Breslau.

Die Breslauer Messe- und Ausstellungsgesellschaft gibt einen Wort- und Bildbericht über den Verlauf des 61. Landmaschinenmarktes und der Südostausstellung vom 16. bis 19. Mai 1935. Der Bericht bespricht zunächst das Ausstellungsgelände, die Eröffnungsfeierlichkeiten und die Verteilung der verschiedenen Ausstellungssteile auf die Gebäude und Plätze des Ausstellungsgeländes.

Weitere Ausführungen betreffen die Stände der ausländischen Staaten. Es folgen ein 13 Seiten umfassender Bildteil und sodann der Abdruck einer Anzahl von Presseberichten. Weitere Presseäußerungen sind in Sonderabzügen in einer Mappe beigelegt.

### Südwestdeutsche Büromaschinen-Ausstellung Frankfurt a. M., 12.—20. 10. 1935.

Der Reichsverband des Büromaschinen- und Organisationsmittelhandels veranstaltet auf dem Festhallengelände zu Frankfurt a. M. vom 12.—20. Oktober 1935 eine Südwestdeutsche Büro-Maschinen-Ausstellung. Dies ist die einzige Ausstellung für alle Arten von Büromaschinen und Organisationsmittel, welche in diesem Jahr innerhalb Deutschlands durchgeführt wird. Auskünfte erteilt das Mesamt Frankfurt a. M. 17, Haus Offenbach, Hohenzollernplatz 47. Der gesunde wirtschaftliche Aufbau eines dicht bevölkerten Hinterlandes, das von einem überaus lebenskräftigen Einzelhandel durchsetzt ist, und die vorzügliche Lage Frankfurts inmitten des Südwestdeutschen Wirtschaftsbezirkes geben der Ausstellung ihre besondere Bedeutung. Die ersten Mitteilungen über die Ausstellung haben so auch ihre Wirkung nicht verfehlt; die Plaknachfrage hat bereits lebhaft eingelebt, so daß mit einer eindrucksvollen und erfolgreichen Veranstaltung zu rechnen ist.

### Firmeneintragungen

bei den obereschlesischen Amtsgerichten im Handels- und Genossenschaftsregister in der Zeit vom 29. 5. bis 28. 6. 1935.

**Amtsgericht Falkenberg OS.:** Alfons Jüschke, Inh. Alfons Jüschke. — **Amtsgericht Gleiwitz OS.:** Stahlbau-Händler Söhne D. H. G. Gesellschafter: Schlossermeister Ernst Händler sen., Dipl.-Ing. Ernst Händler jun., Betriebsführer Paul Händler. — **Amtsgericht Guttentag OS.:** Johann Kofott, Dampfzäge- und Hobelwerk, Inh. Luzian Kofott, Rosen-

berg, Zweigniederlassung Guttentag OS. — **Amtsgericht Arensburg OS.:** Erich Hoppe, Tabakwarenhandlung, Inh. Erich Hoppe. — **Amtsgericht Arzaf:** Verkaufsbüro für Landmaschinen und Ersatzteile, Inh. Richard Arzaf. — **Amtsgericht Oppeln OS.:** Hans Kuppke, Lebensmittelgroßhandlung und Räucherei, Inh. Hans Kuppke.

## Bücher und Zeitschriften

**Das Bankwesen im nationalsozialistischen Staat.** Von Dr. Otto Christian Fischer. Mitglied des Vorstandes der Reichskredit-Gesellschaft, Führer der Hauptgruppe Banken der deutschen Wirtschaft. 1934. Junker & Dünhaupt, Verlag, Berlin. 80 S. Preis 1,60 RM.

Der Führer der Hauptgruppe Banken behandelt in der vorliegenden Schrift in großen Zügen die Fragen des deutschen Bankwesens aus gründlicher Kenntnis seiner praktischen Aufgaben heraus. In der Einleitung legt er als Ausgangspunkt für eine Betrachtung des Tatsächlichen die Ergebnisse der Bank-Enquete vom Sommer 1933 zugrunde. Es ist unerlässlich, jetzt einen Grenzstrich zwischen Vergangenheit und Zukunft zu ziehen und den Blick wieder nach vorwärts zu richten. In dem Kapitel „Der Tatbestand“ wird u. a. die seit der Bankkrise des Jahres 1931 bestehende Staatsgarantie für die Depositen einiger Großbanken behandelt, die als einmalige Notmaßnahme bezeichnet wird. Eine Herabsetzung der nicht mit Staatsgarantie arbeitenden Institute in der öffentlichen Meinung muß ausgeschlossen sein. In dem Abschnitt „Die Problemstellung der Gegenwart“ betont der Verfasser, daß die Tätigkeit des Bankwesens eindeutig unter der Zielsetzung des nationalsozialistischen Staates steht und die Aufgabe hat, der Verwirklichung seiner Ziele dienlich zu sein. Für die Erfüllung dieser Aufgabe ist das Bankwesen dem Staate verantwortlich, zugleich für die Beratung in jenen Fragen, für welche das Bankwesen besonders sachverständig erscheint. Weitere Ausführungen gelten den Kreditfragen, wobei die Wichtigkeit der Deckung des Bedarfes an Mittelfrediten hervorgehoben wird. Mittelfristige Ueberbrückungskredite werden in Zukunft in erhöhtem Maße von den deutschen Kreditinstituten gefordert werden, je mehr sich der Investitionsbedarf vergrößert. Ueberzeugende und klare Ausführungen sind weiterhin der Frage des Zinsfußes gewidmet. In bezug auf die frühere Zinsbenachteiligung des deutschen Ostens, wo die Landwirtschaft vor der Umschuldung

für kurzfristige Kredite Zinsfäße in Höhe des Drei- und Vierfachen des Reichsbankdiskontes bezahlen sollte, wird betont, daß derartige unangemessene Risikoprämien unter keinen Umständen gebuldet werden können. Der Verfasser weist sodann nach, daß das Streben nach Rentabilität keineswegs in erster Linie durch eigennützige Motive, sondern vor allem durch den Wunsch nach ordentlichem und selbstverantwortlichem Wirtschaften diktiert ist, und daß Verzicht auf Rentabilität keineswegs einen Nutzen für die Gesamtheit bedeutet. Weitere Abschnitte des ausführlichen Buches finden den besonderen wirtschaftspolitischen Aufgaben des Bankwesens und seiner Neugestaltung gewidmet.

**Eugen Sadamovsky, Hitler erobert die Wirtschaft.** Verlag Franz Eher Nachf. G. m. b. H., München. 60 S. mit mehreren statistischen Schautafeln. Preis kart. 60 Pfennig.

Die temperamentvolle Broschüre des Reichsfeldleiters Sadamovsky gibt einen Einblick in die Kämpfe um die Schaffung des Volksempfängers, der gegen eine starke Opposition schlecht unterrichteter und pessimistisch denkender Wirtschaftskreise durchgesetzt werden mußte. Der Erfolg dieses neuen billigen Empfangsgerätes gab den Urhebern des Gedankens sofort Recht. Trotzdem wurden von unbeschränkbarer Industriekreisen weitere Verstöße gegen den Weiterbau des Volksempfängers gerichtet, wobei nach Sadamovsky mit falschen Zahlen und Berichten gearbeitet wurde. Schließlich kam es aber im Oktober 1933 doch zum entscheidenden Sieg der politischen Führung über die wirtschaftlichen Miesmacher. Inzwischen hat sich erwiesen, daß der Volksempfänger ein zusätzliches Geschäft für die Rundfunkwirtschaft geworden ist, die an großen Apparaten etwa daselbe umsetzt, wie in früheren Jahren. Ende 1933 waren 375 957 Volksempfänger, Ende 1934 817 831 in Betrieb. Entgegen den voreiligen Prophezeiungen ist es gelungen, mit dem Volksempfänger ganz neue Käuferkreise auf dem Inlandsmarkt zu erfassen. Die Zahl



der Rundfunkhörer überhaupt betrug Ende 1933 4 837 549, Ende 1934 aber 5 911 330 und am 1. 5. 1935 6 734 745. Weitere Ausführungen des Verfassers gelten der Abgabefinanzierung des Volksempfängers, den Schwächen des deutschen Sendernetzes, den Aussichten des Ultra-Kurzwellensenders und des Fernsehens, sowie dem Gedanken des Volkswagens, an dem der Chefkonstrukteur der Auto-Union heute arbeitet.

**Der Sachverständige im Dritten Reich und seine Gutachterfähigkeit.** Herausgegeben von Max Grebemeyer, Reichsfachschaftsleiter, bearbeitet von Dr. Oskar Rammel, Pressereferent der Reichsfachschaft für das Sachverständigenwesen. Deutsche Rechts- und Wirtschafts-Wissenschafts-Verlags-Ges. m. b. H., Berlin W. 35, Matthäi-Kirch-Strasse 10. 94 Seiten.

Das Buch behandelt die wichtigsten Fragen des gerichtlichen Sachverständigenwesens und beruht auf Vorträgen des 1. Reichsschulungskurses für das Sachverständigenwesen. In 12 Vorträgen werden alle Seiten der Sachverständigen-tätigkeit sowie auch des Schätzungswesens erläutert. Nach einleitenden Worten des Reichsleiters und Reichsministers Dr. Hans Frank folgt ein grundsätzlicher, rechtsphilosophischer Aufsatz von Rechtsanwalt Gonnella, stellv. Geschäftsführer des BMDJ, über „Gesetz und Recht“. Besondere Darstellungen finden dem Verkehrsgutachten, dem ärztlichen Gutachten, dem Gutachten für die Reichsfinanzverwaltung, dem Gutachten im gewerblichen Rechtsschutz, dem Versicherungsgutachten und dem landwirtschaftlichen Gutachten gewidmet. Am Schluß finden sich Ausführungen von Reichsfachschaftsleiter Grebemeyer „Aus der Entwicklung der Reichsfachschaft für das Sachverständigenwesen“. Das Buch vermittelt die Kenntnis über die neue nationalsozialistische Einstellung der Deutschen Rechtsfront zum Sachverständigenwesen.

**Der Donauraum und seine Probleme.** Auslandskundliche Vorträge der Technischen Hochschule Stuttgart. Herausgegeben und redigiert von Professor Dr. E. Wunderlich. Band 7. 92 Seiten. Preis 4.— RM. Fleischhauer & Spohn. Verlag. Stuttgart 1933.

Der vorliegende Band der auslandskundlichen Vorträge der Technischen Hochschule Stuttgart bietet außerordentlich wertvolles Material, das zur Beurteilung der schwierigen und brennenden Fragen des Donauraumes von grundlegender Bedeutung ist. Nach einem Vorwort des Herausgebers folgen 5 inhaltsreiche Aufsätze. An der Spitze steht eine geographische Betrachtung des Donauraumes von Professor Dr. J. Sölk, Heidelberg, einem geborenen Oesterreicher. Es folgt „Der Donauraum in der Geschichte“ von Professor Dr. Steinacker, Innsbruck. Der Verfasser gelangt zu dem Ergebnis, „daß im Donauraum nur die Ideen des Föderalismus und der Autonomie zum inneren Frieden verhelfen können“. Die Geschichte lehrt, „daß hier der Kampf aller gegen alle nur durch eine irgendwie geartete Verbindung des ganzen Raums zu vermeiden war, wie sie im alten Oesterreich durch lange Zeit verwirklicht war“. Diese erste Einigung kann nur durch Anlehnung an das einzige Großvolk Mitteleuropas, an das Deutsche Volk, gelingen. Sehr bedeutungsvolle Ausführungen enthält sodann der Beitrag von Dr. M. Hahn, vom Mitteleuropäischen Wirtschaftstag in Berlin, „Der Donauraum in der europäischen Wirtschaft“. Am Eingang seiner Ausführungen betont der Verfasser, daß es sich wirklich nicht um Einbildungen handelt, wenn man den Donauländern im Rahmen der heutigen europäischen Wirtschaft und ihrer Probleme eine hervorragende Wichtigkeit beimißt. Selbstverständlich gibt es andere Länder in Europa, deren wirtschaftliche Bedeutung ungleich größer ist und die ungleich höher entwickelt sind. Diese Tatsache wird in keiner Weise bestritten. Trotzdem liegt aber die besondere Bedeutung der Donauländer eben darin, „daß sie noch unentwickelte Länder sind, daß das Problem ihrer Organisation noch ungeklärt ist, und daß ihr gegenwärtiges Gewicht innerhalb der europäischen Wirtschaft keineswegs demjenigen entspricht, das sie bei einer besseren Organisation Mitteleuropas haben könnten“. Interessant ist der Hinweis darauf, daß die Siegermächte gegenüber den katastrophalen Folgen der Zerstörung der Donaumonarchie nicht vollständig blind gewesen waren. Sie hatten für die ersten fünf Nachkriegsjahre eine engere handelspolitische Verbindung der Nachfolgestaaten vorgesehen. Ihre Annahme jedoch, daß diese davon

Gebrauch machen würden, beweist den vollständigen Mangel an Logik. Den neuen Staaten lag es vor allem daran, ihre politische Souveränität auf das stärkste herauszufordern, und so kam es zur schärfsten gegenseitigen Absperrung auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Heute hat sich das wirtschaftliche Bild in den fünf Donauländern bereits so verschoben, daß ein Wiederausgleich keine geringere Katastrophe nach sich ziehen würde, als sie seiner Zeit die Zusammenschlagung zur Folge hatte. Das schwierigste Problem in Südosteuropa ist der Ausgleich zwischen Agrar- und Industrieländern. Die Agrarländer streben danach, sich von der Industrieausfuhr anderer Länder möglichst frei zu machen, und die Industrieländer bemühen sich, ihre Landwirtschaft so zu heben, daß die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande möglichst eingeschränkt wird. Die hieraus sich ergebenden Schwierigkeiten könnten nur durch eine großwirtschaftliche Organisation Mitteleuropas ausgeglichen werden. Der Verwirklichung eines solchen Wirtschaftsprogramms stehen aber, wenngleich sich die Erkenntnis seiner Notwendigkeit mehr und mehr durchsetzt, politische Widerstände im Wege. Die bisherige Politik Frankreichs war eindeutig darauf gerichtet, eine solche Lösung zu verhindern. Die Zeit arbeitet in Europa für Deutschlands Standpunkt, weil dieser Standpunkt sich in Uebereinstimmung mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten befindet. Ueber die politischen Probleme des Donauraumes handelt Senator Dr. von Medinger, Prag, dessen Ausführungen allerdings in einigen Punkten heute bereits überholt sind (polnisch-tschechische Beziehungen!). Den Schluß bilden kurze Ausführungen von Dr. S. Rüdiger, Stuttgart, über die Donadeutschen und das Reich. Anschließend folgt eine Angabe der wichtigsten Literatur über die Donauländer. Das Heft beleuchtet die vernachlässigten Angelegenheiten des Donauraumes gründlich und unter Erfassung des Wesentlichen. Es kann als Grundlage und Einführung für eine Beschäftigung mit diesem wichtigen Fragenkreis wärmstens empfohlen werden.

**Oberschlesische Mitteilungen.** Monatsschrift für Wohlfahrt, Kultur, Verwaltung, Verkehrswesen. Juni 1935. Heft 3. Preis des einzelnen Heftes 40 Pfg. Vierteljahresbezugspreis 1.— RM. Zu beziehen durch das Presse- und Volksaufklärungsamt der Provinzialverwaltung in Oppeln, Landeshaus, bzw. durch die zuständige Postanstalt. Einzelnummern bei den Bahnhofsbuchhandlungen.

Die neue Nummer der „Oberschlesischen Mitteilungen“ enthält außer einer Reihe von Beiträgen, die der Werbung für Wandern und Reisen im Heimatgebiet gewidmet sind, auch verschiedene für Wirtschaft und Verkehrswesen bedeutungsvolle Aufsätze. Landesbaurat Hiersemann behandelt „Die oberchlesische Landstraße im Dritten Reich“. Der Beitrag „Staubeden Turawa, ein neues Wochenendziel“, gibt recht lehrreiche Aufschlüsse über den Stand der Arbeiten und über die gesamte Anlage des Staubedens und des zukünftigen Strandbades. In dem Abschnitt „Aus der Verwaltung“ gibt der Kammerer des OS. Prov.-Verbandes, Landesindefikus Dr. Thczka, eine Darstellung der Haushaltslage des Provinzialverbandes von Oberschlesien für das Rechnungsjahr 1935. Anlässlich des Tages des Deutschen Roten Kreuzes erscheinen die Beiträge von Landesrat Baduch „Das Deutsche Rote Kreuz und seine Aufgaben in Oberschlesien“ sowie von Frau W. Ruediger, Beuthen, „Die Frauenorganisation des Roten Kreuzes“. Ueber die Hauptversammlung des Oberschlesischen Obervereins e. B. berichtet Provinzialbaurat Miehle. Weiter enthält das Heft die Straßensperrungen im Monat Juni und neue Fahrpreiserhöhungen der Reichsbahn bei den sogenannten Zehnerfahrten im Industriegebiet. Einem Bedürfnis kommt auch das Verzeichnis der Neuerwerbungen der Oberschlesischen Landesbibliothek Ratibor, seit 1933 entgegen.

**Sonderheft Polen der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“.** Weltwirtschaftliche Nachrichten. Zeitschrift für deutsche Wirtschaftspolitik, herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv. Neue Folge. Heft 24. 20. Jahrgang. 43 S. Preis des Einzelheftes 1 Reichsmark.

Der „Wirtschaftsdienst“ widmet Polen ein Angesichts der gegenwärtig neu aufgenommenen Handelsvertragsverhandlungen besonders aktuelles Sonderheft. Zum Geleit sind kurze Ausführungen des Handelsrates der polnischen Wirtschaft, Dr. Rawita-Gawronski, vorangeschickt. Sodann behandelt Dr. John Bredt-Hamburg „Polen, ein staatswirtschaftlicher Ueberblick“. Der Verfasser hebt hervor, daß der



gemeinwirtschaftliche Gedanke in Polen zu einem wesentlichen Faktor der Staatsführung schon heute geworden ist. „Die staatliche Prägung der wirtschaftspolitischen Arbeit Polens ist nicht das einzige Element verwandten Verhaltens zu der Wirtschaftspolitik Deutschlands. Beide Länder führen einen ähnlichen Kampf um ihre politische und wirtschaftliche Souveränität und in beiden Ländern herrscht die Erkenntnis, daß die Erreichung dieses Zieles eine innerpolitisch starke Basis voraussetzt. Die politische Verständigung im Januar 1934 hat den Weg freigemacht für eine grundsätzliche Neuordnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern“. Weitere Aufsätze betreffen die Selbstverwaltung der Industrie und des Handels in Polen, die Entwicklung des polnischen Außenhandels, Polen als Kontrahent (von Dr. Jazians, Vorsitzendem der Bankenverbände in Polen), Entwicklungstendenzen der polnischen Industrie, Finanzen und Kredite in Polen an der Konjunkturfurche (von Dr. Gorecki, Präsident der Landeswirtschaftsbank), Polnische Schiffahrtspolitik, Polnisch-deutsche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verkehrspolitik (von Vizeverkehrsminister Bobkowi, Warschau). Im weiteren enthält das Heft noch aktuelle „Anmerkungen“, Länderberichte über Südosteuropa und Nahen Osten, England, Südslawien, Litauen, Burma, Schiffahrtsberichte, Warenmärkte, Geld- und Kapitalmärkte und eine Zusammenstellung „Neue Wirtschaftsliteratur über Polen aus dem Zentralkatalog des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs“.

„Volk im Osten“, verbunden mit der Zeitschrift „Der Aufbau“. Herausgeber Karl Hermann Theil. 5. Mai-Heft. Siebenbürgen-Heft. Jahrgang 1935. Verlag H. Schloffer, Sibiu-Hermannstadt (Rumänien). Vierteljahresbezugspreis in Deutschland 2 RM.

Dies vorliegende Siebenbürgenheft der führenden deutschen, völkisch eingestellten Zeitschrift in Rumänien ist geeignet, ein Bild von der Gliederung und Lage der Siebenbürgen Sachsen, die den Kern der deutschen Minderheit in Rumänien bilden, zu geben. Der einleitende Aufsatz von Alfred Gfallner „Die größte Gefahr“ bringt die Ergebnisse einer eingehenden 18 000 bis 19 000 Familien umfassenden gesellschaftsbiologischen Untersuchung über die Siebenbürger Sachsen. Auch in Siebenbürgen entspricht die Kinderzahl in den deutschen städtischen Familien und den führenden Bauernfamilien nicht den Notwendigkeiten der Erhaltung von Volk und Rasse. Von den weiteren Beiträgen seien erwähnt: Emil Neugeboren, Deutsche Mitarbeit am rumänischen Staate, eine grundsätzliche, minderheitspolitische Auseinandersetzung; Gustav Barth, Der deutsche Arbeitsdienst in Rumänien, seine völkische und staatswirtschaftliche Bedeutung, worin die bisherigen Leistungen der deutschen Arbeitslager in Rumänien (Mogolarbeiten, Entwässerungsarbeiten, Wegebau, Rodungen, Dammbau und besondere Arbeiten) aufgezeigt werden. Otto Schwarz behandelt „Bauerntum und Arbeitsdienst der Deutschen in Rumänien“. Leider sind die deutschen Arbeitslager in Rumänien im Jahre 1934 verboten worden, so daß die Hauptmasse der Jugend gar nicht zum Einsatz kam. Es waren im vorigen Jahre 3000 Dienstwillige vorsehen. Den Zeitaufgaben schließt sich ein kulturpolitischer Teil an.

Abreise und Anzeige von A — 3. Zeitschrift vom Reichsverband des Adreß- und Anzeigenbuchverlags-Gewerbes. Heft 1/2. Jahrgang 1. 1. Juni 1935. Herausgegeben vom Leiter des Reichsverbandes des Adreß- und Anzeigenbuchverlags-Gewerbes Verlagsdirektor Dipl.-Kaufmann Paul Schmidt, Berlin NW. 7, Unter den Linden 64. Bezugspreis für das Jahr 3.— RM.

Die neu erscheinende Zeitschrift, auf die wir auch im Mitteilungsheft hingewiesen haben, enthält richtunggebende und wertvolle Aufsätze. Nach einemleitwort des Herausgebers folgt ein Aufsatz von Stabsleiter Viktor Brad „Das deutsche Adreßbuchwesen nach der Machtübernahme durch die nationalsozialistische Bewegung“. Ein weiterer Beitrag behandelt den Sieg des ehrlichen Adreßbuchgewerbes und seine Beziehungen zu den Reichsgruppen Industrie, Handel und privates Bankgewerbe. Geheißliche Ausführungen sind unter der Überschrift „Reichsverband einst und jetzt“ zusammengefaßt, wobei die Entwicklung des Reichsverbandes des Adreß- und Anzeigenbuchverlags-Gewerbes dargestellt wird. Es folgen die Beiträge „Der Verlagsvertreter im Reichsverband“, „Adreßbuch-Werbung“ und „Zur Kalender-

produktion 1935“ von H. G. Tschow, Mitglied der Geschäftsführung des Reichsverbandes des Adreß- und Anzeigenbuchverlags-Gewerbes. Hier wird mit den noch zahlreich erscheinenden, minderwertigen Kalendern scharf abgerechnet. Der Verfasser wendet sich gegen die schlechte Ausstattung, die verbrauchten Typen, und die Aufnahme überflüssigen literarischen Kitsches in derartige, für breitere Volkskreise berechnete Veröffentlichungen. Er kommt zu dem Ergebnis: „Die Mehrzahl der im Jahre 1935 produzierten Kalender, aneinandergereiht, ergeben geradezu ein Schreckenskabarett und einen Schuttatladepfand geistiger Dede und drucktechnischen Nichtkönnens“. Erwähnt wird u. a. auch ein in Schlesien im 94. Jahr erscheinender Historien- und Anekdoten-Kalender. Weiter enthält die Zeitschrift Anordnungen und Bekanntmachungen der Reichsschrifttumskammer und wichtige Mitteilungen für Kalenderverleger. Zum Schluß ist die Satzung der Reichsschrifttumskammer abgedruckt. Das reichhaltige Heft kann allen einschlägigen Unternehmungen nur dringend empfohlen werden.

Der Aufbau der Gesellschaft „Reichsautobahnen“ bearbeitet von Reichsbahnoberamtmann Volk nach den Unterlagen der Direktion der Reichsautobahnen, Konkordia-Verlag Leipzig, Goethestraße 6. Din A 4, 64 Seiten mit 16 ganzseitigen Karten RM. 2.—

Die Broschüre enthält die gesetzlichen Grundlagen, auf denen das Unternehmen „Reichsautobahnen“ aufgebaut ist, die Geschäftsordnung des Verwaltungsrats, Satzung sowie Geschäftsordnung der Gesellschaft, ferner ist die Organisation der Direktion der Reichsautobahnen mit ihren Geschäftsstellen, Anschriften, Namen, Sachabieten und Fernsprechanhängen der Referenten und Mitarbeiter wiedergegeben. Es folgen die Geschäftsanweisungen der Obersten Bauleitungen und der Bauabteilungen sowie die Vorläufige Autobahn-Betriebs- und Verkehrsordnung vom 14. Mai 1935.

Zinssenkung und Kapitalstundung, einschließlich der neuesten Zinsermäßigungen und der Regelung der Hypothekenzinssenkungen 1935. Textausgabe mit Einführung, Verweisungen, Schrifttumsnachweis, und Sachverzeichnis, bearbeitet von Landgerichtsrat im Reichsjustizministerium Dr. Fritz Schulke, Verlags-Gesellschaft R. Müller m. b. H., Cöberwalde. 208 Seiten, in Leinen gebunden 4,35 RM.

In der Praxis ist es vielfach als mißlich empfunden worden, daß es an einer Zusammenstellung der mannigfachen Vorschriften über die Zinssenkung und Kapitalstundung fehlt. Nach den neuesten Zinsermäßigungen und der Neuordnung der Kapitalzinsleistungen 1935 ist das Bedürfnis nach einer solchen Bearbeitung umso größer. Die vorliegende Bearbeitung trägt diesem dringenden Bedürfnis der Praxis Rechnung. Der Verfasser bringt eine erstmalige Zusammenstellung der die Zinssenkung und Kapitalstundung regelnden vielfachen Gesetze und Verordnungen nebst allen Ergänzungs- und Durchführungsvorschriften nach dem neuesten Stande. Im Anhang sind ergänzend die verschiedenartigen Bestimmungen betr. die Gewährung von Vollstreckungsschutz gegenüber der Grundstücksversteigerung wiedergegeben. Auf die eingehende systematische Uebersicht und die einen erstmaligen Ueberblick über die heutige verwickelte Rechtslage gebende Einführung sei besonders hingewiesen. Das allein 16 Seiten lange Schrifttumsverzeichnis bringt die gesamte, teilweise sehr verstreute und daher nur schwer auffindbare Literatur. Viele Verweisungen, Ueberschriften über den einzelnen Bestimmungen, das eingehende Sachverzeichnis sowie ein besonders übersichtlicher Druck (Verwendung verschiedenfarbiger Satzarten) erleichtern die Benutzung des Werkes.

Reichsbewertungsgesetz und Bodenschätzungsgesetz. Textausgabe mit Einführung und Erläuterungen. Von Max Renzi, Ministerialrat im Preussischen Finanzministerium. Taschenformat. 202 Seiten. 1935. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin W 10 und Leipzig. (Guttenbergische Sammlung Deutscher Reichsgesetze, Nr. 190 c.) RM. 2,80.

Die Ausgabe bietet eine für die Zwecke der Praxis bestimmte kurze erläuterte Darstellung des Bewertungsgesetzes sowie des neuen Bodenschätzungsgesetzes mit den neuen Bewertungsvorschriften für den Grundbesitz. Den Erläuterungen der Gesetzesparagrafen sind gemeinverständliche



Einführungen in die neuen Gesetze vorangestellt, durch die die Neuerungen und Änderungen dem Verständnis der Steuerpflichtigen und Finanzbeamten nähergerückt werden und die praktische Anwendung der neuen Bestimmungen sehr erleichtert wird.

**Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Bürgersteuer.** Mit systematischer Einführung versehen und erläutert von Dr. Hermann Vog, Ministerialdirektor im Preussischen Finanzministerium, und Dr. Alfred Riewald, Ministerialrat im Preussischen Finanzministerium. Taschenformat, XV, 386 und 8 Seiten. 1935. 4.50 RM.

Nachtrag dazu: Enthaltend Durchführungsbestimmungen, Veranlagungsrichtlinien usw. Taschenformat. XX, 146 Seiten. 1935. 1.80 RM. (Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze, Nr. 190a und 190a II).

Das Werk bietet mit dem nunmehr vorliegenden Nachtrag die erste lückenlose Sammlung des Gesetzes und Verordnungsmaterials auf dem Gesamtgebiet der dreien miteinander verflochtenen Steuern. Der Nachtrag enthält die Durchführungsverordnungen, die bei Erscheinen des Hauptbandes noch nicht vorlagen, die Veranlagungsrichtlinien, die Bestimmungen über kurzlebige Wirtschaftsgüter, über Steuerbegünstigungen für Wohnungsbauten usw. Die Erläuterungen sind zerlegt in einer systematischen Darstellung des Rechtsstoffes (Einführung), die unter Herausarbeitung der tragenden Gedanken das Verständnis jeder einzelnen Rechtsvorschrift erleichtern, und in Anmerkungen zu den einzelnen Paragraphen, die auf die einschlägigen Stellen der Einführung verweisen, und die notwendigen Einzelergänzungen geben. Auch dem Nachtrag ist außer den Anmerkungen ein systematischer Wegweiser sowie ein ausführliches Sachregister beigegeben.

**Dr. Emanuel Hugo Vogel, o. ö. Professor an der Hochschule für Bodenkultur in Wien, Universitätsprofessor: Geld und Kredit.** (Wirtschaftslehre 9.) Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7274. Geheftet 35 Pfg., gebunden 75 Pf.

Die ganz ausgezeichnete kleine Schrift Prof. Vogels begegnet in geschickter Weise vor allem dem starken Informationsbedürfnisse der Kreise, die sich zu ernsthafterer Befassung mit den Fragen der politischen Ökonomie genötigt fühlen. Die Schwierigkeit, die bisher für den gebildeten Laien bestand: eine äußerst gedrängte und dennoch völlig umfassende Einführung gerade in das wesentlichste und interessierendste Thema zu finden, in das Thema vom Geld- und Kreditwesen, ist mit dieser Schrift behoben. Der Wiener Gelehrte versteht es, auf knappem Raum allgemeinverständlich, doch ohne leer oder unwissenschaftlich zu werden, das Thema vollkommen zu umreißen und bis in seine letzten Abschnitte durchzubehandeln. Aus bewundernswert klaren Definitionen der Begriffe Geld und Kredit heraus entwickelt er überzeugende Bilder der Funktionen beider Wirtschaftsmittel, behandelt dann die Techniken der Geldschöpfung und Geldpolitik, um endlich mit einer Untersuchung der Geld- und Kredittheorien von den ältesten bis zu der bekannten „Zahlkrafttheorie“ des Verfassers selbst abzuschließen. Eine Literaturübersicht ist beigelegt.

**Nationalökonomie auf Deutsch.** Bearbeitet von der Wirtschaftsschriftleitung des Scherl-Verlages. Verlag Scherl, Berlin SW 68. 90 Seiten. Preis karton. 1,— RM.

Das Buch ist eine Art Taschenlexikon der Volkswirtschaft, namentlich der häufig in der Tagespresse wiederkehrenden Sachausdrücke und als solches recht brauchbar, besonders zum Verständnis des Bank- und Börsenwesens, das stark bevorzugt ist. Die Erklärungen der über 200 technischen Ausdrücke sind knapp und gemeinverständlich. Fremdsprachliche Bezeichnungen werden geschickt erläutert und übersetzt, jedoch nicht in dem zu erwartenden Umfang auch wirklich durch deutsche Worte ersetzt.



# Statistisches

## Produktion und Absatz des westobererschlesischen Bergbaues

### I. Förderung bzw. Produktion

Jahr bzw. Monat	Steinkohle			Koks			Briketts		
	im ganzen	arbeits- täglich	je ver- fahrene Schicht der Gesamt- beleg- schaft	im ganzen	kalender- täglich	je Kopf und Arbeits- tag der Gesamt- beleg- schaft	im ganzen	arbeits- täglich	je Kopf und Arbeits- tag der Gesamt- beleg- schaft
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	17 960 854	59 830	1,434	1 369 968	3 753	2,410	267 796	894	4,705
1931	16 791 957	55 992	1,579	995 744	2 728	2,728	279 191	931	4,799
1932	15 277 487	50 449	1,678	867 424	2 370	2,399	276 118	911	5,147
1933	15 640 004	52 378	1,754	859 588	2 355	2,428	275 571	923	4,832
1934	17 391 748	58 225	1,764	997 725	2 734	2,299	253 603	849	5,340
März 1935	1 547 199	59 737	1,783	94 376	3 044	2,477	19 167	737	3,560
April "	1 398 509	58 271	1,754	85 660	2 855	2,356	18 391	766	3,530
Mai "	1 482 142	59 286	1,780 <sup>1)</sup>	89 257	2 879	2,371	19 038	762	3,511

<sup>1)</sup> Vorläufige Zahl.

### II. Absatz an Steinkohle, Koks und Briketts

#### 1. Steinkohlenabsatz nach Empfangsländern

Jahr bzw. Monat	In der Provinz Oberschlesien	Nach dem übrigen Deutschland	Nach dem Ausland					Im ganzen
			Tschecho- slowakei	Deutsche Oesterreich	Ungarn	übriges Aussland	Summe Aussland	
	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	4 978 681	10 736 423	709 855	340 149	154 839	95 333	1300 176	17 015 280
1931	4 332 231	9 961 850	673 484	310 217	33 107	204 246	1221 054	15 515 135
1932	3 755 464	9 341 546	663 082	218 909	1 105	149 554	1032 650	14 129 660
1933	3 828 516	9 664 630	608 359	137 805	1 215	200 131	947 510	14 440 656
1934	4 215 048	11 256 179	624 489	67 028	3 440	324 302	1019 259	16 490 486
März 1935	388 452	944 175	54 601	4 055	240	34 272	93 168	1 425 795
April "	351 976	832 880	40 305	3 492	655	38 600	83 052	1 267 908
Mai "	333 383	927 121	56 769	3 410	75	52 255	112 509	1 373 013

#### 2. Steinkohlenabsatz nach Beförderungsarten

Jahr bzw. Monat	mit der Hauptbahn		mit der Schmalspurbahn, Seilbahn und Landfuhrwerk		W a s s e r u m s c h l a g								
					mit der Hauptbahn				mit der Schmalspurbahn in Gleiswäg		im ganzen		
					in Cösel		in den übrigen Oderhäfen						
t	o/o	t	o/o	t	o/o	t	o/o	t	o/o	t	o/o		
1930	14 514 029	85,30	2 501 251	14,70	1 531 052	9,00	104 296	0,61	5435	0,03	1640783	9,64	
1931	13 432 399	86,58	2 082 736	13,42	1 567 876	10,11	20 975	0,13	4965	0,03	1593816	10,27	
1932	12 527 890	88,66	1 601 770	11,34	1 334 122	9,44	22 695	0,16	4428	0,03	1361245	9,63	
1933	12 976 121	89,86	1 464 535	10,14	1 181 979	8,17	4 865	0,03	6625	0,05	1193469	8,25	
1934	14 885 855	90,27	1 604 631	9,73	1 713 780	10,39	7 290	0,04	3235	0,02	1724305	10,45	
März	1935	1 282 451	89,95	143 344	10,05	181 029	12,70	920	0,06	—	—	181 949	12,76
April	"	1 135 516	89,56	132 392	10,44	201 225	15,87	—	—	—	—	201 225	15,87
Mai	"	1 242 282	90,48	130 731	9,52	246 630	17,96	—	—	—	—	246 630	17,96



## 3. Absatz an Roßs.

Jahr bezw. Monat	Provinz Oberschlesien	übriges Deutschland	Ausland	im ganzen	mit der Hauptbahn	mit der Schmal- spurbahn, Seil- bahn und Land- fuhrwerk	Umschlag aufs Schiff mit der Hauptbahn	mit der Schmal- spurbahn	Absatz an die O.S. Hütten- industrie
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	230 078	583 832	162 779	976 689	794 411	182 278	118 309	—	145 302
1931	175 764	614 138	179 123	969 025	818 811	150 214	143 045	—	81 914
1932	154 212	602 143	131 120	887 475	798 522	88 953	89 350	—	52 044
1933	178 152	653 451	98 340	929 943	818 597	111 346	113 201	—	81 318
1934	239 848	648 133	189 400	1 077 381	910 091	167 290	138 006	—	157 489
März 1935	27 913	37 654	4 953	70 520	49 962	20 558	4 054	—	20 313
April "	23 281	31 223	3 924	58 428	40 531	17 897	10 983	—	19 781
Mai "	23 293	67 001	5 716	96 010	77 628	18 382	15 582	—	19 238

## 4. Absatz an Bricketts.

Jahr bezw. Monat	Provinz Oberschlesien	übriges Deutschland	Ausland	im ganzen	mit der Hauptbahn	mit der Schmal- spurbahn, Seil- bahn u. Land- fuhrwerk	Umschlag aufs Schiff mit der Hauptbahn	mit der Schmal- spurbahn	Eisenbahn- dienst- bricketts
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	13 681	250 642	2 394	266 717	261 637	5 080	—	—	193 006
1931	30 853	237 270	5 914	274 037	265 585	8 452	200	—	184 023
1932	28 441	230 674	6 431	265 546	253 360	12 186	—	—	174 594
1933	31 659	230 417	8 591	270 667	259 985	10 682	—	421	164 996
1934	37 157	203 406	5 555	246 118	239 160	6 958	—	—	118 708
März 1935	4 039	13 820	97	17 956	17 468	488	—	—	8 891
April "	3 877	13 865	118	17 860	17 669	191	185	—	8 106
Mai "	3 602	14 883	120	18 605	18 421	184	—	—	8 645

## III. Nebenprodukte der Roßsanstalten

Jahr bezw. Monat	Produktion				Abfah			
	Roßteer u. Teer- dickungen	Roßbenzol und Homologen	Schwefel- saures Ammoniak	Roß- Naphthalin	Roßteer u. Teer- dickungen	Roßbenzol und Homologen	Schwefel- saures Ammoniak	Roß- Naphthalin
	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	61 698	21 427	20 003	58	62 426	21 547	22 891	152
1931	51 676	15 853	15 066	11	51 910	15 794	12 806	—
1932	44 826	14 561	14 757	15	44 829	14 537	21 056	30
1933	44 432	14 478	14 570	61	43 985	14 480	14 392	51
1934	51 804	17 276	16 844	51	51 842	17 318	14 493	61
März 1935	4 730	1 602	1 827	—	4 914	1 551	3 715	—
April "	4 467	1 485	1 466	—	4 394	1 552	1 105	—
Mai "	4 459	1 537	1 498	15	4 452	1 510	556	15

## IV. Entwicklung der Belegschaftszahlen

Jahr bezw. Monat	Steinkohlengruben					Roßsanstalten				Brickettfabriken			
	männliche Arbeiter		im ganzen	davon		männliche Arbeiter		im ganzen		männliche Arbeiter		im ganzen	
	über 16 Jahren	unter 16 Jahren		unter Tage	über Tage	über 16 Jahren	unter 16 Jahren			über 16 Jahren	unter 16 Jahren		
1930	47 970	350	980	49 300	38 012	11 288	1 510	1	42	1 553	185	2	6
1931	42 202	301	766	43 269	33 091	10 178	974	2	24	1 000	188	—	6
1932	35 712	292	571	36 575	27 747	8 828	965	2	21	988	172	—	5
1933	35 270	345	480	36 095	27 324	8 771	958	—	12	970	187	—	4
1934	36 705	448	449	37 602	28 336	9 266	1 173	3	13	1 189	156	—	3
März 1935	37 726	428	437	38 591	29 202	9 389	1 209	5	15	1 229	204	—	3
April "	37 689	575	440	38 704	29 238	9 466	1 189	3	20	1 212	214	—	3
Mai "	37 665	679	425	38 769	29 188	9 581	1 190	4	20	1 214	214	—	3



## Verfahrene und entgangene Schichten im westoberschlesischen Steinkohlenbergbau im April 1935

Arbeitergruppen	Verfahrene Schichten		Durchschnittlich angelegte Arbeiter <sup>1)</sup>		Entgangene Schichten infolge							
	insgesamt	davon Schichten für Ueber- arbeiten	insgesamt	in % von der End- summe	Arbeits- mangel	technischer Gründe	Krankheit		Ferien	entschädig- ungspfl. Urlaub	Gesamt- zahl	auf 1 angelegten Arbeiter
							ins- gesamt	davon durch Unfall				
a) Hauer . . . . .	142 005	1 034	7 127	18,21	14 541	69	7 315	3 111	1 218	6 929	30 072	4,22
b) Schlepper . . . . .	123 342	291	6 322	16,15	15 447	44	7 254	2 560	1 971	4 001	28 717	4,54
c) Reparaturhauer . . . . .	139 533	5 958	6 479	16,55	10 726	39	4 960	1 506	1 089	5 064	21 878	3,38
d) Sonstige Arbeiter . . . . .	184 042	1 957	9 193	23,48	19 320	91	10 962	3 128	2 538	5 703	38 614	4,20
Summe bezw. Durch- schnitt: Unter Tage . . . . .	588 922	9 240	29 121	74,39	60 034	243	30 491	10 305	6 816	21 697	119 281	4,10
a) Facharbeiter . . . . .	78 001	5 242	3 429	8,76	5 812	—	2 021	469	225	1 458	9 516	2,78
b) Sonstige Arbeiter . . . . .	118 584	3 607	5 573	14,24	10 207	—	4 351	975	1 239	2 947	18 744	3,36
c) Jugendl. männl. Ar- beiter v. 14-16 Jahren . . . . .	12 400	—	582	1,48	947	—	323	126	222	127	1 619	2,78
d) Weibl. Arbeiter . . . . .	9 180	33	441	1,13	825	—	264	55	64	264	1 417	3,21
Summe bezw. Durch- schnitt: Über Tage . . . . .	218 165	8 882	10 025	25,61	17 791	—	6 959	1 625	1 750	4 796	31 296	3,12
Summe bezw. Durch- schnitt aller Arbeiter- gruppen . . . . .	807 087	18 122	39 146	100,00	77 825	243	37 450	11 930	8 566	26 493	150 577	3,85
dav. in Nebenbetrieben	9 606	1 075	395	1,01	319	—	309	47	170	156	954	2,42

<sup>1)</sup> Die Zahl der durchschnittlich angelegten Arbeiter wird ermittelt, indem die Gesamtzahl der im Erhebungszeitraum verfahrenen Schichten, vermindert um die Zahl der Schichten für Ueberarbeiten und vermehrt um die Zahl der entgangenen Schichten, durch die Zahl der Arbeitstage dieses Zeitraumes geteilt wird.

## Im westoberschlesischen Steinkohlenbergbau verdiente Durchschnittslöhne im April 1935

Arbeitergruppen	Leistungs- lohn <sup>1)</sup> je verfahrene Schicht	Soziallohn <sup>2)</sup> je vergütete Schicht	Bar- verdienst <sup>3)</sup> des Arbeiters	Wert der wirtschaftlichen Beihilfen		Gesamteinkommen <sup>4)</sup>		Versicherungsbeiträge je verfahrene Schicht	
				Deputat- tolie je vergütete Schicht	Urlaubs- entschädigung je Urlaubs- schicht	je vergütete Schicht	je durch- schnittlich angelegten Arbeiter	der Arbeiter	der Arbeit- geber
	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
a) Hauer	7,06	0,30	7,38	0,25	6,96	7,61	159	1,17	1,45
b) Schlepper	5,43	0,13	5,57	0,16	5,45	5,73	115	0,88	1,09
c) Reparaturhauer	5,93	0,25	6,27	0,23	5,87	6,48	145	0,99	1,23
d) Sonstige Arbeiter	4,47	0,17	4,67	0,19	4,55	4,85	100	0,76	0,93
Durchschnitt: Unter Tage	5,64	0,21	5,89	0,21	5,79	6,09	128	0,94	1,16
a) Facharbeiter	5,67	0,22	6,06	0,23	5,57	6,28	146	0,94	1,17
b) Sonstige Arbeiter	4,29	0,17	4,52	0,21	4,25	4,73	103	0,71	0,88
c) Jugendliche männliche Arbeiter von 14—16 Jahren	1,36	—	1,36	—	1,49	1,37	29	0,19	0,25
d) Weibliche Arbeiter	2,56	0,05	2,62	0,12	2,68	2,74	59	0,41	0,51
Durchschnitt aller Arbeiter- gruppen	5,35	0,20	5,60	0,21	5,56	5,80	124	0,89	1,10
Davon in Nebenbetrieben	4,80	0,21	5,30	0,22	4,69	5,51	136	0,83	1,01

<sup>1)</sup> Der Leistungslohn ist der Gedingelohn oder der Schichtlohn unter Ausschaltung aller Zuschläge für Ueberarbeiten, aber einschl. der Versicherungsbeiträge der Arbeiter.

<sup>2)</sup> Der Soziallohn ist das Hausstands- und Kindergeld.

<sup>3)</sup> Barverdienst ist der Leistungslohn zuzügl. aller Zuschläge für Ueberarbeiten sowie des Hausstands- und Kindergeldes.

<sup>4)</sup> Das Gesamteinkommen ist der Barverdienst zuzüglich des Wertes der wirtschaftlichen Beihilfen.



## Gliederung des Absatzes an Steinkohlen, Koks und Briffetts West-Oberschlesiens nach Verbrauchergruppen im I. Quartal 1935.

Verbrauchergruppen	innerhalb des Deutschen Reiches						davon in der Provinz Oberschlesien					
	Steinkohle		Koks		Briffetts		Steinkohle		Koks		Briffetts	
	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%
Platzhandel (d.h. ab Lagerplatz bediente Verbraucher in Hausbrand, Landwirtschaft, Kleingewerbe und sonst. Industrie) und Landwirtschaft	1 057 557	27,05	126 517	54,79	18 812	33,27	262 484	22,10	21 476	25,76	6 302	43,91
Marine- und Militärbedarf	10 386	0,27	3 989	1,73	195	0,34	70	0,01	—	—	35	0,24
Reichsbahn	660 565	16,89	9 696	4,20	23 686	41,89	81 974	6,90	2 535	3,04	4 860	33,86
Privatbahnen	25 846	0,66	31	0,01	75	0,13	1 040	0,09	11	0,01	—	—
Schiffahrt	61 538	1,57	64	0,03	—	—	2 220	0,19	30	0,03	—	—
Koksanstalten (zur Verkokung)	404 759	10,35	—	—	—	—	404 759	34,08	—	—	—	—
Briffettfabriken (zur Briffettierung)	65 007	1,66	—	—	—	—	61 052	5,14	—	—	—	—
Wasserwerke (einschl. Kanalisation)	17 932	0,46	193	0,08	60	0,11	2 400	0,20	51	0,06	—	—
Gaswerke	172 701	4,42	4 254	1,84	74	0,13	16 461	1,39	33	0,04	—	—
Elektrizitätswerke	283 558	7,25	1 341	0,58	160	0,28	50 096	4,22	897	1,08	—	—
Erzgewinnung, Eisen- und Metallerzeugung, sowie -verarbeitung	193 115	4,94	61 749	26,74	826	1,46	86 059	7,25	53 783	64,51	1	0,01
Chem. Industrie (einschl. Sprengstoffe, techn. Öle und Fette)	69 512	1,78	5 656	2,45	530	0,94	14 500	1,22	1 869	2,24	—	—
Glas und Porzellan (einschl. optische Industrie)	25 077	0,64	817	0,35	140	0,25	2 349	0,20	—	—	—	—
Stein, Ton, Chamotte, Ziegel, Mineralmühlen, Schmirgel, Eisenbahnbau, Zement, Kalk und Gips	244 563	6,25	4 762	2,06	481	0,85	98 154	8,26	742	0,89	15	0,10
Leder, Schuhe, Gerbereien, Gummi	14 035	0,36	174	0,08	—	—	880	0,07	15	0,02	—	—
Textilindustrie (einschl. Bleicherei und Färberei, Appretur usw.)	57 705	1,48	615	0,27	15	0,03	6 068	0,51	91	0,11	—	—
Papier und Zellstoff	190 198	4,86	464	0,20	58	0,10	62 878	5,29	89	0,11	—	—
Zuckerfabriken	25 980	0,67	229	0,10	30	0,05	350	0,03	15	0,02	15	0,10
Brennereien, Brauereien und Mälzereien	88 368	2,26	472	0,20	130	0,23	8 329	0,70	—	—	—	—
Sonstige Nahrungsmittel	68 778	1,76	1 069	0,46	240	0,43	6 477	0,54	45	0,05	—	—
Kali, Salzwerke, Salinen	2 455	0,06	3 015	1,31	—	—	20	0,00	—	—	—	—
Sonstige Industrie (einschl. Entwässerung, Hoch- und Tiefbau, Holzbe- und -verarbeitung, Expedition usw.)	170 629	4,36	5 809	2,52	11 028	19,51	19 113	1,61	1 692	2,03	3 126	21,78
Summe:	3 910 264	100,00	230 916	100,00	56 540	100,00	1 187 733	100,00	83 374	100,00	14 354	100,00



## Die Metallindustrie West-Oberschlesiens.

## A. Hochofenwerke, Stahl- u. Walzwerke einschl. der mit ihnen verbundenen Schmiede- u. Preßwerke, Eisen- u. Stahlgießereien

## I. Produktion.

Jahr bezw. Monat	Roheisen			Rohstahl		Halbzeug zum Verkauf	Fertigerzeugnisse der Walzwerke einschl. Schmiede- u. Preßwerke	Gußwaren zweiter Schmelzung
	insgesamt	davon Gießerei-roheisen	Stahl- und Spiegeleisen einschl. Ferromangan	Rohblöcke	Stahlguß			
	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	86 524	20 049	54 906	343 584	8 694	25 001	254 686	24 054
1931	59 159	—	50 687	301 730	6 377	16 185	231 486	16 505
1932	30 919	10 237	10 673	182 704	5 957	11 150	142 467	7 547
1933	53 244	17 737	26 510	205 098	5 246	13 750	161 129	15 202
1934	119 902	29 573	72 273	311 849	8 307	10 159	235 981	23 102
März 1935	15 305	2 549	11 748	31 854	1 129	626	24 950	1 883
April "	15 372	855	9 885	31 382	953	305	24 681	2 105
Mai "	16 570	3 948	10 837	32 518	1 002	642	23 564	2 274

## II. Belegschaftszahlen.

Jahr bezw. Monat	Hochofenwerke	Stahl- und Walzwerke	Eisen- und Stahlgießereien	Verfeinerungs- betriebe	Hilfs- und Nebenbetriebe	Summe: Eisenhütten	
	Arbeiter insgef.	Arbeiter insgef.	Arbeiter insgesamt	Arbeiter insgesamt	Arbeiter insgef.	Arbeiter insgef.	davon weibliche
1930	351	2 923	1 288	7 338		11 900	663
1931	176	2 416	908	6 182		9 682	569
1932	115	881	665	5 138		6 799	487
1933	168	1 076	814	3 308	2 191	7 557	550
1934	281	1 459	1 012	4 385	2 429	9 566	648
März 1935	385	1 999	942	4 591	2 840	10 757	700
April "	418	1 928	970	4 791	2 941	11 048	709
Mai "	408	1 920	993	4 844	2 986	11 151	708

## B. Zink- und Bleierzgruben und Zinkwalzwerke.

## I. Produktion (einschl. Nebenprodukte der Hochofenwerke).

Jahr bezw. Monat	Galmei	Zinkblende	Bleierz	Schwefelfies	Ofenbruch, Zinkstaub	Zinkblech	Blei (Zinkblei)
	t	t	t	t	t	t	t
1930	21 389	197 752	26 154	10 674	15	7 291	65
1931	18 331	167 916	22 410	4 330	—	7 835	69
1932	15 230	112 415	17 968	2 162	—	7 944	54
1933	—	124 294	19 177	1 292	—	7 782	42
1934	240	149 126	23 726	4 505	—	11 426	46
März 1935	—	11 916	2 371	837	—	1 172	3
April "	—	10 357	2 121	770	—	830	4
Mai "	—	10 177	2 060	958	—	934	4

## II. Belegschaftszahlen.

Jahr bezw. Monat	Zink- und Bleierzgruben					Zinkwalzwerke				
	männliche über 16 Jahren	unter 16 Jahren	weibliche	Summe der Arbeiter	davon beschäftigt unter Tage	über Tage	männliche über 16 Jahren	unter 16 Jahren	weibliche	Summe der Arbeiter
1930	2 000	4	425	2 429	1 115	1 314	145	3	1	149
1931	1 583	3	371	1 957	860	1 097	169	1	1	171
1932	1 300	1	268	1 569	664	905	159	1	1	161
1933	1 419	—	291	1 710	726	984	144	1	1	146
1934	1 925	—	272	2 197	953	1 244	172	1	1	174
März 1935	2 187	—	230	2 417	1 038	1 379	178	1	1	180
April "	2 205	—	227	2 432	1 064	1 368	178	1	1	180
Mai "	2 253	—	225	2 478	1 085	1 393	178	1	1	180



## Die polnische Kohlenausfuhr.

(Nach „Przegląd Górniczo-Hutniczy“.)

Empfangs- länder	März 1935				April 1935				Januar/April 1935			
	Ober- [schlesien*) t	Dom- browa t	Kra- kau t	Gesamt- Polen t	Ober- [schlesien*) t	Dom- browa t	Kra- kau t	Gesamt- Polen t	Ober- [schlesien*) t	Dom- browa t	Kra- kau t	Gesamt- polen t
<b>1. Konventions- märkte</b>												
Dtsch.-Österreich	45 107	7 325	165	52 597	38 202	5 726	280	44 208	199 565	37 247	545	237 357
Ungarn . . .	1 000	—	—	1 000	20	—	—	20	1 055	—	—	1 055
Tschechoslowakei	18 160	3 075	145	21 380	16 800	2 838	20	19 658	86 961	14 041	560	101 562
Deutschland . .	—	—	—	—	6	—	—	6	15	—	40	55
Danzig . . . .	21 150	780	40	21 970	14 263	1 375	80	15 718	87 987	4 980	280	93 247
Jugoslawien . .	8 750	—	—	8 750	1 100	—	—	1 100	9 850	—	—	9 850
Summe 1	94 167	11 180	350	105 697	70 391	9 939	380	80 710	385 433	56 268	1 425	443 126
<b>2. Nordische Staaten</b>												
Schweden . . .	126 461	35 380	—	161 841	139 360	41 025	—	180 385	496 421	149 856	—	646 277
Norwegen . . .	38 750	1 025	—	39 775	33 708	—	—	33 708	157 421	1 905	—	159 326
Dänemark . . .	59 830	5 020	—	64 850	17 410	1 600	—	19 010	110 270	25 625	—	135 895
Finnland . . . .	200	—	—	200	15 035	—	—	15 035	18 535	—	—	18 535
Lettland . . . .	—	—	—	—	5 526	—	—	5 526	8 931	—	—	8 931
Litauen . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Estland . . . .	—	—	—	—	350	—	—	350	530	—	—	530
Memel . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rußland . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Island . . . .	—	—	—	—	3 610	—	—	3 610	5 260	—	—	5 260
Summe 2	225 241	41 425	—	266 666	214 999	42 625	—	257 624	797 368	177 386	—	974 754
<b>3. Uebrig euro- päische Länder</b>												
Spanien . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	4 200	—	—	4 200
Portugal . . . .	—	—	—	—	2 030	—	—	2 030	2 030	—	—	2 030
England . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Malta . . . . .	4 270	—	—	4 270	—	—	—	—	8 170	—	—	8 170
Frankreich . . .	46 971	37 364	—	84 335	47 947	32 765	—	80 712	179 745	149 781	—	329 526
Italien . . . . .	207 620	3 515	—	211 135	140 974	5 850	—	146 824	614 592	9 880	—	624 472
Rumänien . . . .	—	15	—	15	—	—	—	—	6 700	90	—	6 790
Schweiz . . . .	6 327	15	—	6 342	3 440	75	—	3 515	20 888	225	—	21 113
Holland . . . .	18 095	—	—	18 095	4 350	—	—	4 350	42 150	—	—	42 150
Belgien . . . .	24 080	1 200	—	25 280	10 955	—	—	10 955	87 842	2 800	—	90 642
Griechenland . .	—	—	—	—	8 370	—	—	8 370	36 385	—	—	36 385
Irland . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	46 190	—	—	46 190
Summe 3	307 363	42 109	—	349 472	218 066	38 690	—	256 756	1 048 892	162 776	—	1 211 668
<b>4. Außereuro- päische Länder</b>												
Brasilien . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Afrika . . . . .	2 420	—	—	2 420	—	—	—	—	4 970	—	—	4 970
Argentinien . . .	14 971	—	—	14 971	11 590	—	—	11 590	41 811	—	—	41 811
Ägypten . . . .	5 100	—	—	5 100	6 525	—	—	6 525	22 795	—	—	22 795
Algerien . . . .	9 200	—	—	9 200	2 685	—	—	2 685	31 816	45	—	31 861
Syrien . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Palästina . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Asiat. Türkei . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige Länder	—	—	—	—	7 275	—	—	7 275	8 415	—	—	8 415
Summe 4	31 691	—	—	31 691	28 075	—	—	28 075	109 807	45	—	109 852
<b>5. Bunkerkohlen</b>	44 997	4 060	—	49 057	33 000	2 885	—	35 885	153 265	11 742	—	165 007
<b>Insgesamt</b>	<b>703 459</b>	<b>98 774</b>	<b>350</b>	<b>802 583</b>	<b>564 531</b>	<b>94 139</b>	<b>380</b>	<b>659 050</b>	<b>2 494 765</b>	<b>408 217</b>	<b>1 425</b>	<b>2 904 407</b>

\*) einschließlich Silesiagrube in Teschen.



**Steinkohlenförderung und Absatz Ost-Oberschlesiens.**

Jahr bezw. Monat	Förderung		Abatz		Gesamt- belegschaft
	insgesamt	arbeitstglich	insgesamt	davon Haupt- bahnverfand	
	t	t	t	t	
Monatsdurchschnitt 1929	2 845 309	113 812	2 573 099	2 074 434	87 383
" 1930	2 347 133	93 885	2 095 002	1 680 079	82 520
" 1931	2 367 100	94 684	2 098 939	1 742 291	73 957
" 1932	1 762 949	70 754	1 579 767	1 311 465	59 385
" 1933	1 640 812	66 073	1 519 184	1 234 225	46 647
" 1934	1 809 859	72 880	1 644 496	1 326 831	46 061
März 1935	1 688 625	64 947	1 565 601	1 231 898	43 758
April "	1 548 356	61 934	1 387 563	1 081 980	42 807
Mai "	1 490 850	59 634	1 357 043	1 053 943	42 125

**Produktion und Absatz der Koksanstalten und Briquetfabriken Ost-Oberschlesiens.**

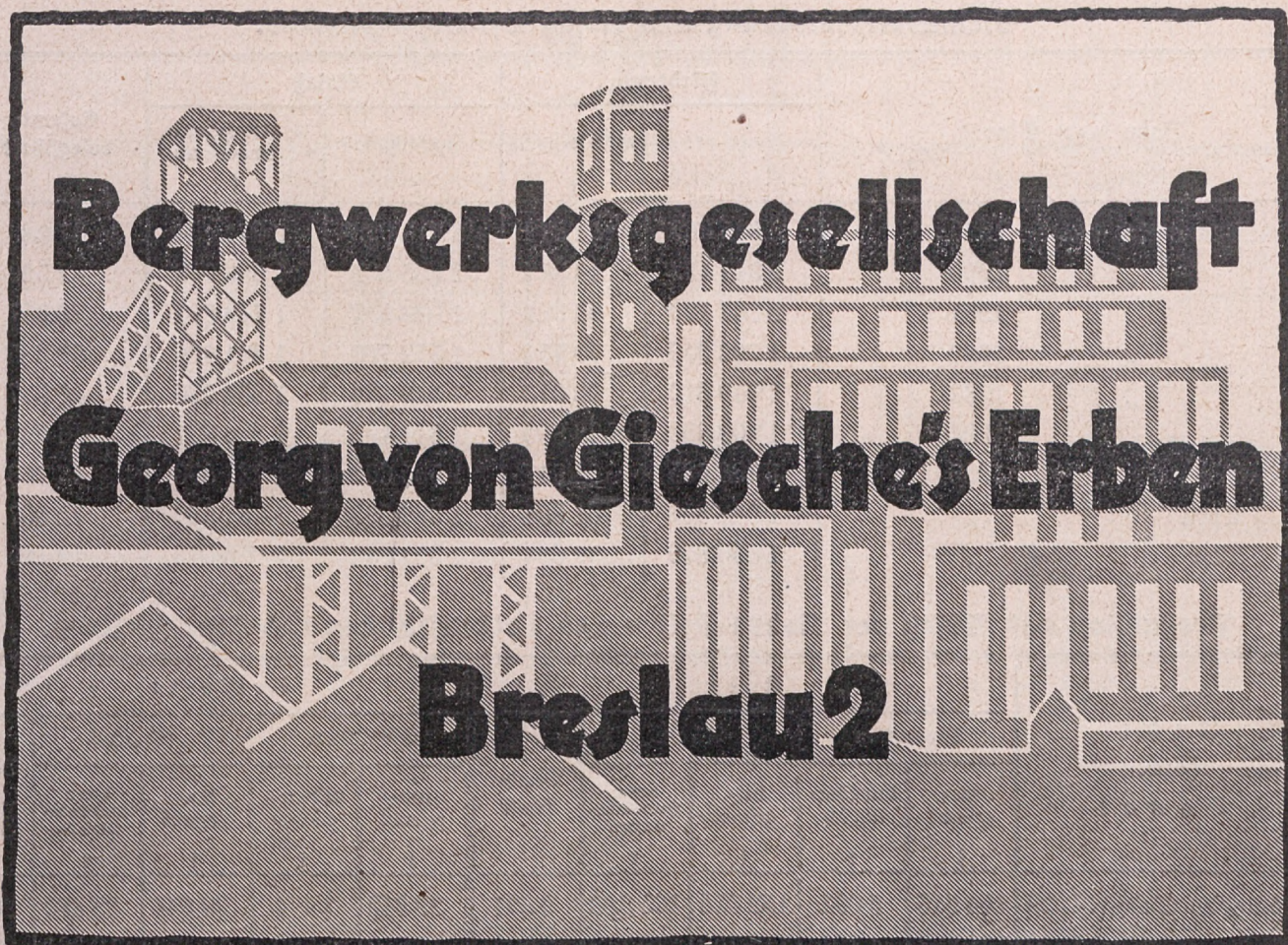
J a h r bezw. M o n a t	K o k s					B r i q u e t t s				
	Produktion		Abatz		Beleg- schaft	Produktion		Abatz		Be- leg- schaft
	ins- gesamt	kalender- täglich	ins- gesamt	davon Hauptbahn- verfand		ins- gesamt	arbeits- täglich	ins- gesamt	davon Hauptbahn- verfand	
	t	t	t	t		t	t	t	t	
Monatsdurchschnitt 1929	154 845	5 091	152 515	105 388	2 804	29 342	1 174	29 644	29 489	261
" 1930	131 833	4 394	118 759	79 748	2 502	19 510	780	19 473	19 361	208
" 1931	112 855	3 711	113 209	81 298	2 263	24 973	999	24 937	24 736	199
" 1932	90 893	2 980	82 635	62 850	1 901	16 590	666	16 177	15 989	155
" 1933	97 582	3 208	93 369	62 927	1 884	15 693	632	16 017	15 808	140
" 1934	111 124	3 653	119 289	81 909	1 911	16 213	655	16 101	15 877	134
März 1935	113 474	3 660	99 152	65 153	1 896	14 115	543	11 140	10 760	163
April "	105 922	3 531	88 247	60 509	1 864	12 979	519	12 826	12 640	162
Mai "	106 303	3 429	79 511	54 142	1 875	11 642	466	12 620	12 594	101

**Die Reichsindexziffern für die Lebenshaltungskosten nach der neuen Berechnung \*) (1913/14 = 100)**

	Gesamt- lebens- haltung <sup>1)</sup>	Ernährung	Wohnung <sup>2)</sup>	Heizung und Beleuchtung	Bekleidung	Ver- schiedenes <sup>3)</sup>	Gesamt- lebenshaltung ohne Wohnung
April 1934 . .	119,8	116,4	121,3	127,1	109,5	139,9	119,6
Februar 1935 . .	122,5	119,5	121,2	127,5	117,1	140,4	122,7
März " . .	122,2	118,8	121,2	127,6	117,2	140,3	122,3
April " . .	122,3	119,0	121,2	126,8	117,5	140,4	122,5
April 1935 gegen:							
März 1935 (in v. H.) .	+ 0,1	+ 0,2	0,0	— 0,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2
April 1934 " " " .	+ 2,1	+ 2,2	— 0,1	— 0,2	+ 7,3	+ 0,4	+ 2,4
" 1933 " " " .	+ 5,5	+ 8,7	— 0,1	— 0,3	+ 11,3	— 0,8	+ 6,6
" 1932 " " " .	+ 0,9	+ 2,7	— 0,2	— 0,4	+ 2,9	— 5,1	+ 1,2

\*) vergl. „Oberchl. Wirtschaft“ Jahrg. 9 Heft 12 S. 615 <sup>1)</sup> Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung, Verschiedenes.<sup>2)</sup> Zwangsbewirtschaftete Altwohnung <sup>3)</sup> Reinigung, Körperpflege, Bildung, Unterhaltung, Einrichtung, Verkehr.





# Bergwerksgesellschaft

## Georg von Giesche's Erben

### Breslau 2

Fernsprecher:  
Sammel-Nr. 2131

**Didier-Werke A.-G. • Werk Gleiwitz**

Telegr. - Adresse:  
Didier-Werke Gleiwitz

**Silika-Steine:** Marke »Stella Spezial«, für alle Industrie- und Gasöfen

**Schamottesteine:** auch Sonderqualitäten nach neuzeitigen Herstellungsverfahren D. R. P.

**Hochfeuerfeste Edelmateriale:** wie Magnesit-, Chromerz-, Korund-, Siliziumkarbidsteine u. a.  
außerdem entsprechende Stampfmassen und Mörtel.

# Preußengrube

**Aktiengesellschaft**

Telegramm - Anschrift: Preußengrube, Miechowitz

Fernsprech-Anschluß: Amt Beuthen OS. Sammel-Nr. 2841

liefert

# Steinkohlen, Ziegelsteine